

Verantwortung

In welcher Welt
wollen wir leben?



Zeitschrift des
Dietrich-Bonhoeffer-Vereins
27. Jahrgang/Nr. 52
Dezember 2013
ISSN 0936-7454

52

I. Werkstatt-Tagung des dbv in Berlin-Weißensee 2013

AXEL DENECKE	
In welcher Welt wollen wir leben?	3
JOSEF GÖBEL	
Tagungsbericht aus der Sicht eines „Abständigen“	4
RAINER KESSLER – Die Ethik von Tora und Prophetie und die Frage der Nachhaltigkeit	7
ULRICH DUCHROW – Keine Zukunft ohne Überwindung der geldgetriebenen Zivilisation	13
HERBERT PFEIFFER	
Dietrich Bonhoeffer und der Freiburger Kreis	21
JISK STEETSKAMP – „Wie viel Herrlichkeit und Üppigkeit, so viel Qual und Leid“ (Offb 18,7)	30
KLAUSDIETER WAZLAWIK	
Kommunale Ökumene?	31
JOHANNES HERRMANN	
Auswertung: Feed-back-Runde am Sonntag	32
ÉVA VÖRÖS – In welcher (ost- und mittel- europäischen) Welt wollen wir leben?	32
Brief an den dbv	33

II. Friedensarbeit in Vergangenheit und Gegenwart

THEODOR EBERT	
Erinnerungen eines Friedensforschers an fünfzig Jahre kirchlicher Friedensarbeit	34
JAKOB KNAB – Judenretter Anton Schmid: Ein sinnstiftender Traditionsgeber!	40
DR. SYLVIE THONAK – Offener Brief	41

III. Vereinsnachrichten und Vermischtes

Eine kleine Nachlese zur Frühjahrstagung über Bonhoeffers Kirchen- und Gemeindeverständnis	44
KARL MARTIN – Laudatio auf Irmela Milch	45
REINHARD MÜLLER	
Die leeren Kirchen, die Bilder und das Reich Gottes	47
ULRICH KUSCHE	
Finanzkapitalismus global – und wir?	50
DR. IUR. WOLFRAM ROHDE-LIEBENAU	
Drei Briefe	54
HANS-ULRICH OBERLÄNDER	
„Corporation 2020“ weiterdenken	55
Brief von Sybille Mattfeldt-Kloth zum Thema „Kirchensteuer“	56
AXEL DENECKE	
Ein wunderbarer Bildband zum Leben Bonhoeffers	57

Die „Verantwortung“ Nr. 52 hat ihre üblichen drei Teile: den Rückblick auf die letzte Tagung des dbv mit Tagungsbericht und Referaten; einen zweiten Teil mit einem zusätzlichen Thema, das in der Vergangenheit eine Rolle spielte und zu dem lesenswerte Texte entstanden sind; einen dritten Teil mit Vereinsnachrichten und Vermischtem. Alle drei Teile werden von dem Schriftleiter Axel Denecke mit einer redaktionellen Vorbemerkung eingeführt, so dass sich die LeserInnen bestens orientieren können.

Die Zeitschrift trägt den Titel „In welcher Welt wollen wir leben?“ und stellt damit das Thema der Werkstatt-Tagung in Berlin-Weißensee September 2013 in den Vordergrund. Es war eine bemerkenswerte Tagung. Auch mehrere jüngere Studentinnen und Studenten waren gekommen. Sie haben ihre Eindrücke von der Tagung festgehalten und uns zum Abdruck in der „Verantwortung“ zugeschickt. Dafür sagen wir ausdrücklich Dank. Wir suchen den Kontakt zu den Jüngeren, um so die Zukunft des Vereins auch personell vorzubereiten.

Die Werkstatt-Tagung in Berlin-Weißensee beschäftigte sich mit wirtschaftsethischen Fragestellungen, eingebettet in die Suche nach einer tragfähigen Vision für die Gesamtgesellschaft, die den Zerstörungskräften Einhalt gebietet und den lebensdienlichen Impulsen Vorrang einräumt. Die beiden Referenten Ulrich Duchrow und Rainer Kessler machten deutlich, dass die Monetisierung und Kapitalisierung unserer Gesellschaft ganz tief in die Anfänge unserer kulturellen Entwicklung zurückreicht. Die biblischen Autoren haben sich mit diesem Problem schon auseinandersetzen müssen. Ihre Botschaften sind Versuche, diesen Fehlentwicklungen entgegenzusteuern.

Gelegentlich wird die Meinung geäußert – manchmal sogar von sog. „Bonhoeffer-Kennern“ –, Bonhoeffer habe sich nicht um Wirtschaftsfragen gekümmert. Wir im Bonhoeffer-Verein teilen diese Meinung ganz und gar nicht. Dass sie irrig ist, belegt Herbert Pfeiffer mit seinem Beitrag über „Dietrich Bonhoeffer und den Freiburger Kreis“.

Papst Franziskus vertritt die Ansicht, wir müssten ein „Nein zu einer Wirtschaft des Ausschließens und der Disparität der Einkommen“ und ein „Nein zur neuen Vergötterung des Geldes“ sagen. Das vor uns liegende Weihnachtsfest ist eine gute Gelegenheit, nicht nur das Nein zu sagen, sondern auch auf das Ja Gottes zu hören, das er in der Menschwerdung Jesu Christi gesprochen hat. Dieses Hören wünscht allen Leserinnen und Lesern, auch im Namen des Schriftleiters und der Redaktion, sehr herzlich

Jhr Karl Martin

Titelbild: Glockenstuhlplastik von Achim Kühn Berlin 1975
im Hof der Stephanus-Stiftung Berlin-Weißensee

I. Werkstatt-Tagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins in Berlin-Weißensee, September 2013

In welcher Welt wollen wir leben?

„In welcher Welt wollen wir leben?“ hieß das Thema der spannenden Werkstatt-Tagung (weniger Vorträge als sonst, die Arbeitsgruppen standen im Mittelpunkt) des dbv am historischen Ort der Stephanus-Stiftung in Berlin-Weißensee. Diese aktuelle Frage war verbunden mit dem biblischen Logion „Wie viel Herrlichkeit und Üppigkeit – so viel Qual und Leid“ (Offb 18,7) sowie dem Bonhoeffer-Votum „Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich ... aus der Affäre ziehe, sondern wie eine kommende Generation weiterleben soll“.

Leider konnte ich aus Krankheitsgründen und konnte auch Daniel Baldig, der sonst immer – sowohl sprachlich wie auch inhaltlich – höchst kompetent den Tagungsbericht schreibt, aus persönlichen Gründen nicht an der Tagung teilnehmen. Wie ich aber von Teilnehmern dieser wieder erfreulich gut besuchten Tagung (über 60 Teilnehmer inklusive Tagesgäste) hören konnte und wie die Studentenberichte (Siehe S. 32f.) zeigen, war es eine recht intensive, im positiven Sinn kontrovers diskutierende Tagung. Das zeichnet ja unsere Tagungen seit langem aus: Es wird das offene Wort gepflegt und kontroverse Positionen sind nicht nur möglich und erlaubt, sondern geradezu erwünscht. So entsteht echte Meinungsbildung.

Dazu haben vor allem auch die beiden Einführungsreferate von Ulrich Duchrow und Rainer Kessler beigetragen, die genügend Stoff für die Diskussion bildeten. Beide Vorträge sind hier dokumentiert, der sehr ausführliche Vortrag Ulrich Duchrows nur in einer gekürzten, aber immer noch die sonstige Länge unserer Präsentationen sprengenden Fassung. Mehr war aus Platzgründen einfach nicht möglich. – Weiterhin werden die Arbeitsgruppen-Impulsreferate und Ergebnisse präsentiert, wobei ich besonders auf den Beitrag von Herbert Pfeiffer über die Arbeit des „Freiburger Kreises“ (in der Tradition Bonhoeffers) verweisen will. Die völlig zu Unrecht fast schon vergessene, verdienstvolle Arbeit dieses Widerstands-Kreises soll den dbv an gebotener Stelle auch einmal auf einer eigenen Tagung beschäftigen. – Unser Vereinsmitglied Josef Göbel hat es dankenswerterweise übernommen, einen instruktiven Tagungsbericht zu schreiben, mit dem die folgende Gesamtdokumentation begonnen wird. – Insgesamt wird man wirklich sagen dürfen, dass es eine sehr sinnvolle, ja glückliche Entscheidung vom Vorstand des dbv war, dass sich Thementagung (mit Schwerpunkt auf Vorträgen im Frühjahr) und Werkstatt-Tagung (mit viel Zeit zum Gespräch im Herbst) jeweils ablösen und so auch ergänzen. – Wir machen weiter so; gerade auf unserer letzten Vorstandssitzung wurde beschlossen: Frühjahr 2014 in Erfurt „Unser Weg zum Reformations-Jubiläum – Bonhoeffers Kritik am Luthertum“, Herbst 2014 in Halle „Die recht unterschiedliche Bonhoeffer-Rezeption nach dem Krieg“ (vorläufiger Arbeitstitel).

Angemerkt werden soll am Ende noch, dass es eine Rückmeldung zum Thema der vorletzten Tagung im Frühjahr 2013 in Erfurt („Bonhoeffers Kirchen- und Gemeindeverständnis“) gab. In Zusammenhang damit steht ein schlimmer Schreibfehler, den ich selbst zu verantworten habe (ich werde rot dabei) und der den Sinn meines Vortrages auf den Kopf stellt. Aber keiner hat es gemerkt, ich selbst bin nur durch Zufall darauf gestoßen (vgl. dazu S. 44).



Axel Denecke Caritas, 1911, Bronzefigur, Prof. Gottlieb Elsner

JOSEF GÖBEL

Tagungsbericht aus der Sicht eines „Abständigen“

Auf der Suche nach der Position, von der ich als sehr unregelmäßiger Teilnehmer von Bonhoeffer-Veranstaltungen den Bericht schreiben könnte, fiel mir zum eigenen Erstaunen ein jahrzehntelang nicht gehörtes und von mir auch nicht mehr gebrauchtes Wort ein: abständig.

Ein abständiger Katholik war damals eine gängige, negativ gemeinte Bezeichnung für jemanden, der kaum irgendeine Art von Zugehörigkeit zu erkennen gibt. Heute sagt man wohl eher: randständig.

Angesichts der Fülle heutiger Angebote könnte das Wort sogar eine positive Bedeutung gewinnen. Um die Breite gesellschaftlicher und kirchlicher Institutionen wahrnehmen zu können, kann der Abstand ein Rezept sein.

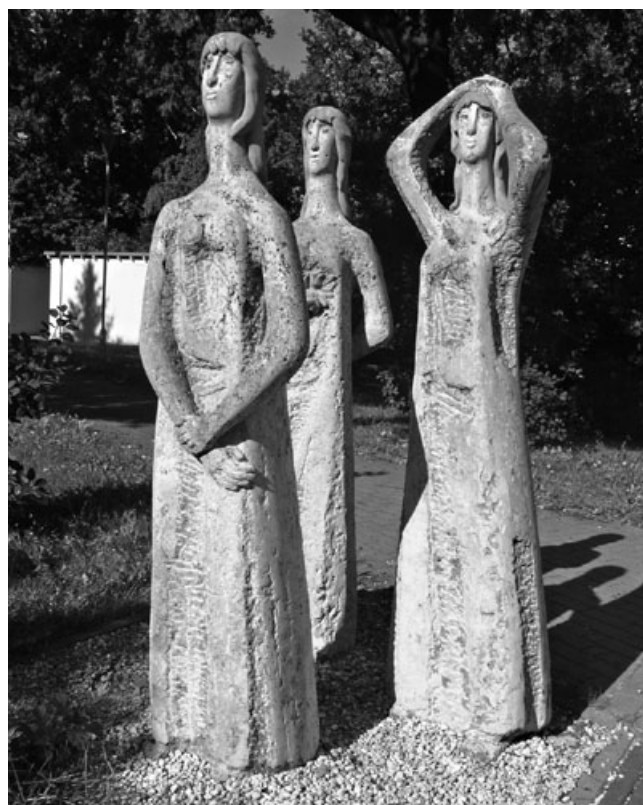
Damit es aber die vielen notwendigen Angebote geben kann, die nur gemeinsam die Fülle der Wirklichkeit spiegeln, bedarf es auch Zuständige. Es ist zu wünschen, dass jedermann sich irgendwo zuständig fühlt und alle Zuständigen nicht denken müssen: ohne mich geht es nicht.

Die Zuständigen des Bonhoeffer-Vereins haben gekonnt und doch nicht nur routiniert diese Herbsttagung gesteuert, offenbar sich auch selbst treffen lassen von der treffenden Frage: In welcher Welt wollen wir leben?

Das Tagungsergebnis lässt sich zusammenfassen in der Antwort: In dieser nicht. Das muss für Pragmatiker als eschatologische Ausflucht wirken, weil wenig konkret der Weg in eine andere beschrieben werden konnte. So wurden die Tage mehr zu einer wechselseitigen Ermunterung, weiter auf diesem Weg mit vielen anderen zu gehen.

Besonders begrüßt wurden 5 Teilnehmer, 4 Studenten aus Deutschland und eine Promovendin aus Ungarn, die sich bedankten für die Förderung ihrer Teilnahme.

a) Frau Zadermack, Pastorin in der Stephanus-Stiftung, stellte den Tagungsort als ein altes Zentrum diakonischer Arbeit vor. Zu erinnern wäre auch an diesen Ort, als sehr regelmäßige Tagungsstätte der EKD-Synode in der Nachkriegszeit, wo in der kleinen Anstaltskirche Leute wie Heinemann, Niemöller, Dibelius um die immer wieder aktuelle Frage gerungen haben: Machen wir weiter wie vor dem Chaos oder lernen wir daraus. Ein beziehungsreicher Ort also für eine Tagung, die sich dem Ernst der Stunde stellen will.



Skulptur im Park der Stephanus-Stiftung

Die inhaltliche Einführung von Frau Barbara Wirsens-Steetskamp gipfelte in Worten der amerikanischen Philosophin Luis Butler: Ob ich überhaupt das gute Leben als Ziel anstreben darf inmitten der mich umgebenden Not in globalem Maß.

b) Prof. Duchrow beschrieb in seinem Vortrag: „Keine Zukunft ohne Überwindung der geldgetriebenen Zivilisation“ diese als „kalkulierte Geldökonomie“, deren Ursprung er in Mesopotamien im 3. Jahrtausend v. Chr. sieht. Hier sei die erste Form dieser Zivilisation entstanden in extrem kriegerischen Verhältnissen mit Beuteverlangen, das im Edelmetall (Geld) am konzentriertesten zu speichern war. Diese Möglichkeit schafft eine „Einheit in der Vielfalt“, das so sich sichernde Ego bekommt Vorrang vor der Gemeinschaftsbeziehung, von der man sich nicht mehr abhängig glaubt. Das aus dem Kriegerischen entstehende Privateigentum (Raubeigentum) schafft eine „ichbezogene Exklusivität“, konzertiert durch das dazu passende Patriarchat. Das Geld als Ware enthalte in sich Mechanismen der Gier.

Die Antwort aller sich damals entfaltenden Religionen und Philosophien, ganz deutlich auch die Texte beider biblischen Testamente ist Kritik an dieser Entwicklung zur Ichbezogenheit und Konkurrenz – entstanden im Klima der „Achsenzeit“ (Jaspers) im 8. Jahrhundert

v. Chr. Das Ringen um Recht und Gerechtigkeit ist seitdem Kern der Auseinandersetzung mit der geldgetriebenen Zivilisation.

In der Moderne ist die Geldgetriebenheit gesteigert. Grundpfeiler und Sinn der Wirtschaft werden Geld und Privateigentum. Die Kirchen hätten sich jetzt angepasst – die Befreiungstheologie nicht.

Gerade für uns bibelgewohnte Hörer ist eine so engagiert vorgetragene sozialkritische Exegese von „frommen“ Texten Erhellung und Vorwurf zugleich.

Nötig sei ein Perspektivwechsel. Die Schöpfung ist Gabe und nicht Ware, Eigentum muss unter die Gemeinwohlfrage gestellt werden, Geld zum Mittel einer bedarfsgerechten Wirtschaft. Die „neoliberale Einheitspartei“ der meisten politischen Kräfte müsse aufgehoben werden – von Lateinamerika müsse eine Demokratie gelernt werden, die nicht Frucht des Kapitalismus sei.

In der Diskussion wurde ergänzt, dass neuere Forschungen zeigen, dass eine auf Konkurrenz bauende Zivilisation vielleicht schon im 10. Jahrtausend v. Chr. zu finden sei. Es muss wohl weiter gefragt werden, ob das Egoistische nicht zur menschlichen Natur gehört – wie auch die mitfühlende, altruistische Seite – und wie wäre beides zugleich in einer neuen Zivilisation strukturell fruchtbar zu machen?

c) Als Alttestamentler beschränkte sich Professor Kessler in seinem Vortrag „Die Ethik von Tora und Prophetie und die Frage der Nachhaltigkeit“ sachgemäß auf alttestamentliche Texte, die in ihren drei Ausfaltungen: Propheten, Tora und Weisheitsliteratur als Protest gegen den Wendepunkt in der Geschichte Israels im 8. Jahrhundert zu lesen seien. Die Verschuldung war durch die Großmachtallüren des kleinen Israel in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Die Forderung der Entschuldung (Erlassjahr) und das Zinsverbot zielten auf nachhaltige, zukunftsfähige Verhältnisse. Dass beim Zinsverbot nur die Volksgenossen und nicht die Fremden einbezogen werden sollten, sei ein Missverständnis des Textes von Deuteronomium 23,20-21. Kessler stellt überzeugend dar, dass schon damals zwischen Darlehen für Menschen in Not und Handelsdarlehen unterschieden worden sei – und dass die Händler eben in der Regel Ausländer gewesen seien. Auf heute bezogen hieße das wohl Verzicht auf Zinsen bei allen Sparguthaben und Gewinn-/Verlustmöglichkeit beim Aktienhandel?

Alle drei Gattungen bezeugen bei ihrer Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen einen starken Gottesbezug.



Rainer Kessler und Ulrich Duchrow geben Antwort auf die Fragen der Zuhörer

Aber was bedeutet die damals schon gemachte und beschriebene Erfahrung, dass beim Gericht Gottes auch die Armen und Unschuldigen betroffen sind, für das Gottesbild?

Bei den Propheten geht es am Ende immer gut aus – aber das ist eben Prophetie. Die Erfahrung lehre auch heute, dass die Reichen den Schaden verursachen und die Armen mehr die Folgen tragen müssen als die Verursacher. Was bedeutet dann aber der Satz, dass es keine Nachhaltigkeit ohne Gerechtigkeit gibt – ist dann Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit nur prophetisch, utopisch? – immer utopischer in einer globalisierten Gesellschaft?

In der Diskussion mit beiden Referenten wurde gefragt, ob es je ein Erlassjahr gab. Ganz überzeugend lässt sich das wohl nicht beantworten – allerdings gab es auch im ganzen damaligen Orient Erlassdekrete bei Thronbesteigungen etc.

Gefragt wurde auch, wie in einer säkularen Umwelt der radikale Gottesbezug „zu übersetzen“ sei – etwa als das Unbedingte, das nicht aufgegeben werden darf, wenn man eine gerechtere Welt wolle?

Das Ringen um eine gerechtere Welt sei zunehmend keine moralische Frage mehr, sondern eine Überlebensfrage – der wir also nicht ausweichen können. Es geht in der immer aufgeklärteren Welt gar nicht mehr so sehr um gut und böse. Sondern um richtig und falsch (B. Brecht).

Die Bibel befasse sich mit Vorformen des kapitalistischen Systems: Die Tora ist gegen die Gier, Thomas Hobbes rechtfertigt die Gier.

d) Arbeitsgruppen: Gerade wollte ich als Berichterstatter für die AG2 loben, dass bei den Bonhoeffer-Tagungen Arbeitsgruppen nicht nur für die tagungsaktuellen

Themen angeboten, sondern auch die alten weiter bearbeitet werden. Da gab es Kritik von der Arbeitsgruppe 3b, an der die beiden Vorbereiter allein geblieben waren, weil zu viele Gruppen angeboten worden seien.

An der AG 3 hatte Prof. Duchrow teilgenommen und von ihm wurde eine hilfreiche Erweiterung seiner Ausführungen erwartet. Das eben ist auch geschehen. Die befreiende Rolle der Religion wurde in der Antike erfahren, in der interreligiösen Kooperation könne das heute wieder geschehen. Es gehe dabei nicht nur um eine befreiungstheologische, sondern auch um eine befreiungspsychologische Entdeckung. Eine Wiederlektüre alter Reformtexte – auch die der Lutherischen Reformation – stehe dafür an. Die Weltethos-Bemühung müsse durch die Sicht von unten in den religiösen Lagern ergänzt werden.

Konkret ergänzt wurden die Überlegungen durch die Aufforderung von Klaus Wazlawik, sich an einer „Kommunalen Ökumene“ zu beteiligen. Die dringend anstehenden Fragen des konziliaren Prozesses würden in der kirchlichen Ökumene nicht reflektiert, weil die kirchlichen Strukturen aus Mangel an „Masse“ dafür ungeeignet seien. Dabei dürfe man nicht gegen die kommunalen Strukturen arbeiten, sondern mit ihnen, um von der Kommune akzeptiert zu werden. Der Konziliare Prozess werde so zum Teil der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt.

Wichtig war der Hinweis, dass sich möglichst viele auf die Ökumenische Versammlung (30.4. bis 4.5.2014) in Mainz orientieren sollten.

AG 2: Die Vorstellung des Freiburger Kreises durch Herbert Pfeiffer (siehe S. 21ff.) ergänzte das Tagungsthema hilfreich, weil dieser Kreis schon während des Krieges reflektierte, in welcher Welt man nach dem Gericht leben wolle: In einer, wo das Soziale und Wirtschaftliche zusammen gedacht wird. Gefragt wurde dann, warum diese gute Vorstellung von einer sozialen Marktwirtschaft so deformiert wurde – und wie das korrigiert werden könnte (siehe S. 28f.).

In der AG 4 wurden die bekannten Positionen erörtert, ergänzt durch die Fragestellung, inwieweit Bonhoeffers späte Äußerung, dass notfalls die Geistlichen einem weltlichen Broterwerb nachgehen sollten, heute aktuell werden könnte. Daran wolle man ganz konkret weiter arbeiten.

Um mit kirchenleitenden Personen mit der Kirchensteuerfrage in ein partnerschaftliches Gespräch zu kommen, wolle man mit einer Generalsuperintendentin der EKBO ins Gespräch kommen.

Die AG 5 konzentrierte ihre Sorge über die schleichende Wiederbelebung einer Verherrlichung des Militärischen in der Zurückweisung der Zumutung an die Kirchen der EKD, bei Trauerfeiern für einen Soldaten das Hausrecht an das Verteidigungsministerium abzugeben. Es wurde der Entwurf eines Protestschreibens an die EKD vorgestellt, der beim Abschlussplenum als Erklärung des Bonhoeffer-Vereins beschlossen wurde.

Die AG 1 hat sich meditativ und kreativ mit Texten der Bibel, Luthers und Bonhoeffers zu dem Tagungsthema befasst und alle zum Abschluss des Abends daran teilnehmen lassen.

Es ist schön, wenn im Sonntagsgottesdienst unsere Wirklichkeit vorkommt und zugleich durch die Verkündigung „verklärt“ wird. Das ist Pfarrer Jisk Steetskamp in der Auslegung von Offb 18 gelungen. Wie eindringlich und zur Solidarität auffordernd wirkten die Wiederholungen, was „Gottes eigenen Leuten“ alles angetan wurde und wird.

Im abschließenden Plenum ließ aufhorchen – neben Danksagungen für die Tagung – das Bekenntnis einer noch jüngeren Pfarrerin im aktiven Dienst über ihr Gefühl des Einklemmt-Seins zwischen den alten, immer noch kritischen 68ern, und den nachwachsenden angepasst wirkenden Kollegen.

Darauf einzugehen, hätte die Tagungsfrage: In welcher Welt wollen wir leben? nochmals gewendet in die Frage der Jüngeren: Haben wir in dieser Welt überhaupt eine Wahl?



Die in der AG 1 (geleitet von Dieter Stork, Tim Wolfram und Rainer Zimmermann) gestalteten Säulen werden von Tim Wolfram erläutert



RAINER KESSLER

Die Ethik von Tora und Prophetie und die Frage der Nachhaltigkeit

Der Titel meines Beitrags enthält zwei zentrale Begriffe, den der Nachhaltigkeit und den der Ethik. Beide Begriffe verstehen sich nicht von selbst, sondern müssen erklärt werden.

1. Was verstehen wir unter „Nachhaltigkeit“ und „Ethik von Tora und Prophetie“

Beginnen wir mit dem Begriff der Nachhaltigkeit. Er ist in der breiten Verwendung, die wir heute kennen, noch sehr jung. Seine Karriere begann in den 1980er Jahren, als zunächst der Club of Rome und dann die Vereinten Nationen das Konzept der Nachhaltigkeit entwickelten. Ursprünglich stammt der Begriff aus der Forstwirtschaft. Vor 300 Jahren, im Jahr 1713, legte nämlich Hans Carl von Carlowitz seine „Silvicultura oeconomica“ vor, in der er definiert, dass ein Forst dann nachhaltig bewirtschaftet wird, wenn nicht mehr Bäume gefällt werden, als nachwachsen können. Dies ist dann das Modell für andere Verwendungen des Begriffs. Auf dem Energiesektor besagt er, dass nicht mehr Energie verbraucht werden darf, als neu zu gewinnen ist. Für die Umwelt besagt er, dass diese nicht mehr belastet werden darf, als sie sich zu regenerieren vermag.

Von dieser direkten Verwendung des Wortes „nachhaltig“ leiten sich übertragene Bedeutungen ab. Eine nach-

haltige Sozialpolitik zielt auf die Erhaltung des sozialen Gleichgewichts. Beim nachhaltigen Wirtschaften wird Verschwendung von Rohstoffen und Abfällen vermieden. Eine nachhaltige Politik berücksichtigt die Interessen künftiger Generationen. Insgesamt lässt sich sagen, dass das Konzept der Nachhaltigkeit nicht nur die genannten einzelnen Bereiche meint, sondern auf deren Integration abzielt. Eine nachhaltige Politik integriert soziale, energetische, ökonomische und ökologische Aspekte. Da für die Antike die Frage der begrenzten Energieressourcen noch keine Rolle spielte, werden wir uns bei der Betrachtung der biblischen Ethik auf die sozialwirtschaftliche und die ökologische Frage konzentrieren.

Doch zunächst muss ich auf den zweiten Begriff meines Titels zu sprechen kommen, den der Ethik. Wenn wir von „Ethik von Tora und Prophetie“ sprechen, meinen wir etwas anderes, als wenn wir von der Ethik des Aristoteles oder Kants sprechen. Diese und andere Philosophen oder Theologen haben Bücher verfasst, welche die Frage der Ethik systematisch behandeln. Meistens haben sie das Wort Ethik oder Moral in ihrem Titel. So etwas gibt es in der Bibel nicht. Die Ethik von Tora und Propheten ist keine *explizite* Ethik. Gleichwohl haben die biblischen Schriften so etwas wie eine *implizite* Ethik. In diesem Sinn ist es durchaus berechtigt, von einer Ethik von Tora und Propheten zu sprechen.

2. Die gesellschaftliche Entwicklung in Israel und Juda bis zum 8. Jahrhundert

Um die Ethik von Tora und Prophetie zu erfassen, muss man die gesellschaftlichen Bedingungen kennen, auf die sie reagiert. Nun wissen wir nicht im Detail über die gesellschaftlichen Verhältnisse Bescheid, die in Israel und Juda seit der Entstehung dieser Größen bestanden. Aber in groben Zügen können wir das Bild durchaus rekonstruieren. Die Basis der Gesellschaft bildeten seit der Entstehung einer Größe Israel ab dem 12. Jh. die einzelnen Bauernfamilien. Dabei hatte jede Familie ihr Haus und ihr Feld. Das Ideal war die Gleichheit des Besitzes aller Familien. Die Familien lebten in kleinen, dorfartigen Gemeinschaften zusammen. Die Grundrisse von Siedlungen aus der vorstaatlichen Epoche zeigen Häuser, die alle etwa gleich groß sind. Repräsentative Bauten, wie sie für zentrale Herrschaften typisch sind, fehlen in diesen Siedlungen. Mit der Königszeit kommen dann zwar Stadtmauern und herrschaftliche Bauten hinzu. Aber die einzelnen Häuser der Dorf- oder Stadtbewohner behalten ihre Gleichförmigkeit.

Wir können davon ausgehen, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe beruhten. Dies war für das Überleben der Gemeinschaft notwendig. Rechtsstreitigkeiten wurden von

der Gemeinschaft selbst geregelt. Ziel war nicht Strafe, sondern der Ausgleich zwischen den Parteien. Denn schließlich musste man weiter zusammen leben. Man war aufeinander angewiesen.

Ich möchte hier kein romantisches Idyll zeichnen. Wir wissen nicht, wie es innerhalb der Familien aussah, etwa zwischen Männern und Frauen oder Älteren und Jüngeren. Bestimmt waren auch nicht alle Familien wirklich gleich stark. Aber insgesamt war diese Gesellschaft im Gleichgewicht. Wir können sagen, dass ihr Wirtschaften und ihr soziales Zusammenleben von Nachhaltigkeit geprägt waren.

Wie es scheint, ist diese Gesellschaft im 8. Jh. in die Krise geraten. Wir können hier nicht über die Gründe spekulieren, die zu dieser Krise geführt haben. Wie immer bei wichtigen geschichtlichen Entwicklungen müssen wir davon ausgehen, dass es mehr als einen Grund für die Veränderungen gab. Historische Umwälzungen sind nie mono-, sondern immer multikausal. Wir können aber ziemlich klar erkennen, worin sich die Krise manifestierte.

An erster Stelle ist die Konzentration von Landbesitz in den Händen Weniger zu nennen. Bei Jesaja heißt es:

*Wehe, die Haus an Haus reihen, Feld an Feld fügen,
bis kein Platz mehr ist und ihr allein ansässig
seid inmitten des Landes. (Jes 5,8).*

Das Wort zeigt, dass es sich um eine dynamische Entwicklung handelt – „bis ...“. Die Aussage, dass einige „allein ansässig sind inmitten des Landes“ seien, besagt dabei soviel, dass sie als einzige Freie im Land übrig bleiben. Alle anderen sind besitzlos und von ihnen abhängig.

Eine ähnliche Entwicklung kritisiert Micha:

*Wehe, die Unrecht planen und Böses tun
auf ihren Lagern:
Beim Morgenlicht führen sie es aus, denn es steht
in ihrer Hände Macht.
Sie begehren Felder und reißen sie an sich, Häuser,
und nehmen sie.
Sie unterdrücken den Mann und sein Haus,
den Menschen und seinen Erbesitz. (Mi 2,1-2).*

Von der Bedrückung durch die Reichen sind nicht nur die freien Männer betroffen, sondern natürlich auch deren Frauen und Kinder. Micha hält das in 2,9 fest:

*Die Frauen meines Volkes vertreibt ihr aus dem Haus
ihrer Wonne,
ihren Kindern nehmt ihr meine Ehre für immer.*

Aus dem Vers geht hervor, dass die Frauen aus ihren Häusern vertrieben werden. Die zweite Vershälfte besagt, dass die Kinder in die Sklaverei geraten. Beides gehört in der Antike untrennbar zusammen, der Verlust des Besitzes und der Verlust der persönlichen Freiheit. Dies zeigt deutlich die Kritik des Propheten Jeremia (5,26-28):

*Denn es finden sich in meinem Volk Frevler,
man schaut umher, wie sich Vogelsteller ducken,
sie stellen eine Falle auf, Menschen fangen sie.
Wie ein Korb voll ist mit Vögeln, so sind ihre Häuser
voll mit Betrug.
Deshalb sind sie groß und reich geworden,
sind fett und glatt geworden.
Auch strömen sie über von bösen Taten.
Den Rechtsstreit führen sie nicht,
den Rechtsstreit der Waise, dass sie ihn
zum Erfolg führten, und das Recht der Armen
führen sie nicht herbei.*

Im Hintergrund dieser sozialen Entwicklung steht das klassische Problem der Schulden. Bauern sind oft gezwungen, einen Kredit aufzunehmen, sei es in Geld oder in Getreide oder in etwas anderem. Sie haften für den Kredit mit ihrem Besitz, zunächst mit dem beweglichen Besitz, dann mit dem unbeweglichen (Haus, Feld). Neben der Sachhaftung gibt es auch die Personalhaftung. Sie besagt, dass Glieder der Familie als Schuldklavinnen oder Schuldklaven weggegeben werden müssen, wenn ein Kredit nicht bezahlt werden kann. Nur mit diesem System lässt es sich erklären, wie Häuser und Felder in den Händen von wenigen Menschen konzentriert und wie Menschen von anderen Menschen „gefangen“ werden können, wie Jer 5,26-28 es ausdrückt („Menschen fangen sie“).

Schulden gehören zum Alltag der antiken Bauern. Das Besondere an der Entwicklung ab dem 8. Jh., ist, dass diese Schulden so sehr anwachsen, dass sie nie wieder zurückbezahlt werden können. Aus der individuellen Not einzelner Familien wird eine Krise der gesamten Gesellschaft.

3. Wahrnehmung der Krise und Reaktionen

Dass die oben beschriebene Entwicklung auch von den Zeitgenossen als krisenhaft erfahren wurde, zeigen die Reaktionen. Ich sehe sie auf drei Feldern. Das erste ist die Prophetie. Sie kritisiert die Fehlentwicklungen und kündigt für den Fall, dass sie nicht beendet werden, ein katastrophenhaftes Ende an. Die zweite Reaktion besteht in der Kodifizierung von Recht. Bisheriges Gewohnheitsrecht wird aufgeschrieben und im Blick auf die krisenhafte Entwicklung weiterentwickelt. Eine drit-

te Reaktion lässt sich in der Sammlung der Weisheitsliteratur beobachten, für die Spr 25,1 „die Männer Hiskijas“ in Anschlag bringt und damit ans Ende des 8. Jhs., die Zeit Hiskijas, verweist. In der Spruchweisheit geht es um die Frage nach dem guten Leben, zu der wesentlich auch die Frage nach dem Umgang mit gesellschaftlicher Ungleichheit gehört.

Diese drei Reaktionen erfolgen nicht isoliert voneinander, sondern in enger gegenseitiger Verflechtung. Obwohl es auf den drei Feldern um unterschiedliche Zuspitzungen geht – bei der Prophetie um Kritik, in der Gesetzgebung um rechtliche Regeln, in der Weisheit um pädagogische Prägung von Alltagsverhalten –, haben die drei Reaktionsweisen zweierlei gemeinsam. Das erste ist der Inhalt ihres Ethos, das den Schutz der Schwachen fordert, auf gesellschaftlichen Ausgleich zwischen den Klassen abzielt und Gier und Luxusleben verurteilt. Das zweite ist der starke Gottesbezug. In der Prophetie werden in direkter Rede der Wille Gottes und sein Strafhandeln verkündigt. In der Tora gibt es das Phänomen der „Theologisierung des Rechts“, und auch die Weisheit stellt ihre Lebensregeln unter das Prinzip der „Furcht Jhwhs“ (Spr 10,27), sodass man entsprechend von einer „Theologisierung der Weisheit“ sprechen kann.

Leider muss ich aus Gründen des Platzes auf die Beschreibung der dritten Reaktion auf die soziale Krise in Gestalt der Sammlung der Weisheitsliteratur in diesem Beitrag verzichten. Doch werfen wir einen kurzen Blick auf Prophetie und Tora.

4. Prophetie

Den Beginn der so genannten Schriftprophetie oder „klassischen Prophetie“ setzen wir im 8. Jahrhundert v. Chr. an. Es gab in Israel Prophetie auch schon vor den Schriftpropheten, wie es Prophetie in Mari und in Assyrien gab und wie es Prophetie in den meisten Religionen seit den Anfängen gab und gibt. Das in Israel einmalige Phänomen besteht darin, dass die Worte von Propheten gesammelt und schriftlich unter dem Namen dieses Propheten festgehalten und tradiert wurden. Das Besondere in Israel ist also nicht die Prophetie – die gibt es fast überall –, sondern das Prophetenbuch.

Ich erkläre mir diese Entwicklung damit, dass die Gesellschaft Israels und Judas während der Königszeit in den oben beschriebenen krisenhaften Transformationsprozess geriet. Die Propheten des 8. Jhs. haben diesen Prozess kritisiert und eine Bedrohung des Bestands der Gesellschaft angekündigt. Als dann das Nordreich unter den Schlägen der assyrischen Expansion unterging, sah man diese Prophetie bestätigt. Später geschah dasselbe in Juda. Nun wurde die kritische Prophetie, die bis dahin

auf kleine oppositionelle Kreise beschränkt war, breiter anerkannt. Die Bücher der Propheten wurden fortgeschrieben, bis sie schließlich in der persischen und hellenistischen Zeit ihre kanonische Gestalt gefunden haben.

Fragt man nach der prophetischen Reaktion unter dem Aspekt der prophetischen Ethik für eine nachhaltige Welt, muss man, wie schon gesagt, ihre implizite Ethik rekonstruieren. Man kann diese Ethik konservativ nennen. Die Propheten kritisieren, dass die bestehenden Verhältnisse verändert werden. Aber sie kritisieren die Veränderung der Verhältnisse nicht, weil sie aus ideologischen Gründen am Bestehenden festhalten wollen. Sie kritisieren die Veränderungen deshalb, weil die schwachen Glieder in der Gesellschaft den Preis dafür bezahlen müssen.

Amos, der erste der klassischen Propheten, hat eine ganze Reihe von Worten, mit denen er diese Armen bezeichnet. Er nennt sie *`aebjon*, arm im materiellen Sinn. Sie sind *dal*, was auch den Sinn von „abgemagert, unterernährt“ haben kann. Sie heißen *`ani*, elend, unterdrückt. Und sie sind *saddiq*, also unschuldig im juristischen Sinn. Nimmt man die Worte des Amos im Zusammenhang, sieht man, dass diese Menschen noch einen eigenen Besitz haben. Man kann ihnen noch etwas nehmen. Sie sind nicht völlig verelendet und besitzlos. Sie sind keine Bettler. Aber ihre Situation ist äußerst prekär. Sie stehen ständig in der Gefahr, alles zu verlieren. Ganz ähnlich ist die Lage bei Micha, wie die oben zitierten Sätze aus Mi 2 belegen.

Andere Propheten wie Jesaja, Jeremia und Ezechiel sprechen auch von den Witwen und Waisen, die bei Amos und Micha nicht vorkommen. Witwen und Waisen sind Personen, die als solche in einer sehr schwierigen Lage sind. Anders als die Bauernfamilien haben sie oft gar keinen oder nur einen ganz geringen Besitz. Deshalb sind sie besonders bedroht.

Bei Ezechiel ist dann zum ersten Mal von einer Gruppe von Menschen die Rede, die er als „hungrig und nackt“ bezeichnet (Ez 18). Sie können nichts mehr anbauen oder auf andere Weise produzieren. Deshalb sind sie hungrig und müssen betteln oder stehlen. Ihre Kleidung besteht aus Lumpen. Mit Ezechiel sind wir nicht mehr im 8., sondern im 6. Jh. Die Entwicklung der Verelendung ist vorangegangen. Und wenn wir spätere Texte lesen wie etwa das Buch Hiob oder die Evangelien des Neuen Testaments, dann sehen wir, dass die Verelendung immer weiter zugenommen hat.

Auch wenn die Worte der verschiedenen Propheten sehr unterschiedlich akzentuiert sind, so stimmen sie in einem überein: Die Propheten stehen auf der Seite der Schwachen. Sie sind parteilich. Sie betrachten die

Entwicklung nicht mit den Augen eines Ökonomen oder eines Politologen. Sie stehen voller Leidenschaft auf der Seite der Opfer.

Über die Kriterien ihrer Entscheidung geben sie kaum Auskunft. Wenn sie sich gelegentlich dazu äußern, wozu sie die Entwicklung messen, dann nennen sie zwei Größen: Recht und Gerechtigkeit, hebr. *mišpat* und *se-daqa*. In dem berühmten Lied vom Weinberg beschreibt Jesaja, wie Gott den Weinberg Juda gepflegt, dieser aber keine Frucht gebracht hat. Die Pointe des Lieds folgt im letzten Vers (Jes 5,7):

*(Jhwh) hoffte auf Recht, aber siehe: Blutvergießen,
auf Gerechtigkeit, aber siehe: Hilfesgeschrei!*

Amos begnügt sich bekanntermaßen fasst ausschließlich mit Kritik. Nur an ganz wenigen Stellen klingt eine positive Forderung an. Und die lautet (Am 5,24):

*Doch es ströme wie Wasser das Recht,
und Gerechtigkeit wie ein immer fließender Bach.*

Worin Recht und Gerechtigkeit bestehen, wird nicht ausgeführt. Es sind traditionelle Vorstellungen, man muss sie nicht ausdrücklich aufzählen. Wahrscheinlich kennen die frühen Propheten des 8. Jh. auch noch gar keine schriftlichen Rechtssammlungen. Es fällt jedenfalls auf, dass sie sich nie auf ausdrücklich formulierte Gebote beziehen.

Das bedeutet aber nicht, dass Gott mit all dem nichts zu tun hätte. Im Gegenteil! Nehmen wir noch einmal das Weinberglid Jesajas. Gott ist in der Bildsprache des Liedes der Weingärtner, der den Garten pflegt. Er ist es, der in Juda Recht und Gerechtigkeit sucht. Alles, was die Propheten als Kritik der sozialen Verhältnisse vorbringen, bringen sie im Namen Gottes vor. Ihre Sozialkritik hat einen starken Gottesbezug.

Dieser starke Gottesbezug gilt nun besonders für den zweiten Teil ihrer Worte, die Ankündigung der Zukunft. Die Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit führt die Propheten zu dem Schluss, dass Gott strafend eingreifen wird. Er wird diejenigen bestrafen, die für die Entwicklung verantwortlich sind. Die, die Häuser und Felder in ihren Händen konzentrieren, sollen nur noch arme Ernten haben, sagt Jesaja (Jes 5,8-10). Aber die Propheten rechnen auch mit der Möglichkeit, dass die ganze Gesellschaft zusammenbricht. Nachdem Micha die Vergehen der Reichen und Mächtigen aufgezählt hat, schließt er (Mi 3,12):

*Deshalb: Um eurerwillen wird Zion als Feld gepflügt
und Jerusalem wird zu Steinhäufen
und der Tempelberg zu Waldeshöhen.*

Im Blick auf unser Thema der Nachhaltigkeit kann man sagen, dass eine Gesellschaft, in der es kein Recht und keine Gerechtigkeit gibt, keinen Bestand hat. Wenn sich eine Gesellschaft, die auf verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Solidarität gegründet ist, in eine Klassengesellschaft verwandelt, hat sie keine Zukunft. Und, so sagen die Propheten, es ist Gott selbst, der diese Entwicklung nicht hinnehmen wird.

Ich fasse kurz zusammen. Die prophetische Kritik reagiert auf die Veränderung der sozialen Verhältnisse, die ab dem 8. Jh. stattfindet. Die Propheten kritisieren im Namen Gottes die Entwicklung von einer solidarischen Gesellschaft hin zu einer Klassengesellschaft. Sie kündigen das Eingreifen Gottes an. Teilweise rechnen sie mit der Möglichkeit, dass die ganze Gesellschaft keinen Bestand haben wird. Sie sagen, dass eine Gesellschaft ohne Recht und Gerechtigkeit nicht nachhaltig sein kann. Indem sie sowohl ihre Kritik als auch ihre Zukunftsankündigungen auf Gott zurückführen, geben sie ihnen großes Gewicht.

Ich habe zu Beginn meines Beitrags darauf hingewiesen, dass im heutigen Gebrauch des Wortes Nachhaltigkeit Fragen der Ökologie und des Energieverbrauchs im Vordergrund stehen. Wie mir scheint, ist dieser ökologische Aspekt der Nachhaltigkeit der alttestamentlichen Prophetie nicht völlig fremd ist.

Im gesamten Alten Orient gibt es die Vorstellung, dass gute und gerechte Herrschaft des Königs und Fruchtbarkeit der Natur untrennbar miteinander zusammenhängen. Dafür finden sich zahlreiche Beispiele sowohl aus dem Ägypten der Pharaonen als auch aus Mesopotamien von der Zeit der Sumerer an. Auch im Alten Testament schlägt sich diese Vorstellung nieder. Geradezu klassisch ist Psalm 72, ein Gebet für den neu inthronisierten König. Zwei Themen beherrschen den Psalm: der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und nach Fruchtbarkeit der Natur. Und beides hängt vom Handeln des Königs ab. Er tritt für die Armen und Elenden ein (V. 2.4.12-14), und zugleich führt sein Handeln dazu, dass das Land fruchtbar sein wird (V. 16). Entscheidend ist der vorausgesetzte Zusammenhang: Fruchtbarkeit ist eine Folge der Gerechtigkeit.

Das Thema der Fruchtbarkeit des Landes spielt in der klassischen Prophetie nur eine untergeordnete Rolle. Es taucht eigentlich nur in den Strafansagen gegen diejenigen auf, die sich auf Kosten der armen Bauern bereichern. Ihre Felder und Weinberge sollen selbst unfruchtbar werden (vgl. Jes 5,8-10). Erst in der Fortschreibung der Prophetenbücher kommt das Thema der Fruchtbarkeit hinzu. In diesen Fortschreibungen wird vor allem die Frage gestellt, wie es nach dem Ge-

richt, das die Propheten angekündigt hatten und das in den Exilserfahrungen Israels und Judas Wirklichkeit geworden war, weiter gehen soll. Ich möchte zum Abschluss dieses Unterpunktes zur Prophetie an vier Beispielen zeigen, wie auch das Thema einer nachhaltigen Entwicklung der Natur in die Texte der Prophetenbücher eingeschrieben wurde und wie auch hier der Gedanke der Fruchtbarkeit mit dem der Gerechtigkeit verwoben ist.

Erstes Beispiel: der Schluss des Amos-Buches. Der Prophet Amos kennt, wie andere Propheten auch, das Motiv der Unfruchtbarkeit des Landes im Zusammenhang mit der Sozialkritik. Denen, die das Recht beugen und die Armen auspressen, kündigt er an (5,11):

*Häuser aus Quadersteinen habt ihr gebaut, doch darin wohnen werdet ihr nicht;
liebliche Weinberge habt ihr gepflanzt, aber ihren Wein werdet ihr nicht trinken.*

Wie aber soll es nach der Katastrophe Israels weitergehen? Der Schluss des Amos-Buches enthält die großartigste Vision einer nachhaltigen Landwirtschaft, die wir in der prophetischen Literatur finden. Die letzten Verse des Buches lauten (9,13-15):

*Siehe, es kommen Tage – Spruch Jhwhs –,
da holt der Pflüger den Schnitter ein
und der Traubenkelterer den Sämann.
Da triefen die Berge von Most,
und alle Hügel zerfließen.
Da wende ich das Geschick meines Volkes Israel.
Sie bauen die verwüsteten Städte auf und bewohnen sie,
sie pflanzen Weinberge und trinken ihren Wein,
legen Gärten an und essen ihre Früchte.
Und ich pflanze sie auf ihr Land, und sie werden
nicht mehr herausgerissen aus ihrem Land,
das ich ihnen gegeben habe, spricht Jhwh, dein Gott.*

Diese Vision ist großartig. Aber sie ist an eine Bedingung gebunden. Zuvor müssen die unterdrückerischen Strukturen des Staates zerstört und die Menschen beseitigt werden, die für die soziale Ungerechtigkeit im Land verantwortlich waren. Vor der Vision von der nachhaltigen Landwirtschaft heißt es in aller Härte (9,8.10):

*Siehe, die Augen des Herrn Jhwh sind
auf das sündige Königtum gerichtet:
Ich lösche es aus vom Erdboden. Jedoch lösche ich
bestimmt nicht das Haus Jakob aus – Spruch Jhwhs ...
Durchs Schwert werden sterben alle Sünder
meines Volkes,
die sagen: Nicht lässt du eintreffen,
nicht führst du heran an uns das Unheil.*

Auch das zweite Beispiel stellt soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung der Natur zusammen. Es ist die Ankündigung eines Herrschers aus der Wurzel Jesse in Jes 11. Von ihm heißt es (V. 4-5):

*Den Machtlosen wird er Recht verschaffen
in Gerechtigkeit,
und für die Elenden im Land wird er eintreten
in Geradheit.
Und mit den Knüppel seines Mundes wird er
das Land schlagen
und mit dem Hauch seiner Lippen den Frevler töten.
Und Gerechtigkeit wird der Schurz an seinen Hüften
sein und Treue der Gurt um seine Lenden.*

Direkt daran schließt die bekannte Vision vom Frieden in der Natur an (V. 6):

*Und der Wolf wird beim Lamm weilen,
und die Raubkatze wird beim Zicklein liegen.
Und Kalb, junger Löwe und Mastvieh sind beieinander,
und ein junger Knabe leitet sie ...*

Als drittes Beispiel zitiere ich einige Verse aus Jes 32. In ihnen werden Fruchtbarkeit des Landes, Friede und Gerechtigkeit eng miteinander verknüpft. Folgendes wird geschehen, wenn sich der Geist aus der Höhe auf uns setzt (V. 15-18):

*Dann wird die Wüste zum Baumgarten,
und der Karmel wird geachtet gleich dem Wald.
Und das Recht wird in der Wüste wohnen,
und auf dem Karmel wird Gerechtigkeit sein.
Und das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein
und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe
und Sicherheit für immer.
Und mein Volk wird an der Wohnstätte
des Friedens weilen, an sicheren Orten
und sorgenfreien Ruheplätzen.*

Im letzten Beispiel, dem berühmten Text von der Wallfahrt der Völker zum Zion, tritt zu dem Motiv der sozialen Gerechtigkeit im Inneren das Motiv vom Frieden zwischen den Völkern. In Mi 4 wird beides verbunden mit der Vorstellung, dass dann die Familien der Bauern auch ungestört ihre landwirtschaftlichen Erträge nutzen können (Mi 4,4):

*Und ein jeder wird unter seinem Weinstock wohnen
und unter seinem Feigenbaum – und es gibt keinen,
der aufstört.*

Alle vier Beispiele zeigen, dass auch in der prophetischen Literatur die Vorstellung von einer nachhaltigen Entwicklung der Natur vorhanden ist. Zwar liegt das absolute

Schwergewicht der prophetischen Texte auf der Frage der sozialen Gerechtigkeit. Aber in der Fortschreibung der prophetischen Bücher gibt es doch einige Texte, die über die Folgen für die Natur reflektieren. Und an allen Stellen ist es eindeutig so, dass eine nachhaltige Entwicklung der Natur nur möglich ist, wenn es soziale Gerechtigkeit gibt.

Allerdings sagen die Propheten nicht viel darüber, wie eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft aussehen könnte. Sie verweisen auf Recht und Gerechtigkeit. Aber was das konkret heißt, erfahren wir kaum. Hier geht die Tora, die ebenfalls ab dem 8. Jh. entsteht, einen großen Schritt weiter.

5. Die Tora

Die soziale Krise des 8. Jhs. löst nicht nur die Kritik der Propheten aus. Sie gibt auch den Anstoß zur Sammlung von Rechtstexten. Ab dem 8. Jh. entstehen in Israel die ersten Rechtskodizes. Das Bundesbuch wurde wohl am Ende des 8. Jhs. zusammengestellt, das deuteronomische Gesetz folgte im 7. Jh. In diesen Texten wird, anders als bei den Propheten, sehr genau angegeben, wie man mit der krisenhaften Entwicklung umgehen soll. Es gibt Gesetze zur Schuldklaverei von Männern und Frauen. Es gibt das vielfach wiederholte Verbot, Zinsen zu nehmen. Viele Gesetze befassen sich mit dem Schutz der Armen, besonders der Witwen, Waisen und Fremden. Und es wird die Forderung formuliert, dass alle sieben Jahre die Schulden erlassen werden sollen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Gesellschaft nicht in Klassen auseinanderfällt. Alle sieben Jahre soll das Gleichgewicht zwischen den Kräften in der Gesellschaft wieder hergestellt werden.

Dass es bei der Kritik der Propheten und den Bestimmungen der Tora um dieselben Probleme geht, lässt sich an vielen Beispielen zeigen. Ich will nur drei nennen. Am 2,7 kritisiert, dass ein Mann und sein Sohn eine Schuldklavine gemeinsam sexuell ausbeuten. Ex 21,7-11 legt fest, dass eine Schuldklavine nur entweder mit dem Herrn oder mit seinem Sohn verheiratet werden darf, und dass sie dann dieselben Rechte wie eine freie Ehefrau auch hat. Ein zweites Beispiel. Mi 2,2 kritisiert, dass die Mächtigen Häuser und Felder „begehren“, hebr. *chamad*. Im Dekalog heißt es: „Du sollst nicht begehren das Haus deines Nächsten“ (Ex 20,17), hebräisch ebenfalls *chamad*. Und schließlich ein drittes Beispiel. Jer 5,28 kritisiert: „Das Recht der Armen führen sie nicht herbei.“ Ex 23,6 legt fest: „Du sollst das Recht deines Armen in seinem Rechtsstreit nicht beugen.“

Ich will die einzelnen Bestimmungen der Tora jetzt nicht weiter ausführen. Ich will vielmehr nur zwei theologische Grundelemente hervorheben, welche die

Bedeutung der Tora für das Thema der Nachhaltigkeit unterstreichen. Das eine ist die Vorstellung, dass eine Gesellschaft nur dann Bestand haben kann, wenn es in ihr einen Ausgleich der Interessen gibt. Das Gesetz über die Freilassung von Schuldklaven nach sieben Jahren ist ein gutes Beispiel. Es zeigt auch, wie die Tora im Lauf der Zeit weiter entwickelt wurde, um das Ziel der Nachhaltigkeit auch wirklich zu erreichen. In Ex 21,2-6 wird festgelegt, dass ein Schuldklave nach sechs Jahren freigelassen werden muss. Ob das auch für weibliche Schuldklavinnen gilt, bleibt offen. Dtn 15,12-18 reformuliert das Gesetz. Gleich im ersten Satz wird festgelegt, dass es sowohl für männliche als auch für weibliche Schuldklaven gilt. Sodann wird über Ex 21 hinausgehend bestimmt, dass den freigelassenen Sklavinnen und Sklaven etwas mitgegeben werden soll, ein oder zwei Schafe, etwas Saatgut oder was sonst. Die Freigelassenen brauchen ein Startkapital. Sonst nämlich würden sie innerhalb kurzer Zeit wieder in derselben Lage sein wie vorher. Sie müssten Schulden machen und würden schnell wieder in Schuldklaverei geraten. Dies soll verhindert werden. Der Ausgleich der Interessen ist wichtiger als die Interessen der wohlhabenden Bauern.

Das zweite Motiv bezeichne ich als die Vorstellung von einem Kreislauf des Segens. Gott hat die Israeliten gesegnet mit dem Besitz des Landes. Mit diesem Land können sie wirtschaften. Daraus entsteht neuer Segen. Aber dieser Kreislauf funktioniert nur, wenn es soziale Gerechtigkeit gibt. Fehlt die soziale Gerechtigkeit, dann wird der Kreislauf des Segens unterbrochen. Das eben schon genannte Gesetz über die Freilassung von Schuldklavinnen und -sklaven illustriert das. Der Herr soll den Freigelassenen etwas mitgeben. Wörtlich heißt es: „Von dem, womit Jhwh, dein Gott, dich gesegnet hat, sollst du geben“ (Dtn 15,14). Und wenn der Herr dann dem Freigelassenen etwas mitgibt von seinem Segen, dann wird er wiederum gesegnet werden: „So wird Jhwh, dein Gott, dich segnen bei allem, was du tust“ (15,18). Es ist ein Kreislauf des Segens, der dadurch weitergeht, dass soziale Gerechtigkeit getan wird.

Die beiden theologischen Motive, Ausgleich der Interessen und Kreislauf des Segens, zielen darauf ab, dass die Gesellschaft nicht auseinander bricht, sondern Bestand hat. Sie beseitigen nicht die Ungleichheiten in der Gesellschaft. Aber sie mildern sie ab und tragen dazu bei, dass der Zusammenhalt der Gesellschaft nicht vollends zerbrochen wird. Aber das ist nicht das letzte Ziel. Gleich in das erste Sozialgesetz, das Gesetz über den Schuldenerlass, ist ein Passus eingefügt, der über alle einzelnen Bestimmungen hinausgeht. Er formuliert die Vision einer Gesellschaft ohne Marginalisierte, ohne Ausgeschlossene, ohne Arme. Die Bedingung dafür ist, dass die Gebote der Tora gehalten werden. In Dtn 15,4-6 heißt es:

Nur dass es bei dir keinen Armen geben wird – denn reich segnen wird dich Jhwh in dem Land, das Jhwh, dein Gott, dir als Erbe gibt, es zu besitzen –, wenn du nur fest auf die Stimme Jhwhs, deines Gottes, hörst, darauf zu achten, all dies Gebot zu tun, das ich dir heute gebiete. Denn Jhwh, dein Gott, hat dich gesegnet, wie er dir gesagt hat.

Hier haben wir die wahrhaft prophetische Vision einer Gesellschaft ohne Arme. Der nachhaltige Bestand der Gesellschaft ist möglich, wenn die Tora gehalten wird.

6. Schluss

Es wäre möglich, nun auch noch darüber zu sprechen, wie das Halten der Tora auch seine Folgen für den nachhaltigen Bestand der Natur hat. Dazu soll hier nur kurz auf Dtn 28 verwiesen werden. In diesem Kapitel werden Segnungen und Flüche formuliert, je nachdem, ob Israel die Tora halten wird oder nicht. Und ganz wie in den Ausblicken der Propheten geht es dabei hauptsächlich um die Fruchtbarkeit des Landes. Doch das will ich nun nicht weiter ausführen.

Schließen will ich mit einer Erinnerung an den großen brasilianischen Bischof Dom Helder Câmara (1909-1999). Er hat in seiner Zeit immer wieder gepredigt, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit geben kann. Wir können seine Worte heute um die Aussage ergänzen, dass es keine nachhaltige Entwicklung der Natur, der Umwelt, der Landwirtschaft oder der Energienutzung geben kann ohne Gerechtigkeit. Die Botschaft der Propheten und der Tora zeigt, dass beides untrennbar zusammen gehört. Ich möchte sie in dem einen Satz zusammenfassen:

Keine Nachhaltigkeit ohne Gerechtigkeit.

ULRICH DUCHROW

Keine Zukunft ohne Überwindung der geldgetriebenen Zivilisation

„Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich ... aus der Affäre ziehe, sondern wie eine kommende Generation weiterleben soll.“

Diesen Satz Dietrich Bonhoeffers hat der dbv als Motto für diese Tagung gewählt. Er trifft den Nagel buchstäblich auf den Kopf, was die konkrete Situation der Menschheit und der Erde betrifft. Klimakatastrophe, Sterben der Arten, Ressourcenkrise, Energiekrise, Er-



nährungs- und Energiekrise, jährlich über 40 Millionen Tote als Folge von Hunger, soziale Krisen, Finanzkrise usw. – all dies weist auf die fundamentale Krise zukünftigen Lebens.

Meine – und nicht nur meine – These ist, dass alle diese Krisen eine zentrale Ursache haben: die Zivilisation des Kapitalismus. Ich sage ausdrücklich nicht nur: die kapitalistische Ökonomie, sondern Zivilisation. Denn alle Bereiche des Lebens, Denkens und Fühlens sind unter die Herrschaft des Geldes in der Form von Kapital geraten. Und dieses hat nur ein Ziel: zu wachsen. Wenn man dies aber verstehen will – und man muss dies verstehen, um dem Leben in Zukunft eine Chance zu geben –, so muss man weit in die Geschichte zurückgehen, um die Bauelemente dieser Zivilisation zu begreifen.

1. Die Entstehung der Geld-Privateigentumswirtschaft

Eine erste Form von kalkulierender Geldökonomie findet sich in Mesopotamien schon ab ca. 3000 v. u. Z.¹ Hier waren tausende Priester und Beamten für Tempel und Paläste tätig, daneben Handwerker sowie Bauern und Hirten, welche die großen Ländereien bewirtschafteten. Um das Ganze zu verwalten, entwickelten die Tempelbeamten ein einheitliches Berechnungssystem. Geld fungiert hier zunächst als reine Berechnungseinheit für Ressourcen,

die mit Hilfe einer Hierarchie verteilt werden, für Kredite usw. Das tägliche Wirtschaften aber geschah auf gegenseitigen Kredit ohne das Medium des Geldes.

Das änderte sich vom östlichen Mittelmeer bis China in der Periode seit dem 8. Jh. v. u. Z. (vom Philosophen Karl Jaspers „*Achsenzeit*“ genannt, weil damals dort die meisten Weltreligionen und großen Philosophien entstanden). Diese Zeit erlebte eine nie dagewesene Steigerung militärischer Gewalt. Nun gab es trainierte, professionelle Soldaten und Söldner, die entlohnt werden müssen. Der wichtigste Lohn war die Beute. Dazu gehörten Edelmetalle, die auch leicht transportabel sind. Sie zirkulierten wohl zunächst einfach in kleinen Stücken. Um 600 v. u. Z. kamen Staaten fast gleichzeitig in Lydien, Indien und China darauf, die Edelmetalle als Münzen zu prägen. Durch solche praktikablen Währungen wurden auch die lokalen Märkte mit Hilfe des Staates vereinheitlicht, so dass zunehmend Geld von der gesamten Bevölkerung auch für alltägliche Transaktionen benutzt wurde. *Sowohl vereinheitlichte Märkte wie auch Cashgeld sind Kinder des Krieges.* Das ganze System verbindet sich mit den auf Eroberung angelegten Imperien bis zum ersten Höhepunkt im Hellenismus seit Alexander d. Gr. und dem Römischen Reich.

Auf dieser Basis entstand die *Logik des kalkulierenden Tauschens auf Märkten*. Der Austausch von Gütern wurde direkt mit Hilfe der Berechnungseinheit Geld vollzogen. Die Einheit in der Vielfalt von Waren war nun das Geld – freilich nicht als „Ding“. Es muss in sozialen Prozessen in seinem Wert und seiner Logik anerkannt werden. So veränderte das Geld auch die Seelen der Menschen. Neben der Kommunikation durch Sprache begannen sie, durch Geldkalkulation zu kommunizieren. Dadurch erhielt das individuelle, konkurrierende Ego Vorrang vor Gemeinschaftsbeziehungen.²

Das wurde verstärkt durch ein weiteres Element dieser Entwicklung: Gleichzeitig mit dem marktförmigen Geld entstand das *Privateigentum* über das persönliche Eigentum hinaus. Das heißt, Eigentum bezog sich nicht mehr nur auf den Tausch im Blick auf Gebrauchswerte, sondern auf den abstrakten Tauschwert, losgelöst vom Gebrauch. Geld und Privateigentum sind auf mehrfache Weise verkoppelt:

- Geld ist immer auch Anrecht auf Eigentum.
- Privateigentum ist Ausdruck ich-bezogener Exklusivität, es schließt andere aus, trennt das Ich von den anderen.
- Geld und Privateigentum verbinden strukturelle und psychologisch-mentale Dimensionen, die dann auch entsprechend in den Philosophien und Religionen jener Zeit gemeinsam bearbeitet werden.

- Die Gier nach möglichst viel Geld als Sicherheit im Markt gewinnt theologische Qualität. Geld wird Gott.

Im Zusammenhang des allgemein stimulierten Strebens nach mehr Geld können nun die Stärkeren unter den Konkurrierenden Mechanismen installieren, welche die Geldvermehrung verstetigen, d. h. *die Gier institutionalisieren: Zins, Tribut an die Imperien usw.* Die erste Institutionalisierung der Gier nach grenzenloser Geldakkumulation ist der *Zins, der gleichzeitig die Schuldenproblematik verschärft*. Ein Schuldner musste mehr als das Entliehene zurückzahlen, ursprünglich vor allem im Blick auf Saatgut, wenn das eigene nach schlechter Ernte nicht ausreichte. Er musste dafür auch sein Land als Pfand einsetzen. Konnte er nicht zurückzahlen, verlor er sein Land und die ganze Familie musste als SchuldklavInnen für den Gläubiger arbeiten. So wirkten Geld und privates Eigentum zusammen und führten zum zunehmenden Landverlust der freien Bauern und zur persönlichen Schuldklaverei. Auf der anderen Seite konnten Gläubiger mehr und mehr Land, Geld und Schuldklaven ansammeln. Der Charakter der Sklaverei änderte sich ebenfalls dadurch, dass SklavInnen zur handelbaren Ware wurden. Gleichzeitig verschärfte sich die Ausbeutung der Arbeitenden. Auch Arbeit wurde zur Ware. Das haben Forscher „die Entstehung der antiken Klassengesellschaft“ genannt. So führten die neuen wirtschaftlichen Instrumente Geld und Privateigentum in der antiken Periode zur vertieften Spaltung der Gesellschaften und zur egozentrischen Mentalität. Außerdem verstärkte sich das Patriarchat, weil nur die männlichen Hausväter Eigentum besitzen durften (griech. *despotes*, römisch *dominus*).

2. Die Antwort der Religionen und Philosophien – ein Überblick

Auf die Koppelung von sozioökonomischen, politischen und psychologisch-anthropologischen Veränderungen und die von ihnen erzeugten Leiden antworten alle Religionen und Philosophien der Achsenzeit in den Regionen vom Mittelmeer bis China:

- in Israel und Juda fordern die machtkritischen *Propheten (seit Amos) und die Tora* (bes. Deut 15 und Lev 25) Gerechtigkeit und Recht, damit es keine Armen gibt (durch Zinsverbot, Schuldenerlass und Schuldklavenbefreiung alle sieben Jahre, periodische egalitäre Landverteilung, Armensteuer usw.);
- in Indien sucht der *Buddha* die drei Gifte Gier, Hass und Illusion des Ego durch die achtsame Einsicht in die gegenseitige Abhängigkeit alles Seienden und dem daraus folgenden neuen gemeinschaftlichen Sein zu überwinden;

- in China erklärt *Laozi* den Vorrang des Weichen gegenüber dem Harten im Sinn des unaussprechlichen und darum nicht manipulierbaren Dao (Weg); *Konfuzius* fordert die immer wieder nötige Eingliederung in die gesellschaftliche Ordnung bis hin zum Revolutionsrecht des Volkes bei ungerechter Herrschaft (beide nach dem Prinzip sozialer Balance);
- *Sokrates* zielt auf seelische Angemessenheit (*arete*) statt Reichtum und Ruhm, *Plato* auf die Gerechtigkeit im Gemeinwesen, *Aristoteles* versucht, die auf Geldanhäufung reduzierte Wirtschaftsform durch die Ethik und Politik der natürlichen Tauschwirtschaft zu überwinden;
- *Jesus* spitzt die Frage zu auf die Entscheidung zwischen Gott (seinem Reich und dessen Gerechtigkeit) und Mammon (dem Gott des Schätzesammelns) sowie auf den Vorrang der Geringsten (Mt 6,19ff. und 25,31ff.) mit der Folge, dass seine Bewegung Eigentum teilt, damit es keine Armen gibt (Apg 4,32ff.);
- *Muhammad* verdammt die Illusion unbegrenzter Reichtumsanhäufung und betont das Zinsverbot, verbunden mit der Armensteuer (Zakat) und einer Beteiligungswirtschaft.

Etwas Ausführlicher will ich auf die biblischen Antworten eingehen.

Historisch gesehen sind die *Propheten* des Alten Israel, beginnend mit *Amos* in der zweiten Hälfte des 8. Jhs, die ersten, die auf die Veränderungen der Achsenzeit reagieren.

Hier kurz einige zentrale Texte der Propheten.

Der Prophet *Amos* tritt in der Mitte des 8. Jahrhunderts im Nordreich auf. Sein zentrales Thema ist die Gefährdung der Kleinbauern. Sie verlieren ihr Gut durch Pfändung, werden als Überschuldete in die Schuldklaverei verkauft, Schuldklavinnen werden missbraucht (Am 2,6-8), die Kleinbauern werden bei Kreditgeschäften betrogen (8,4-7), von ihnen werden Abgaben und Sühnegelder genommen (5,11 f.). Das Recht, das die Armen schützen sollte, wird gebeugt (5,10; 6,12). Auf der anderen Seite kritisiert der Prophet die Reichen, die sich an den Armen bereichern, von anderer Leute Arbeit leben und im Luxus prassen (5,11; 6,4-6 u. ö.). Ihnen wird Unheil und Untergang angedroht (9,9 f.). Dagegen wird in der weiteren Tradierung der Amosworte den Opfern verheißen, dass sie die Früchte ihrer Arbeit selbst genießen werden: „Sie bauen die verwüsteten Städte auf und bewohnen sie, sie pflanzen Weinberge und trinken ihren Wein, legen Gärten an und essen ihre Früchte“ (9,14). Daraus wird „klar, dass das auf Ausbeutung und Luxus beruhende Eigentum müßiger Grundbesitzer dem Untergang geweiht ist, dass aber das auf eigener Arbeit beruhende Eigentum

der Bauern eine sichere Zukunft haben soll. Es ist nicht abstraktes Eigentum, das Freiheit gewährt. Vielmehr soll müßiges Eigentum beseitigt werden und nur bearbeitetes und auf eigener Arbeit beruhendes Eigentum von Gott gesegnet sein“ (Kessler, 70).

Der Prophet *Micha* tritt am Ende desselben Jahrhunderts im Südreich Juda auf, also in der Zeit, in der sich die Prophetie des *Amos* erfüllte und 722 v. Chr. das Nordreich von den Assyern zerstört wurde. Er prangert denselben Mechanismus Eigentum–Zins–Pfändung–Schuldklaverei an (vgl. Mi. 2,1f.).

Der scheinbar rein ökonomische Vorgang der Vollstreckung eines Kreditvertrages wird hier zum ersten Mal offen als Raub bezeichnet. Die Reichen, die dies zu verantworten haben, wird das Unheil ereilen (Mi. 2,3, vgl. Jes. 1,23; 3,14; 5,8ff.).

Die konsequent politische Leseweise, die Ton Veerkamp in seinem Buch „Die Welt ist anders“ durchführt. Lässt die einzelnen biblischen Bücher und Texte neu verständlich werden³ lässt die einzelnen biblischen Bücher und Texte neu verständlich werden. „Der Ruf nach sozialer Egalität (war) keine Erfindung der Tora, sondern das Resultat einer gesellschaftlichen Entwicklung, die überall die Mehrheit der Menschen in die Falle der Verschuldung trieb und durch die die gesellschaftlichen Ressourcen, vor allem der Boden, in die Hände immer weniger Familien gerieten. Autonomie und Egalität waren weltweit Anliegen der Völker“. Der Unterschied zu z. B. Griechenland lag nur darin, dass hier die aristokratische Klassengesellschaft als schicksalhaft durchgesetzt wurde, während die Tora einen Neuanfang in Autonomie und Egalität für möglich hielt und seine Umsetzung erzählte.

Die „Urlegende“ dafür ist das Auffinden des „zweiten Gesetzes“ (Deuterios nomos) zur Zeit des Königs Joschija im Tempel (2 Kön 22), in seiner späteren Endgestalt überliefert in Form des Deuteronomiums als Abschluss der Tora. In ihm geht es um Überwindung der Verschuldungsmechanismen und der (Schuld-)Schlaverei (Deut 15) und der Götter, d. h. der Grundordnungen der Ausbeutung (vgl. dazu 5. Mose 15,1-18, die Anordnung des sog. „Erlassjahres und Freilassung der Sklaven“).

Hier wird also Gott, der NAME, den übrigen Göttern entgegengestellt, welche die Ausbeutungsordnungen legitimieren. Der Name ist Sklavenbefreier, von dem man sich kein Bild machen darf, weil er alle real existierenden Ordnungen immer transzendiert. Der NAME ist nur Stimme, auf die Israel hören soll (4,1-40). Das Fest Pesach steht für die immer zu wiederholende Befreiung aus der Sklaverei in Ägypten. Das Zehntwort (Dekalog) ist die

Verdichtung der nie einzuholenden Grundordnung der Autonomie und Egalität. Ebenso wie die großen Propheten, welche die Tora präludieren, scheitert auch dieser erste Versuch, die altorientalische Normalität zu durchbrechen. Die Zerstörung Jerusalems und das *Exil* sind die Folgen.

Hier kommt es zu neuen Ansätzen, vor allem bei *Ezechiel und Deuterocesaja* (Jes 40-55). Letzterer deutet die Schöpfung als Neuschöpfung. Von daher ist das Buch Genesis zu lesen: „Schöpfung heißt, dass es für Israel – und wir fügen hinzu: für die Menschheit – immer und überall eine Alternative zu allen herrschenden Verhältnissen gibt“. Abrams Auszug aus Mesopotamien wird „Paradigma für die Rückkehr der Verschleppten aus Babel“.

Damit sondert sich Israel von den anderen Völkern bewusst ab, aber „nicht der ethnische Gesichtspunkt, sondern in erster Linie die Trennung von der gesellschaftlichen Normalität der Ordnungen der Völker machen die ‚Absonderung‘ für Israel zur kategorischen Pflicht“.

Der *Hellenismus* macht das Leben nach der Tora zunehmend unmöglich. Die daraus entstehenden Konflikte werden sichtbar in den mittleren Büchern der Tora: Exodus, Leviticus und Numeri. Das unlösbare Dilemma zeigt das Buch Hiob. Die Apokalyptik, das Buch Daniel, sieht die Imperien als Raubtiere und verlegt die Hoffnung in den Himmel, auf die kommende Ordnung mit menschlichem Gesicht – der Ursprung des Messianismus.

Hier setzt *Paulus* ein. Unter römischen Verhältnissen ist die Tora durch Abgrenzung von den anderen Völkern undurchführbar (Rö 7,18ff.). Sie kann nur durch eine Überwindung des gesamten Systems, eine Weltrevolution, erfüllt werden. Im Leib des Messias Jesus geschieht diese Neuschöpfung, konkret durch die Bildung neuer Gemeinschaften, in denen die von Rom gegeneinander getriebenen Juden und Gojim, Männer und Frauen, Herren und Sklaven in Solidarität (agape) zusammenleben (Gal 3,26-28). Das ist die Erfüllung – nicht Ablösung – der Tora (Rö 13,10).

Die *vier Evangelien* stellen Leben, Kreuzestod und Auferstehung des Messias in den politischen Kontext des jüdischen Volkes nach Ausbruch des 1. jüdischen Krieges (66-70 n. Chr.) und erzählen dazu die Worte und Taten des Messias. Markus prägt dafür den Begriff Evangelium – als römisch-politischer Begriff die Kaiserbotschaft. Das heißt: „Der Inhalt der Botschaft ist der Sieg des Messias über das System.“ Dabei will er zeigen, „dass nach dem Krieg kein Messianismus mehr möglich ist, zumindest kein Messianismus, wie ihn die verschiedenen messianischen Gruppen vor dem Krieg überliefert haben.“ Sein Evangelium endet in Nacht und Furcht, aber die

Gemeinde kann und soll zurück nach Galiläa, „um den neuen und wahren Weg zu finden“.

Schauen wir zum Schluss noch auf die Formulierungen von Jesus in der Formulierung der *Logienquelle*, weil diese eine Brücke zum Buddhismus schlägt. Die Träger der Logienquelle sind wandernde Prediger. Sie nehmen die Seligpreisung der Armen aus der älteren Tradition auf und aktualisieren sie für ihre eigene verfolgte Existenz im Kontext der „kleinen Leute“ und deren Existenzsorgen (vgl. die Seligpreisungen in der Bergpredigt, vor allem Mt. 5,10-12).

Sie greifen die Probleme z. B. der Tagelöhner auf, die sorgenvoll auf Arbeitsaufträge im Weinberg warten, damit sie ihre Familie über den Tag bringen können (Mt 20,1-16). Sie sprechen den Armen aber nicht die Umkehrung der Verhältnisse zu wie die ältere Jesusüberlieferung. Ihre Kernbotschaft ist die Befreiung von (real berechtigter) Existenzangst. Sie lautet (Mt 6,25-33): Sorgt euch nicht um euer Essen und um eure Kleidung. Vertraut auf Gott. Gott sorgt für die Vögel unter dem Himmel und die Lilien auf dem Felde – seid ihr Menschen nicht mehr als sie?

„Sucht hingegen zuerst die Welt und die Gerechtigkeit Gottes, und dies alles wird euch dazugeschenkt werden“ (33).

Die Wanderprediger leben diese Sorglosigkeit selbst vor. Jesus sendet sie zu „den verlorenen Schafen des Hauses Israels“ zum Heilen und Befreien angesichts der anbrechenden Gottesherrschaft (Mt 10,5ff.). Sie sollen im Gottvertrauen ohne Geld und nur mit dem Nötigsten losziehen:

„Umsonst habt ihr genommen, umsonst sollt ihr geben! Beschafft euch kein Gold, kein Silber und kein Kupfer für eure Gürtel, keine Reisetasche für den Weg, auch nicht zwei Hemden, keine Sandalen und keinen Wanderstock. Alle, die arbeiten, verdienen, dass sie zu essen bekommen“ (8f.).

Sie sind auf die Gastfreundschaft derer angewiesen, deren Haus sie Frieden wünschen.

Das Gegenbild sind *die Reichen*, die ihr Vertrauen auf Besitz und Reichtumsvermehrung setzen. In der älteren Jesusüberlieferung geht es um die Umkehrung der Verhältnisse, hier in der Logienquelle steht die *Herrschaft des Besitzes und des Schätzesammelns über Menschen* im Mittelpunkt (Mt 6,19-24):

„Häuft nicht auf der Erde Schätze für euch an, wo Motten und Fraß sie vernichten, wo Diebe einbrechen und stehlen ... Niemand kann zwei Mächten dienen. Entweder wirst du die eine Macht hassen und die andere lieben oder du wirst an der einen

hängen und die andere verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“

3. Die kapitalistische Moderne und die Antwort der Befreiungstheologien

Die Moderne ist gekennzeichnet durch die extreme Verschärfung der antiken Geldwirtschaft in der Form des imperialen Kapitalismus. Hier wird nun die Vermehrung des Geldes zum Sinn und Motor des Wirtschaftens überhaupt. Kapital ist ja nicht einfach Geld, sondern in Geld gemessenes Vermögen, das investiert wird, um mehr Geld zu erwirtschaften. Dazu trägt insbesondere die Entwicklung der doppelten Buchführung bei, aus der sich der Funktionsmechanismus der Profitmaximierung aus input und output entwickelt, aber auch die Privatisierung von immer mehr Gemeingütern, besonders des Landes. Das Patriarchat verschärft sich durch das zur Herrschaft kommende männlich rationale Denken in Philosophie, Wissenschaft und Technik, die Eigentumsordnung und den imperialen Militarismus.

Die *Religionen* haben sich in ihrer Geschichte mehrheitlich an diese Entwicklung angepasst. Deshalb ist *Religionskritik* der Anfang jeder positiven Bezugnahme auf Religion. Seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts entwickeln sich aber in allen Religionen Befreiungstheologien.⁴ Sie entdecken die ursprünglichen Impulse der Achsenzeitreligionen und Philosophien wieder, und zwar durch die kontextuelle Interpretation ihrer grundlegenden (heiligen) Schriften. Damit wenden sie sich kritisch gegen die angepassten Mehrheiten in ihren Glaubensgemeinschaften und gegen den nunmehr imperial globalisierten Kapitalismus. Dieser aber ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern bestimmt die gesamte westliche Zivilisation: Wissenschaften und Technik, Politik (Angela Merkels „marktkonforme Demokratie“!) und das Verständnis des Menschen – als „Herr und Eigentümer der Natur“ (Descartes), als nach Macht, Reichtum und Ansehen strebendes und darum kalkulierend konkurrierendes Individuum (Hobbes). Alle fragen: „Rechnet sich das für mich?“. Darum muss es immer gleichzeitig um die Veränderung der politisch-ökonomischen Strukturen und um die Überwindung ego-zentrierter Denk- und Handlungsweisen gehen. Das heißt, die Spiritualität des Geldes muss in eine Spiritualität verwandelt werden, die verwirklicht, dass Glück auf gelingenden Beziehungen beruht – zwischen Mann und Frau, Sozialpartnern, Menschen und Natur, Völkern untereinander usw.

Wenn es aber stimmt, dass die herrschende Zivilisation auf den Grundpfeilern von *Geld und Privateigentum* beruht, muss eine alternative Kultur *in erster Linie diese Institutionen transformieren*. Hier beginnt die Frage nach

strukturellen Gestaltungsmöglichkeiten für eine neue, lebensdienliche politische Ökonomie – freilich im Kontext der gleichzeitigen politischen Transformation.

4. Vielfältiges Nutzungseigentum

4.1 Grundprinzipien

Eine fundamentale Veränderung ist im Blick auf die *Eigentumsordnung* nötig und möglich⁵. Wenn das neue Gesamtparadigma „Gemeingut der Menschheit“ heißt, so ist beim Eigentum vom geschenkten Gemeineigentum auszugehen. In der hebräischen Bibel wird das in einer Gottesrede theologisch so ausgedrückt:

„Das Land darf nicht unwiderruflich verkauft werden, denn mir gehört das Land, und ihr seid Fremde und Leute mit Bleiberecht bei mir.“ (Lev 25,23)

Das bedeutet: Land und alle Gaben der Natur (theologisch: Schöpfung) wie Wasser, Mineralien, Luft usw. sind *Gaben* und zur Nutzung geliehen. Entsprechend kann es für Menschen nur Nutzungsrechte geben. Da Menschen aber nur in Gemeinschaft lebensfähig sind, sind die Nutzungsrechte übergreifend einer jeweiligen Gemeinschaft vom Lokalen bis zum Globalen gegeben. Darin ist persönliches Nutzungseigentum eingeschlossen. Das aber muss institutionell geregelt werden. Ohne Eigentum ist menschliches Zusammenleben nicht möglich. Das Problem liegt in der zunehmenden Absolutsetzung des in Geld gemessenen privaten Eigentums über die persönliche und gemeinschaftliche Nutzung hinaus (in seinem Tauschwert zwecks Akkumulation) seit der Achsenzeit und systemisch in der kapitalistischen Moderne. Wie lässt sich eine neue Eigentumsordnung gestalten, die dem Gemeinwohl dient?

Zunächst ist nochmals ein verbreitetes *Missverständnis* abzuwehren, als gäbe es nur die Alternative: *absolutes Privateigentum oder absolutes Staatseigentum*. In Wahrheit ist keines von beiden zukunftsfähig, weil beides die Form des Herrschaftseigentums (*dominium*) hat, das Menschen und Erde knechtet und zerstört. Zentral ist vielmehr zu verstehen, dass es rechtlich eine Fülle von Eigentumsformen gibt, die jeweils danach auszuwählen sind, welche dem Gemeinwohl am besten dienen. Natürlich ergibt sich die Auswahl nicht von selbst, da mit Eigentum immer Interessen verbunden sind und deshalb die Gestaltung der Eigentumsordnung immer davon abhängt, wie viel demokratische Beteiligung die politischen Strukturen ermöglichen. Hier geht es aber zunächst einmal um die *Prinzipien* der Vision.

Die wichtigste Innovation der Diskussion über Eigentum in den letzten Jahren ist die Wiederentdeckung der

Gemeingüter. In einer Serie von Treffen, organisiert von der Heinrich-Böll-Stiftung, hat eine interdisziplinäre Gruppe, an der ich teilgenommen habe, ein Manifest und ein Buch zum Thema erarbeitet.⁶ Ich stelle im Folgenden einige Thesen daraus vor:

„Gemeingüter (*Commons, Allmende*) sind vielfältig. Sie sind Grundbestand und Voraussetzung unseres gemeinschaftlichen Reichtums. Dazu gehören Wissen und Wasser, Saatgut und Software, Kulturtechniken und die Atmosphäre. Gemeingüter sind unabdingbar, doch sie sind kein Ding, denn sie sind mit uns in vielfältiger Art und Weise verbunden.“

Hierin spiegelt sich die Frage indigener Menschen: „Kann ein Mensch seine Mutter besitzen?“ Wir sind Teil eines gemeinsamen Lebensnetzes, über das wir weder als Privatleute noch als Staat verfügen. Zu diesen Gemeingütern gehören nicht nur die grundlegenden Gaben der Natur wie Wasser, Luft, Erde (Land), sondern auch gemeinsam geschaffene Kulturgüter bis hin zu den modernsten HighTech-Entwicklungen wie das Internet. Was hier noch nicht genannt ist, sind die Grundversorgungsdienste wie Erziehung, Gesundheit, Transport – und das Geld.

Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, dass Gemeingüter kein Niemandland sind, sondern auch gemeinsam gepflegt werden müssen. Das kann man gut an funktionierenden *Allmenden* sehen:

„Um Übernutzung und Unternutzung – die dramatische Plünderung der Fischbestände oder das Verwaisen von Werken – zu vermeiden, ist jegliche Eigentumsform mehr denn je an zwei Bedingungen zu messen: Zum einen muss bei jeder Nutzung gewährleistet sein, dass Gemeingüter nicht in ihrem Bestand zerstört oder verbraucht werden. Zum anderen muss gewährleistet sein, dass niemand, der anspruchsberechtigt oder auf die jeweiligen Gemeingüter angewiesen ist, von Zugang und Nutzung ausgeschlossen wird. Zugang und Nutzung sind deshalb so zu gestalten, dass Gemeingüter bewahrt und gepflegt, sowie weiterentwickelt werden können.“

Schließlich kann die Nutzung von Gemeingütern auf vielfache Weise organisiert werden:

„So verschieden die Gemeingüter und die Menschen, so verschieden die Organisationsformen der Nutzergemeinschaften. Sie begegnen uns überall: selbstorganisiert und vielgesichtig. Als Vereine, private Agenturen, Netzwerke, Kooperativen, Genossenschaften und treuhänderische Organisationen. Als überschaubare Hofgemeinschaft oder internationale Freie Software-Bewegung. Ihre Regeln und ihre Ethik erwachsen aus den Bedürfnissen und den Organisationsprozessen der

jeweils Betroffenen. Wer einem Gemeingut direkt verbunden ist, sollte an der Aushandlung und Umsetzung dieser Regeln beteiligt werden.“

Damit ist deutlich, dass die Eigentumsorganisation immer möglichst nah an den Betroffenen und damit gemeinwohlorientiert stattfinden muss. Wie das konkret aussehen könnte, wollen wir nun in den Blick nehmen ...

[Die Abschnitte 4.2 „Vom Privateigentum zur Gemeinwohl-Ökonomie“ und 4.3 „Unternehmen in der solidarischen Gemeinwohl-Ökonomie“ werden aus Platzgründen hier übersprungen. Es geht dabei vor allem um die „Genossenschaftsbewegung und die Durchsetzung gemeinwohlorientierter und solidarisch organisierter Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge.“⁷] ...

5. Vom gierigen zum gemeinwohlorientierten Geld und Finanzsystem

5.1 Die Prinzipien

Die erste Frage lautet: Wie kann Geld so organisiert werden, dass es seine nützlichen Funktionen erfüllen kann, ohne durch persönliche und strukturelle Gier in zerstörerische Prozesse zu führen und schließlich zur „finanziellen Massenvernichtungswaffe“ zu werden? *Der Kernpunkt ist: Geld muss von einer Ware, mit der man mehr Geld produziert, zu einem Instrument für bedarfsbezogenes, reales Wirtschaften werden. Es ist ein Gemeingut und muss deshalb öffentlich geschaffen und demokratisch reguliert werden.* Dazu gibt es inzwischen ausgezeichnete Vorschläge, so dass wir uns hier auf Grundlinien beschränken können.⁸

Die erste Frage betrifft die *Geldschöpfung*. Wie kommt Geld in die Welt? Vordergründig sieht es so aus, als seien die Zentralbanken die einzigen Akteure, weil sie als einzige das Recht haben, Münzen und Scheine zu prägen. Das betrifft aber nur das Bargeld. Die Hauptmenge des Geldes kommt durch Kreditmechanismen der Geschäftsbanken zustande: Eine Bank verleiht nicht etwa nur das Geld, über das sie als Spareinlagen verfügt. Das dient vor allem nur als Eigenkapital, das sie bei der Zentralbank hinterlegen muss (z. Zt. etwa 10 Prozent der Kreditsumme, die sie verleiht). Auf dieser Basis gibt sie Kredite, die zu 90 Prozent aus virtuellem Geld bestehen. Dieses wird aber zu Realgeld in dem Maße, wie der Kredit zurückgezahlt wird (Tilgung). Da aber auf das geliehene Geld im gegenwärtigen System Zins und Zinsseszins anfällt, entsteht durch solche Kredite fast noch einmal so viel Geld, wie ursprünglich ausgeliehen wurde. *So kommt das meiste Geld als zinsbelastetes Schuldgeld in Umlauf, ist also als solches bereits „gieriges Geld“.* Diejenigen, die damit in der realen Wirtschaft reale Werte schaffen, müssen einen Teil des Erwirtschafteten an die

Kapitaleigentümer abführen. Das Schuldgeld verteilt also bereits als solches Anteile aus dem real erwirtschafteten Reichtum von den arbeitenden Menschen zu den Kapitaleignern und ihren Agenten, den Banken, um.

Das lässt sich politisch auf folgende Weise ändern: Geld kann ausschließlich als öffentliches Gut geschöpft und für produktive Zwecke in Krediten zur Verfügung gestellt werden. Es werden darauf keine Zinsen aufgeschlagen, sondern nur Gebühren verlangt, mit Hilfe derer die Banken ihre Ausgaben finanzieren, wenn sie als Mittler öffentlichen Geldes Kredite an Unternehmen und Haushalte vergeben. Sie müssen ja die Kredite nicht nur verwalten, sondern auch die Kreditwürdigkeit von Projekten etc. prüfen. Sie selbst werden demokratisch kontrolliert, ganz gleich, ob es sich bei ihnen um lokal-regionale oder nationale Banken handelt. Die Rückzahlung erfolgt durch Abschreibung auf der Basis real erwirtschafteter Wertschöpfung. Konkret: In dem Maß, wie mit der kreditfinanzierten produktiven Tätigkeit Einkommen erzielt werden, werden diese gegen den Kredit verrechnet. Denn dadurch entsteht aus dem öffentlichen Geld der öffentliche Nutzen einschließlich der daraus an die öffentliche Hand abzuführenden Steuer. Das für produktive Zwecke zur Verfügung gestellte Geld dient so nicht der privaten Bereicherung, sondern dem Gemeinwohl. *Das öffentlich zur Verfügung gestellte Geld wird gleichsam „entgiert“, „neutralisiert“.*⁹ Der Zins ist abgeschafft, die ursprüngliche Institutionalisierung der Gier. Diesem Ansatz ist der Ansatz islamischer Banken verwandt. Auch hier wird dem Zins nicht erlaubt, die Zukunft zu belasten. Der Geldgeber erhält nur einen Anteil an dem real erwirtschafteten Ergebnis.

Voraussetzung für dieses neue Modell ist ein funktionierendes *Zentralbankensystem*. Dazu hatte bereits der größte Ökonom des 20. Jahrhunderts, John Maynard Keynes, 1944 auf der Weltwirtschaftskonferenz in Bretton Woods einen Vorschlag gemacht, der folgende Institutionen vorsah: eine überstaatliche Weltzentralbank (*International Clearing Union*), die sowohl als Reserve- wie Refinanzierungsinstanz der nationalen Zentralbanken fungieren sollte, und ein von der Bank geschaffenes, „staatenloses“ Weltgeld als Reserve- und Abrechnungsmedium, der „bancor“, Vorläufer der heutigen Sonderziehungsrechte (SZR). Dieser würde den US-Dollar als Weltgeld ablösen. Ein solcher Vorschlag wird heute vielfach wiederaufgegriffen, allerdings unter dem Namen „globo“.¹⁰ 1944 wurde er von den USA aus Eigeninteresse abgelehnt. In der Zukunft könnten die USA daran interessiert sein und zwar dann, wenn mehr und mehr Länder ihren Ölhandel in einer anderen als der US-Währung abrechnen. Sobald dies eintreten würde, wären die USA bankrott, weil sie ihre immensen Schulden nicht mehr mit der Druckerpresse finanzieren könnten. Ein politisches Geld

statt einer anderen nationalen oder regionalen Währung als Weltgeld könnte für sie in dieser Lage die Rettung sein.¹¹ Dieses System kann ergänzt werden durch ebenfalls zinslose Regionalgeldsysteme. Sie zeigen im Übrigen, dass zinsloses Geld besser und allgemeiner funktioniert als zinsbelastetes Schuldgeld.¹²

Auf diesem grundsätzlichen Fundament kann ein System öffentlichen und produktiv- gemeinwohlorientierten Geldes im Dienst des realen Wirtschaftens entstehen. Das bedeutet auch, dass die Finanzmärkte, die sich als Parasiten auf die reale Wirtschaft gesetzt haben, entmachtet, ja geschlossen werden. Denn alle rein spekulativen Geschäfte werden politisch verboten. Banken funktionieren nur noch als Mittler öffentlichen und produktiven Geldes. Es muss allerdings schon hier betont werden, dass eine rein technische, rechtliche und politische Umgestaltung der Geldordnung zur Überwindung der Gier nicht ausreicht – wenn es stimmt, dass diese vor allem durch Existenzunsicherheit im Markt und in der Gesellschaft angefeuert wird. Deshalb bedarf es vor allem auch einer neuen sozialen Ordnung, die den Menschen Sicherheit gibt.

5.2 Konkrete Schritte

Angesichts der massiven Interessen der Kapitaleigner und der daraus resultierenden Herrschaft der Finanzmärkte über die Regierungen ist es schwer vorstellbar, dass sich selbst die plausibelsten Vorschläge für eine grundsätzliche Transformation des Geld- und Finanzsystems in absehbarer Zeit politisch umsetzen lassen. Das gilt, obwohl sich insbesondere in Europa die Systemkrise immer mehr zuspitzt, was der nötigen Transformation eigentlich den Boden bereiten sollte. Welches sind in dieser Situation die Handlungsoptionen?

Kairos Europa, eine ökumenische Basisbewegung, vertritt seit zwanzig Jahren die so genannte *Doppelstrategie*, die jetzt auch in großer Klarheit und Differenziertheit von der Akademie Solidarische Ökonomie weiterentwickelt wurde.¹³ Dabei geht es um die Verbindung von postkapitalistischen Alternativen von unten (auf lokaler oder regionaler Ebene) einerseits mit politischen Interventionen durch Bündnisse sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften, die solche Reformen im Makrosystem fördern, die das Potential haben, eine grundlegende systemische Transformation vorzubereiten, andererseits.

Bei der *politischen Intervention* gibt es auch innerhalb des Systems kurzfristige Maßnahmen, für die es sich zu streiten lohnt, weil sie auch zur Bewusstseinsbildung genutzt werden können. An mehreren Beispielen zeigt sich nämlich, dass soziale Kämpfe nie ganz ohne Folgen bleiben, selbst wenn dadurch noch keine grundlegende

Transformation erreicht wird. Am 1. November 2012 trat z. B. auf Initiative der Grünen eine Verordnung der Europäischen Union in Kraft, die ungedeckte Leerverkäufe von Aktien, Anleihen und Kreditausfallversicherungen weitestgehend verbietet.¹⁴ Ein weiteres Beispiel ist der Kampf für eine umfassende Finanztransaktionssteuer.¹⁵ Er war der Ursprungsimpuls der Gründung von Attac in Frankreich. Seither haben sich viele Organisationen den Forderungen angeschlossen. Hier geht es darum, dass mindestens 98 Prozent der Finanztransaktionen auf den globalen Märkten nichts mit realen internationalen Wirtschaftsaktivitäten zu tun haben, sondern rein spekulativer Kapitalvermehrung dienen. Das ist besonders verheerend, weil durch die hohen erzielten Renditen auch die Realwirtschaft unter Renditedruck gesetzt wird, was zu Lohndrückerei, Arbeitsplatzabbau, Auslagerung ökologischer Kosten usw. führt. Mit Recht empörte sich die Öffentlichkeit über die Forderung von Josef Ackermann, dem damaligen Chef der Deutschen Bank, die Rendite auf das Eigenkapital der Bank müsse 25 Prozent betragen (in einem Quartal waren es sogar 35 Prozent) – bei einem Realwachstum der Wirtschaft von damals um die 1 Prozent. Seit der Gründung von Attac sind fast 15 Jahre vergangen. Nach heftigem Widerstand der großen Parteien in Deutschland vertritt inzwischen sogar Finanzminister Schäuble immerhin eine Börsenumsatzsteuer. Die Umsetzung würde nicht nur Sand in die Spekulationsmaschinerie streuen, sondern allein in der EU bei nur 0,1 Prozent Steuer jährlich fast 300 Milliarden Euro für die öffentlichen Haushalte einbringen.

Ein wichtiges Feld für soziale Kämpfe in diesem Zusammenhang ist auch die demokratische Reform des *Zentralbanksystems* in Richtung des im vorigen Kapitel beschriebenen Umbaus. Angesichts der Staatsschuldenkrise ist hier einiges in Bewegung gekommen. Bisher galt die Regel, dass die EZB den Banken billiges Geld gibt, das diese ihrerseits an die Staaten zu höheren Zinsen (bei hochverschuldeten Staaten bis zu 7 Prozent) weitergeben, damit diese die Zinsen auf Altschulden zahlen können. Dass dieses Geschenk der öffentlichen Zentralbank an die privaten Kapitaleigner und ihre Agenten, die Banken, zur arbeitslosen Reichtumsvermehrung auf Kosten der Bevölkerungen der verschuldeten Länder ein Wahnsinn ist, sollte längst in der Öffentlichkeit angekommen sein. Immerhin hat während des Fortschreitens der Krise die EZB mit den Eurobonds, die Staaten direkt finanzieren sollen, einen Schritt getan, der in die richtige Richtung führen könnte – allerdings nur unter einer Bedingung. Wenn die EZB unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen verschuldete Staaten direkt finanziert, so könnte das ausschließlich dazu dienen (und auch so gemeint sein), dass diese Länder weiterhin in der Lage sind, den Gläubigern Zinsen zu zahlen. Die Eurobonds müssten deshalb an die Auflage geknüpft sein, in den empfan-

genden Ländern hohe Steuern auf Finanztransaktionen, große Vermögen und Kapitaleinkommen zu erheben, um die Schulden abzubezahlen. Gleichzeitig müssten die Länder und die EU die Steuerschlupflöcher schließen, was technisch ohne Weiteres möglich ist, da alle internationalen Finanzgeschäfte über wenige Clearing-Banken laufen. Entweder könnte man an dieser Stelle hohe Steuern bei Transaktionen mit Steuerparadiesen erheben, oder Banken, die mit Steueroasen kooperieren, ihre Lizenz für ein Konto bei der Clearing-Bank entziehen.

Solche Ansätze, die Reformmöglichkeiten im bestehenden System nutzen, reichen aber nicht. Darüber hinaus geht es darum, die Ziele einer wirklichen Transformation des Geld- und Finanzwesens in die öffentliche Debatte einzubringen, also die ausschließliche Geldschöpfung durch die Zentralbanken, damit Geld als öffentliches Gemeingut gehandhabt und so zinsloses Instrument für die Gemeinwohl-Wirtschaft wird.

Bei realistischer Betrachtung der Machtverhältnisse muss man jedoch befürchten, dass die Politik sich nicht von der Erpressung durch die Finanzmärkte wird befreien können. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Europa selbst in der Mentalität und Zivilisation der Geldvermehrungswirtschaft befangen ist. Man muss vermuten, dass die gegenwärtige Politik Europa (und große Teile der übrigen Welt) kurz- oder mittelfristig in einen Zusammenbruch führen wird. Jetzt zerstört sie die über ein Jahrhundert erkämpften sozialen Errungenschaften. Was kann man in dieser Situation tun?

Einerseits gilt es, den Widerstand in Bündnissen für grundlegende Transformationen mit zivilem Ungehorsam zu radikalisieren. Die Energiewende in Deutschland hatte zwar zum unmittelbaren Anlass den Reaktorunfall in Fukushima. Sie wäre aber nicht möglich gewesen, wenn nicht unzählige mutige und hartnäckige Menschen über Jahre hinweg in Gorleben, Brokdorf usw. mit Aktionen zivilen Ungehorsams die Öffentlichkeit auf die ungelösten Probleme aufmerksam gemacht hätten. Genau dies fordern Politologen auch von den Kampagnen wie „Umfairteilen“, die auf die dramatische Spaltung zwischen Arm und Reich in Europa, aber nicht nur dort, aufmerksam machen und die Sozial- und Entwicklungspolitik ändern wollen, dabei aber den gesellschaftlichen Konflikt scheuen.¹⁶

Andererseits gewinnt der zweite Bereich der Doppelstrategie zentrale Bedeutung: der Aufbau einer postkapitalistischen Wirtschaft durch *lokal-regionale Alternativen im Kleinen von unten*. Denn hier ist erfahrbar: Es geht auch anders. Seit langem gibt es auch im Bereich des Geldes Theorie und Praxis von Alternativen, z. B. Tauschringe,

Regionalwährungen und kooperative Banken.¹⁷ Die Tauschringe, international LETS genannt (*Local Exchange and Trading Systems*), mit ihren Verrechnungssystemen und Regionalwährungen haben ein zentrales Ziel: die lokal-regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Durch die kapitalistische Wirtschaft fließen insbesondere aus ärmeren Regionen ständig Mittel ab. Durch den Tausch von Dienstleistungen und Produkten aus der Region mit Hilfe von Regionalwährungen bleibt die Kaufkraft in der Region. Auch ist Regio-Geld ein Beispiel für Geld als öffentliches Gemeingut und darum zinsfrei. So entsteht gleichzeitig ein Übungsfeld für die Demokratisierung der Wirtschaft. Eine Demokratische Bank, wie jetzt in Österreich gegründet, könnte das Regio-Geld verschiedener Regionen koordinieren und professionalisieren.¹⁸ Regionalwährungen versuchen nicht, die nationalen Währungen zu ersetzen, sondern zu ergänzen, sie werden daher auch Komplementärwährungen genannt. Sie könnten im Idealfall Teil eines Internationalen Systems öffentlichen Geldes sein, verbunden mit nationalen Währungen und dem Bancor bzw. Globo als internationalem Zentralbankgeld.

Diese Ansätze im Eigentums- und Geldbereich müssen eingebettet werden in die *Transformation aller Lebensbereiche unserer Zivilisation*. Denn sie ist insgesamt vom Kapitalismus durchdrungen. Diese Zivilisation, die in der Achsenzeit begann, ist am Ende. Sie zerstört die Lebensgrundlagen der Menschheit und der Erde. Die Frage ist deshalb nicht, ob wir eine neue Kultur des Lebens entwickeln müssen, sondern ob wir sie noch gestalten wollen oder ob wir erst durch immer größere soziale und ökologische Katastrophen zur Umkehr gezwungen werden müssen. Da das Problem global ist, kann es nur durch die Verbindung der Kräfte aus allen Kulturen angegangen werden. Interreligiöse Befreiungstheologie kann dazu viel beitragen: die Wiederentdeckung der ursprünglichen Impulse unserer heiligen Schriften zur Stärkung der sozialen und ökologischen Bewegungen auf dem Weg zu einer trans-modernen, trans-kapitalistischen Kultur.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu und zum Folgenden Graeber, David: *Schulden: Die ersten 5000 Jahre*. Stuttgart, 2012, 39ff.
- 2 Zum Ganzen Brodbeck, Karl-Heinz: *Die Herrschaft des Geldes. Geschichte und Systematik*. Darmstadt, (2009) 2012.
- 3 VEERKAMP, Ton: *Die Welt ist anders. Politische Geschichte der Großen Erzählung*. Hamburg 2012. Die Zitate im Folgenden beziehen sich auf dieses Buch.
- 4 Vgl. de la Torre, Miguel A. (ed.): *The Hope of Liberation in World Religions*. Waco/Texas, 2008. Für die Juden nenne ich Marc Ellis, für die Buddhisten das „International Network of Engaged Buddhists“, besonders Sulak Sivaraksa; die vielen VertreterInnen der christlichen Befreiungstheologie in Lateinamerika sind bekannt, für Asien erinnere ich an die Minjungtheologie in Korea, die Dalittheologie in Indien und an Aloysius Pieris in Sri Lanka, für Afrika an die Kairostheologie in Südafrika. Bei den Muslimen ist besonders Farid Esack zu nennen.

- 4 Vgl. ausführlich Duchrow/Hinkelammert, 2005, Kap. 7; Winkelmann in: Bender u. a., 2012, S. 112ff.
- 5 „Gemeingüter stärken. Jetzt!“ (www.boell.de/downloads/gemeinguetermanifest.pdf); Helfrich, 2009.
- 6 Vgl. ausführlich Duchrow/Hinkelammert, 2005, Kap. 7; Felber, 2010; Winkelmann in: Bender u. a., 2012, S. 112ff.
- 7 Vgl. u. a. Duchrow/Hinkelammert, 2005, Kap. 7, mit weiterer Literatur; Groll, Franz, 2009; Felber, 2012 a und b; Bender u. a., 2012, bes. S. 79ff liefern die Details zum Folgenden.
- 8 Zuerst hat Ota Šik, der Ökonom des Prager Frühlings, das Konzept des „neutralen Kapitals“ entwickelt (1979). Ich benutze allerdings hierfür nicht mehr den Begriff Kapital, sondern „produktives Geld“, da Kapital definiert ist als Geld, das mit dem Zweck der Vermehrung ständig reinvestiert wird.
- 9 Vgl. Duchrow (1994) 1997, S. 90ff, S. 276ff; UNDP, 1994, S. 98f; Felber, 2010, S. 59f.
- 10 Christian Felber mündlich bei der Kairos-Europa-Jahrestagung im Oktober 2012.
- 11 Diefenbacher/Douthwaite, 1998 (2. Aufl. in Vorbereitung).
- 12 Zusammengefasst in: KAIROS Europa, 1998, S. 29–34; Bender u. a., 2012, S. 207–234.
- 13 Aus einer Rundmail vom 31.10.2012.
- 14 Ursprünglich von Tobin entworfen, später von Spahn verschärft. Vgl. www.harald-klimenta.de/bildungsmaterial/regensburg-konferenz-tobin-spahn-steuer.pdf.
- 15 Peter Grottian in dem Artikel *Zielt aufs Schienbein!* in: „junge welt“ vom 2. 11. 2012.
- 16 Das klassische Buch dazu stammt von Richard Douthwaite, auf Deutsch: Diefenbacher/Douthwaite, 1998, bes. S. 83ff., herausgegeben von Kairos Europa im Rahmen der Doppelstrategie (ebd., S. 333ff.). Vgl. auch Bender u. a., 2012, S. 103; Felber, 2012, S. 100f. Ein Beispiel für Regio-Geld: www.chiemgauer.info.
- 17 Felber, ebd.

HERBERT PFEIFFER

Dietrich Bonhoeffer und der Freiburger Kreis

Wegweiser für humanes Wirtschaften –
Impulsreferat der Arbeitsgruppe 2

Charakteristik des Freiburger Kreises¹

Der Freiburger Kreis war im Vergleich zu anderen Widerstandskreisen (um Goerdeler, Bonhoeffer und auch dem Kreisauer Kreis) relativ klein, hob sich aber durch einige Besonderheiten von den anderen ab:

- Er war die einzige Widerstandsgruppe, in der Universitätsprofessoren verschiedener Fakultäten sowie Pfarrer der Bekennenden Kirche und Priester der katholischen Kirche zusammenwirkten.
- Er leistete keinen aktiven und bewaffneten Widerstand (er beteiligte sich nicht an der Planung der Attentate gegen Hitler).
- Er befasste sich mit der Erstellung des Konzeptes einer Rechts- und Wirtschaftsordnung nach dem (verlorenen) Krieg auf der Grundlage christlicher Ethik.

Der Freiburger Kreis und seine Segmente²

Dem Kern des Freiburger Kreises gehörten der Historiker Prof. Gerhard Ritter und die Wirtschaftswissenschaftler Walter Eucken, Constantin von Dietze und Adolf Lampe an. Um diesen Kreis scharten sich drei Arbeitskreise, die sich verschiedenen Aufgaben widmeten:

Das „Freiburger Konzil“

Es setzte sich zusammen aus Wissenschaftlern der Universität Freiburg, Pfarrern der Bekennenden Kirche und Katholischen Priestern. Ihr Hauptthema war die Christliche Ethik. Es formierte sich aus Anlass der Reichspogromnacht im November 1938 und war bis Oktober 1944 aktiv. Professoren und Geistliche empörten sich über die kriminellen Aktionen der Nationalsozialisten. Bisher galt für Christen grundsätzlich der Satz aus dem Römerbrief 13,1:

Jedermann ist Untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet.

Zweifel kamen auf: „Konnte sich er [der Christ] noch an einen Staat binden, der sich so offenkundig an den Rechten der jüdischen Mitbürger vergangen hat?“³

Im Herbst 1938 entstand die erste Denkschrift mit dem Titel „Kirche und Welt – Eine notwendige Besinnung auf die Aufgaben des Christen und der Kirche in unserer Zeit“⁴. Die Denkschrift befasst sich zunächst mit der „Unterordnung des Christen unter die weltliche Obrigkeit und ihre Grenzen“⁵. Zur Zeit Luthers waren die absolutistischen Landesfürsten Christen. Daher verlangte Luther von den Untertanen grundsätzlich Gehorsam gegen die Obrigkeit (nach Röm 13,1).

In verschiedenen Schriften⁶ ermahnte Luther aber auch die Fürsten zur Erfüllung ihrer Pflichten. Wenn ihre Gebote gegen die Gebote Gottes verstießen, war es Pflicht der Bürgerinnen und Bürger, den Gehorsam, und Pflicht der Soldaten, den Kriegsdienst zu verweigern. Denn Apg 5,29 sagt:

Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

Anschließend befasst sich die Denkschrift mit der Frage: „Welche Aufgaben erwachsen der christlichen Predigt angesichts offener Mißachtung und Verletzung göttlicher Gebote in der Volksgemeinschaft?“⁷

Im 3. Reich hat sich die Situation im Vergleich zur Zeit Martin Luthers radikal verändert:

- Die Obrigkeit entfaltet sich zur dämonischen Macht.

- Sie übt sich in Selbstgerechtigkeit und drängt den Massen ihre Weltanschauung auf, möchte Christentum und Kirche abschaffen.
- Sie schürt Hass und übt verbrecherische Gewalt aus. Sie ignoriert und ahndet Kritik wie z. B. von Seiten der Bekennenden Kirche.

Der Christ ist vor die Gewissensfrage seines Verhaltens gestellt, die er als Laie eigenverantwortlich beantworten muss. Die Predigt muss ihm dabei helfen, den richtigen Weg zu finden (Röm 12,1-2 und Mt 5-7 – Bergpredigt). Die Kirche muss ihre Stimme gegen das Unrecht erheben.

Die „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“⁸ (März 1943-September 1944)

Sie ist eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die Gutachten zum Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Krieg erstellten.

Vorgeschichte: Im Auftrag des Reichswirtschaftsministers Funk erstellten acht namhafte Wirtschaftswissenschaftler 1939 ein Gutachten zur Kriegsfinanzierung. 1940 wurde in der Akademie für Deutsches Recht die Klasse IV „Zur Erforschung der völkischen Wirtschaft“ eingerichtet. Sie sollte die „wissenschaftlichen Unterlagen für die wirtschaftsrechtliche Gesetzgebung und die zu gestaltende Wirtschaftsordnung“ erarbeiten.

An der Arbeitsgemeinschaft „Volkswirtschaftslehre“ unter Erwin von Beckerath nahmen die Freiburger Professoren Walter Eucken und Adolf Lampe teil. Diskutiert wurde zunächst über Euckens neu erschienenes Buch „Die Grundlagen der Nationalökonomie“. 1941 gründete Adolf Lampe in Freiburg einen Unterausschuss, der sich mit den wirtschaftspolitischen Aufgaben in der Zeit nach dem Krieg befassen sollte.

Am 1. März 1943 wurden „nicht kriegswichtige“ Teile der Akademie für Deutsches Recht „vorübergehend“ geschlossen, darunter auch die den Nazis wohl zu kritische Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaft unter Erwin von Beckerath. Sie setzte ihre Arbeit in Freiburg im Geheimen privat fort. Praktische Themen der vorgesehenen Gutachten waren:

- Beendigung der totalitären Kriegswirtschaft
- Übergangswirtschaft zu einer Friedenswirtschaft
- Fragen der Währungsumstellung
- Fragen des Wiederaufbaus, insbesondere des Wohnungsbaus
- Lohn- und Steuerpolitik

Als Folge des 20. Juli 1944 wurden Constantin von Dietze und Adolf Lampe am 8. September verhaftet.

Die Arbeitsgemeinschaft stellte ihre Tagungen ein. Ein abschließendes Gemeinschaftsgutachten konnte nicht mehr erstellt werden.

Der Arbeitskreis „Freiburger Denkschrift“ (Oktober 1942 – Januar 1943)

Diesem Kreis, der auch Freiburger Bonhoeffer-Kreis genannt wurde, gehörten neben dem Kern des Freiburger Kreises u. a. der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, Carl Goerdeler, die Rechtswissenschaftler Erik Wolf und Friedrich Justus Perels sowie die Theologen Otto Dibelius und Helmut Thielicke, letzterer in Vertretung des württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm, an.

Dietrich Bonhoeffer traf sich am 31. Mai 1942 auf einer seiner Kurierreisen für die Abwehr in Schweden mit dem anglikanischen Bischof George Bell von Chichester, der ihn bei dieser Gelegenheit über die von ihm und dem Bischof von Canterbury angeregte ökumenische Weltkirchenkonferenz nach dem Krieg informiert hat. Im Oktober 1942 besuchte Bonhoeffer den Freiburger Kreis und gab ihm im Namen der Bekennenden Kirche den Auftrag, „eine Programmschrift für eine nach dem Krieg geplante ökumenische Weltkirchenkonferenz anzufertigen.“⁹

Die Denkschrift sollte „die Grundsätze einer gesunden, auf christlicher Grundlage ruhenden Außen- und Innenpolitik“ beinhalten, „mit besonderem Hinblick auf die Sicherung des künftigen Weltfriedens und auf die Neugestaltung des deutschen Staatslebens nach dem Krieg.“

So entstand die zweite Denkschrift, wieder unter der Federführung des Historikers Gerhard Ritter.

Denkschrift 2: Politische Gemeinschaftsordnung – Ein Versuch zur Selbstbestimmung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit¹⁰

Nach einer Einführung mit einem Appell an das christliche Gewissen behandelt der erste Hauptteil „Das politische Chaos unserer Zeit und seine Ursachen“. Der Vermassungsprozess ist der Fluch des Industrialismus. Er führt zur Uniformierung und Entrechtung, zur Schwächung des Personalbewusstseins und damit zur Aufhebung der individuellen Eigenart und des freien, d. h. selbstverantwortlichen Handelns.

Der zweite Hauptteil umfasst die „Grundzüge einer politischen Gemeinschaftsordnung nach christlichem Verständnis.“ Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind die Fundamente einer Rechtsordnung. Kirchenpolitik und Erziehung kommen zu Wort. Für unsere Arbeit sind dabei im „Abschnitt A: Zur Innenpolitik“ die Kapi-

tel „IV. Sozialpolitik“ und „V. Wirtschaftspolitik“ sowie die „Anlage 4: Wirtschafts- und Sozialordnung“ relevant.

An der Denkschrift arbeiteten Wirtschaftswissenschaftler der Freiburger Universität mit, insbesondere Walter Eucken, der 1930 die Freiburger Schule des Ordo-Liberalismus gegründet hatte. Durch ihn haben die Ideen der Freiburger Schule Einzug in den Freiburger Kreis gefunden. Ordo-Liberalismus ist „ein durch straffe Ordnung gezügelter Liberalismus“. Sein wesentlicher Grundsatz lautet:

*Ordnung hat Vorrang vor Freiheit, denn Freiheit kann sich nur im Rahmen einer Ordnung entfalten. Ordnung als rechtsstaatlicher Rahmen ist also Voraussetzung für Freiheit.*¹¹

Die Grundsätze der Denkschrift

Eine auf christlich-ethischen Grundsätzen basierende Wirtschaftsordnung mit entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen ist also Voraussetzung für freies und damit verantwortungsbewusstes Wirtschaften. In diesem Sinne wollen wir die wichtigsten, dauerhaft gültigen Grundsätze der Denkschrift herausgreifen und analysieren, inwieweit sie im heutigen Wirtschaftsleben noch Beachtung finden und welche negativen Folgen ihre Missachtung haben.

Die Arbeitsgruppe soll dann erarbeiten, was getan werden muss, um wieder auf den Weg einer humanen Wirtschaftspolitik zu kommen.

A) Welche von drei möglichen Wirtschaftsordnungen entsprechen am ehesten christlich-ethischen Grundsätzen?

1. Die klassische liberale Wirtschaftsordnung nach Adam Smith?

... in der eine „unsichtbare Hand“ die Menschen so leitet, „daß sie bei der Verfolgung ihres eigenen Nutzens in einem allseitig sauberen Wettbewerb unbeabsichtigt und unbewußt das Wohl der Gesamtheit am besten verwirklicht“?

Nein! Denn ihr fehlt der Schutz vor Missbrauch der Marktmacht. In der Zeit der Industrialisierung führte sie zur Proletarisierung der Arbeiterschaft. „Ausbeutungs-lüste von der einen, Neid und Begehrlichkeit von der anderen Seite vergifteten das Zusammenleben.“¹² Das inhaltlich nicht klar definierte und daher vom Freiburger Kreis bewusst nicht verwendete Schlagwort „Kapitalismus“ [heute würde man auch von „Neo-Liberalismus“ sprechen] bürgerte sich ein.

2. Eine zentral gelenkte planwirtschaftliche Wirtschaftsordnung?

Nein! Denn sie führt mit ihrem Totalitätsanspruch zum Kollektivismus und damit zur Einschränkung der Persönlichkeitswürde der Menschen. Sie ist den wirtschaftlichen Aufgaben nicht gewachsen und entspricht nicht den sittlichen Anforderungen. Sie verhindert die freie Gemeinschaftsbildung und führt zur Vermassung und Proletarisierung. Die DDR hatte sich für eine Zentrale Verwaltungswirtschaft entschieden.

3. Eine marktwirtschaftliche Ordnung mit integrierter Sozialordnung?

Ja! Heute bekannt als „Soziale Marktwirtschaft“: „Sozialpolitik darf ... sich nicht auf ... Fürsorgemaßnahmen beschränken; sie muß die gesamte Societas festigen und ständig im Einklange mit den Grundsätzen der Gesamtwirtschaftsordnung stehen.“¹³ Sozialordnung und [marktwirtschaftliche] Wirtschaftsordnung bilden eine Einheit. Es sind die Grundzüge der „Sozialen Marktwirtschaft“, für die sich die BRD nach dem Krieg entschieden hat.

4. Konkurrierende Wirtschaftsordnungen

Bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems waren Zentrale Verwaltungswirtschaft (DDR) und Soziale Marktwirtschaft (BRD) konkurrierende Wirtschaftsordnungen. Jeder wollte zeigen und beweisen, dass sein System das erfolgreichere und sozial gerechtere ist. Dieser dialektische Kampf endete in Deutschland mit der Wende 1989/90. Das marktwirtschaftliche System feierte sich weltweit als Sieger, rutschte dann aber langsam ab, zurück in Richtung frühkapitalistisches System (Schlagwort Neo-Liberalismus), angeführt von China, gefolgt von Russland, im Sog mitgezogen die übrigen Länder der Welt. Auch Deutschland und ganz Europa haben sich von den in Freiburg aufgestellten Grundsätzen weit entfernt.

B) Grundsätze der Sozialordnung

1. Aufbau einer vielfältigen Struktur des Sozialkörpers¹⁴

Die sozialen Einheiten wie Familien-, Handwerks-, Klein- und Mittelbetriebe und Genossenschaften sollen sich nach ihren Fähigkeiten und Leistungen frei entfalten können. In diesem Freiraum ist eigenverantwortliches Handeln gefordert. Sie dürfen nicht von der Macht der Großunternehmer erdrückt werden. Den freien Wettbewerb unterdrückende Monopolstellungen sind zu bekämpfen. Genossenschaftliche und berufsständische Vereinigungen zur Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Selbstständig-

keit sind zwar zu fördern, sie dürfen aber nicht eine „egoistische Interessenherrschaft begründen.“¹⁵ Der Staat darf sich nicht als „Werkzeug wirtschaftlicher Interessengruppen“ missbrauchen lassen.¹⁶

Heute stehen Selbstständige und Mittelständler mehr denn je unter Druck durch hohe steuerliche Belastungen – bedingt auch durch die sogenannte kalte Progression – und mangelnde Kreditbereitschaft der Banken. Großunternehmen nutzen ihre Macht, durch Lobbyisten die Gesetzgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Großunternehmen genießen Privilegien wie z. B. Vergünstigungen beim Strompreis, die zu Lasten des Mittelstands und der Verbraucher gehen.

2. Sicherung des gerechten Lohns und Schutz vor Arbeitslosigkeit

„... das Kernproblem der Sozialpolitik ist die Sicherung des gerechten Lohnes und der Schutz vor Arbeitslosigkeit.“¹⁷ Auch für die Lohnbildung auf dem Arbeitsmarkt gelten die Wettbewerbsgrundsätze. „Sauberer Wettbewerb bewirkt ... gerechte Preise und Löhne.“¹⁸ Die für die Lohnfindung zuständigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände dürfen keine „Kampforganisationen“ sein, die Monopolmacht anstreben. Der Staat hat eine Überwachungsfunktion bei der Lohnbildung. Er muss Ausbeutungslöhne verhindern und eingreifen, wenn die Unternehmen gegenüber den Arbeitern in Übermacht sind. Durch Krisen bedingte vorübergehende Arbeitslosigkeit muss durch klug gesteuerte wirtschaftspolitische Maßnahmen minimiert werden. Lohnflexibilität und Mobilität werden vorausgesetzt. Bei Einhaltung dieser Grundsätze ist nach Ansicht des Freiburger Kreises eine Massenarbeitslosigkeit nicht zu befürchten.

Diese optimistische Auffassung hat die reale Entwicklung nicht bestätigt. Die Öffnung der Weltmärkte (Globalisierung) hat den Arbeitsmarkt stark verändert:

- Die Konkurrenz der Billiglohnländer drückt auf das Lohnniveau in Deutschland und anderen Industriestaaten
- Viele Unternehmer verlagern ihre Produktion in Billiglohnländer.
- Billiglöhner aus dem europäischen Ausland übernehmen Stamm-Arbeitsplätze, insbesondere in der Landwirtschaft, der Lebensmittelindustrie und auf dem Bau.
- Dadurch steigt die Arbeitslosigkeit, damit das Überangebot von Arbeit und folglich sinken die (Marktpreis-)Löhne.
- Seit Hartz IV nehmen nicht-zeitlich gebundene Leiharbeits- und Werksverträge auf niedrigem Lohnniveau zu.

– Nach oben sind keine Grenzen gesetzt. Für Managergehälter im Millionenbereich gibt es keine Rechtfertigung

Konsequenz: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Risiko: Es kommt zum sozialen Kollaps.

Von befürchteten Monopolstellungen auf dem Arbeitsmarkt kann man heute nicht sprechen. Die Arbeiter haben zwar ein Streikrecht, sind aber kraft Mitbestimmungsrecht durch die paritätische Besetzung in den Aufsichtsräten großer Aktiengesellschaften mitverantwortlich für das unternehmerische Geschehen.

Massenarbeitslosigkeit ist – weniger in Deutschland, aber sehr stark in anderen europäischen Ländern – zum Problem geworden. Die klassischen Steuerungsmittel wie deficit spending zur Ankurbelung des Wachstums sind nicht mehr einsetzbar, weil

- die Schuldenberge bereits überdimensional hoch sind und
- eine Wachstumsstrategie aus ökologischer Sicht, aber auch aus Gründen der Saturierung der Märkte in den hoch entwickelten Ländern nicht mehr anzustreben ist.

Vorübergehende Arbeitszeitverkürzung zur Vermeidung von Massentlassungen war in Deutschland zwar erfolgreich, reicht aber zur Lösung des Problems nicht aus.

3. Eigentumsverteilung

Allen muss es möglich sein, durch sparsames Haushalten zur eigenen Sicherheit Eigentum zu bilden. Das Ziel muss eine möglichst breite Eigentumsverteilung sein. Steuergesetzgebung und Finanzgebaren des Staates

müssen dafür sorgen, dass sich die Sparguthaben nicht durch Inflation abwerten.

Durch das lang anhaltende niedrige Zinsniveau sind sichere Geldanlagen in Form von Sparguthaben und Kapital-Lebensversicherungen heute nicht mehr rentabel. Die Zinsen decken nicht einmal die Geldentwertung. Vom Niedriglöhner bis zum Mittelständler ist heute eine Eigentumsbildung nicht mehr möglich. Heute haben 50 % der Bevölkerung in Deutschland kein Eigentum.

C) Grundsätze der Wirtschaftsordnung

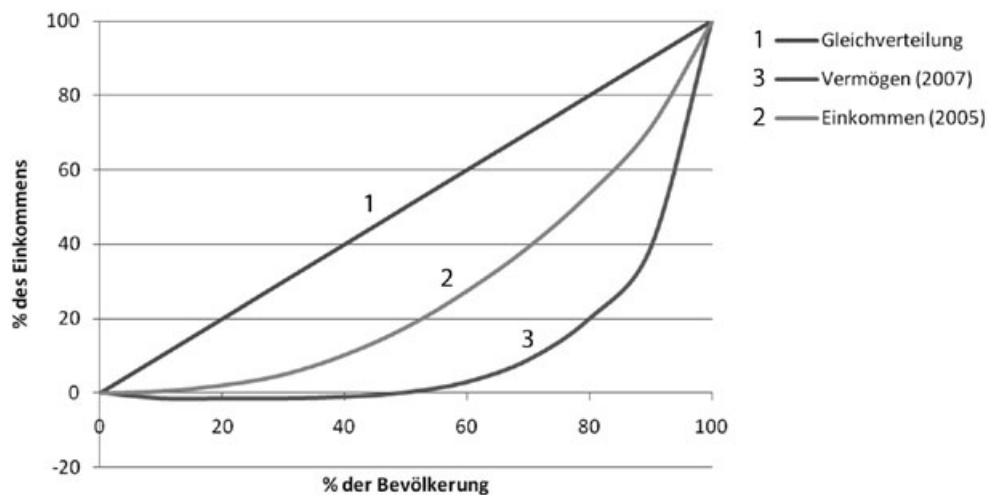
1. Leistungsbezogene Wettbewerbsordnung

Grundsatz der Wirtschaftspolitik: „Die Menschen sind nicht um der Wirtschaft ... willen da, sondern die Wirtschaft ist um der Menschen willen da.“¹⁹

In der Anlage IV unter „Grundlinien der neuen Ordnung“ heißt es: „Die zu verwirklichenden Ordnungsgrundsätze sollen den auf Leistung, d. h. auf Dienst an der Gesamtwirtschaft berufenen Wettbewerb zur Geltung bringen.“²⁰ Dieser Wettbewerb bewährt sich auf dem freien Markt mit freier Preisbildung durch eigenverantwortliches Handeln der Einzelwirtschaften. Diese haben nach den vom Staat aufgestellten und zu überwachenden Regeln zu verfahren, nicht in der Form des laissez-faire! Nur so ist ein „sauberer“ Wettbewerb möglich. Leistungsbezogener geregelter und kontrollierter Wettbewerb gilt für alle Märkte: Waren-, Immobilien-, Arbeits- und Finanzmarkt.

Auf den Warenmärkten sorgt das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) von 1957 für die Vermeidung von Monopolen und Preisabsprachen.

Lorenzkurve der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland (2005/2007)



Datenbasis: SOEP,
Berechnungen des DIW, BMAS;
vgl. [http://www.bpb.de/wissen/
Z8ZY11,0,0,Einkommen_und_
Verm%F6gen.html](http://www.bpb.de/wissen/Z8ZY11,0,0,Einkommen_und_Verm%F6gen.html) [10.09.11]

Auf den Finanzmärkten aber wurde der Regulierungsrahmen gesprengt. Auf Druck von Ronald Reagan und Margaret Thatcher wurde der Finanzmarkt in den 80er Jahren dereguliert, d. h. völlig dem freien Wettbewerb überlassen. Derivate, Hedgefonds, Leerverkäufe wurden erfunden, sogenannte Finanzprodukte. Sie verdienen aber nicht die Bezeichnung „Produkt“, da ein Produkt aus wertschöpfender Arbeit entsteht. Es handelt sich vielmehr um verbriefte Rechte an etwas. Sie versprechen hohe Zinsen, bieten aber wenig oder keine Sicherheit. 2008 platzte die Spekulationsblase und löste die Finanz- und Bankenkrise aus, der die größte Wirtschaftskrise seit 1929 folgte. Banken mussten mit Steuergeldern „gerettet“ werden. Eine Besserung ist nicht in Sicht: Banken lagern ihre spekulativen Geschäfte in „Schattenbanken“ aus, um der Bankenaufsicht zu entkommen.

2. Geldwertstabilität und Geldmittelumlauf²¹

Die Erhaltung des Geldwertes ist einer der wichtigsten Grundsätze, die zu beachten sind. Dazu muss die umlaufende Geldmenge auf den Bedarf für den Waren- und Dienstleistungsverkehr abgestimmt sein und von der Zentralbank unter ständiger Kontrolle gehalten werden.

Geldwertstabilität ist seit der Währungsreform höchstes Prinzip deutscher Wirtschaftspolitik. Sie wird gewährt durch die Geldpolitik einer unabhängigen Zentralbank. Dieses Prinzip ist auch Teil des Maastrichter Abkommens zur Einführung des Euro.

Die Deregulierung der Finanzmärkte erhöhte den Geldmittelbedarf für Finanztransaktionen derart, dass heute das 10-Fache der für den Waren- und Dienstleistungsverkehr erforderlichen Geldmenge umläuft. Die Wertschöpfung ist bei den „Finanzprodukten“ gleich Null – es ist ein Nullsummenspiel. Der Eine gewinnt, der Andere verliert.

3. Ausgeglichener Staatshaushalt

Ein weiterer wichtiger Grundsatz ist, dass im Zuge einer geordneten Finanzwirtschaft der Staatshaushalt auf Dauer ausgeglichen ist. „Bleibt der Haushalt ständig un- ausgeglichen, so müssen die aufgeschobenen Ansprüche an die Steuerpflichtigen später nachgeholt werden.“²² Zu hohe Verschuldung bringt auch die Geldwertstabilität in Gefahr.

Dieses Prinzip wurde von allen Ländern des Euro-Raumes sträflich missachtet, obwohl nach den Maastrichter Stabilitätskriterien die jährliche Neuverschuldung max. 3 % und die Gesamtverschuldung max. 60 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen darf. Deutschland ist mittlerweile bei rund 2 Billionen € Staatsverschuldung

angekommen, das sind über 80 % des BIP (Griechenland liegt bei 165 %, Italien bei 120 %).

Die hohe Verschuldung der Euro-Länder war schließlich eine – aber nur eine – der Ursachen für die Eurokrise. Andere Ursachen sind die Versäumnisse vor der Einführung des Euro:

- Es reicht bei einer Gemeinschaftswährung nicht aus, nur Währungs-Stabilitätsfaktoren festzulegen (die ohnehin nicht eingehalten werden).
- Andere Faktoren, welche die wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung beeinflussen, hätten festgelegt werden müssen: Harmonisierung der Steuer- und Sozialgesetze.
- Auch nach der Harmonisierung dieser Gesetze hätte man aber noch lange nicht davon ausgehen dürfen, dass sich 17 Länder mit so unterschiedlicher Infrastruktur wirtschaftlich und finanziell gleich entwickeln werden. Ein solidarischer Finanzausgleich (wie er zwischen den Bundesländern erfolgt), ist auch in den Euroländern unumgänglich.

Die Folgen dieser Versäumnisse sind:

- Die versäumten Maßnahmen müssen nachgeholt werden. Das erfordert erhebliche Überzeugungsarbeit und Anstrengungen. Dabei gibt es Streit. Der Euro, der Europa einen sollte, läuft Gefahr, Europa zu spalten.
- Die finanzielle Stützung überschuldeter Euro-Länder kann letzten Endes die stützenden Länder so überfordern, dass ein Schuldenschnitt oder sogar ein Austritt aus der Gemeinschaftswährung des einen oder anderen Mitgliedslandes unausweichlich wird.
- Der Kauf maroder Staatsanleihen durch die EZB erhöht den Geldmittelumlauf und damit die Inflationsgefahr. Die EZB verstößt damit gegen das Prinzip der Geldwertstabilität. Sie wird auf diesen Titeln sitzen bleiben.

4. Ressourcenknappheit

„Alles Wirtschaften ist ständiger Kampf gegen die Knappheit der Natur...“²³ Die Freiburger Professoren hatten erkannt, dass wir trotz technischen Fortschritts mit den Ressourcen sparsam umgehen müssen. Zwar konnten sie die Bedrohung der Umwelt und die Folgen der demografischen Entwicklung damals noch nicht erkennen, aber ein bewusst sparsamer Umgang mit den knappen Ressourcen gehörte bereits zu den Grundsätzen verantwortlichen Wirtschaftens.

Heute riskiert die Welt einen ökologischen Kollaps, wenn nicht ganz schnell die Weichen in Richtung umweltfreundliches Wirtschaften gestellt werden.

Ein positives Zeichen ist die Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft zur Öko-Sozialen Marktwirtschaft sowie die Bemühungen um Solidarität und Gemeinwohl.

5. Welthandel

Nach schlechten Erfahrungen mit autarken Nationalökonomien befürwortet der Freiburger Kreis die Öffnung der Märkte mit fremden Staaten. Internationale Arbeitsteilung fördere die Überwindung der Armut.²⁴

Die Öffnung der Märkte (Globalisierung) hat zweifellos viele Vorteile gebracht: Handelsbeschränkungen wurden abgebaut, Wirtschaftsunionen gegründet, Handelsabkommen getroffen.

Der Weg zu einem harmonisierten Welthandel ist aber noch weit: Die Entwicklungshilfe verzögert sich, die Arbeitsbedingungen in Billiglohnländern sind miserabel, der Marken- und Patentschutz wird in einigen Ländern nicht respektiert, Wirtschaftsspionage und Datenklau werden betrieben. Von einem „sauberen“ Wettbewerb sind wir noch weit entfernt. Zur Zeit ist er eher „schmutzig“.

Würdigung der Arbeit des Freiburger Kreises durch Ludwig Erhard

Prof. Gerhard Albrecht, von 1935-1945 Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Marburg, der in Freiburg in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath mitgewirkt hatte, unterrichtete 1947 Prof. Ludwig Erhard über die „Grundsätze eines wirtschaftspolitischen Sofortprogramms“²⁵ auf der Grundlage des Freiburger Kreises. Ludwig Erhard, der spätere Wirtschaftsminister und Vater des deutschen „Wirtschaftswunders“, antwortete mit folgenden Worten:

„... Ihnen für Ihre freundlichen Zeilen ... zu danken, denen Sie auch die Thesen zur Sanierung der deutschen Wirtschaft beifügten. Diese selbst finden meinen vollen Beifall, und ich hielte eine weitere Verbreitung dieser Einsichten und Erkenntnisse für äußerst wünschenswert. Nach meinen Erfahrungen darf man allerdings gerade die Wirkung wissenschaftlicher Verlautbarungen nicht überschätzen, denn es gehört eben leider zu den traurigen Zeichen unseres jungen parlamentarischen Lebens, dass die Politiker gegen alles, was als fachmännisch und wissenschaftlich gelten kann, äußerst skeptisch eingestellt und meistens sogar bestrebt sind, derartige Einflüsse aus dem öffentlichen Leben auszuschalten. Mit dieser betrüblichen Feststellung möchte ich Ihre Aktivität so wenig hemmen, wie ich selbst etwa willens bin, vor dem Dilettantismus und der Ignoranz zu kapitulieren ...“²⁶

Das ist kein gutes Zeugnis für die Politiker. Verdienen sie heute eine bessere Note? Kaum! Denn welcher Politiker hört schon auf die Ratschläge des Sachverständigenrats für Wirtschaft oder auf die Kritik, die der Bund der Steuerzahler jährlich mit seinem Schwarzbuch übt?

Zusammenfassung

Wahrscheinlich hat Dietrich Bonhoeffer die zweite Denkschrift, die er in Auftrag gegeben hat, nicht mehr zu Gesicht bekommen. Man kann aber sicher davon ausgehen, dass sich seine christlich-ethischen Grundsätze einer humanen und sozial gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung in der Denkschrift niedergeschlagen haben. Eigenverantwortung spielt darin – wie bei Bonhoeffer überhaupt – eine wichtige Rolle.

Die Grundsätze des Freiburger Kreises, die wir behandelt haben, sind zeitlos gültige Grundsätze. Sie sind unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und vom technischen Fortschritt. Wenn Politiker davon abweichen, müssen Kritiker – auch die Kirchen – darauf aufmerksam machen, dass eine Kurskorrektur notwendig ist. Die Grundsätze des Freiburger Kreises sind Wegweiser für humanes Wirtschaften.¹

Anmerkungen

- 1 Quelle: „Der Freiburger Kreis“. Widerstand und Nachkriegsplanung 1933-1945, Katalog einer Ausstellung, Verlag Stadtarchiv Freiburg i. Br., 1990
- 2 Nach: Der „Freiburger Kreis“ – Katalog einer Ausstellung, 1990, S. 17
- 3 Der „Freiburger Kreis“, S. 62
- 4 Schriften des Bundesarchivs, 33, Boldt, 1984, S. 635 ff
- 5 a. a. O. S. 637 ff
- 6 a. a. O. S. 643: Martin Luther: Von weltlicher Obrigkeit, 1523; Bauernkriegsschriften; Martin Luther: Ob Kriegsknechte auch im seligen Stand sein können, 1526
- 7 a. a. O. S. 644 ff
- 8 Der „Freiburger Kreis“, S. 91 ff
- 9 a. a. O. S. 77
- 10 In der Stunde Null – Die Denkschrift des Freiburger „Bonhoeffer-Kreises“, J. C. B. Mohr Tübingen, 1979
- 11 nach Michael S. Aßländer (Hrsg.): Handbuch Wirtschaftsethik, Verlag J. B. Metzler, Stuttgart, 2011, S. 78f
- 12 In der Stunde Null ..., S. 134f
- 13 a. a. O. S. 13
- 14 a. a. O. S. 86f
- 15 a. a. O. S. 87
- 16 a. a. O. S. 93
- 17 a. a. O. S. 90
- 18 a. a. O. S. 139
- 19 a. a. O. S. 90f
- 20 a. a. O. S. 137
- 21 a. a. O. S. 94 und 139
- 22 a. a. O. S. 132
- 23 a. a. O. S. 131
- 24 a. a. O. S. 132
- 25 Der „Freiburger Kreis“ ... S. 155
- 26 a. a. O. S. 155

ARBEITSGRUPPE 2

Ergebnisse der Diskussion über die Grundsätze der Denkschrift 2

Grundsätze der Denkschrift 2	Abweichungen heute und deren Folgen	Notwendige Maßnahmen
A) Wahl der Wirtschaftsordnung (Öko-)Soziale Marktwirtschaft mit festen Regeln für einen „sauberen“ Wettbewerb	Zunehmende Entfernung von der Sozialen Marktwirtschaft und Rückfall in frühkapitalistische Methoden des laissez faire. <i>Folge:</i> Ausbeutung, Versklavung, mangelnder Arbeitsschutz.	Der durch Übermacht des Kapitals zu rein moralischem Wert herabgestufte Ordnungsrahmen muss durch Stärkung der Gewaltenteilung in der Wirtschaftspolitik gefestigt werden. Die richtigen Ziele müssen in der Wirtschaftsordnung, d. h. im Wirtschaftsleben, verankert werden.
B) Grundsätze der Sozialordnung 1. Pluralistische Struktur des Sozialkörpers ohne Machtansprüche und Privilegien	Lobbyismus, Privilegien und Subventionen für Großbetriebe in Industrie und Landwirtschaft. <i>Folge:</i> Schwächung des Mittelstandes.	Der Lobbyismus in seiner heutigen antidemokratischen Form der Interessenvertretung muss sich auf eine transparente Beratungsfunktion beschränken. Privilegien und Subventionen sind abzuschaffen, da sie als einseitige Eingriffe ins Marktgeschehen die Privilegierten schützen und andere schwächen.
2. Gerechter Lohn und Schutz vor Massen-Arbeitslosigkeit	Einerseits Niedriglöhne, unbefristete Zeit- und Werkverträge, andererseits überhöhte Managergehälter, Abfindungen und Bonuszahlungen. <i>Folge:</i> Ungerechte Einkommensverteilung, wachsende Armut. Produktivitätssteigerung und Abwanderung in Billiglohnländer setzen Arbeitskräfte frei. <i>Folge:</i> Massenarbeitslosigkeit, Risiko: Sozialer Kollaps.	Einführung des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) als Grundrecht für alle auf Lebenszeit. Das BGE soll nicht über eine erhöhte Umsatzsteuer finanziert werden (Götz Werner), sondern über eine negative Einkommensteuer (ESt), d. h., aus dem Gesamt-ESt-Aufkommen erhalten alle ihr BGE. Arbeitslose zahlen keine ESt, sondern bekommen aus dem ESt-Aufkommen ihr BGE (daher negative ESt). Verdienende zahlen erst dann ESt, wenn ihre ESt-Pflicht größer ist als ihr BGE.
3. Breit gefächerte Eigentumsverteilung	Eigentumsbildung beschränkt sich auf Besserverdiener. <i>Folge:</i> Spaltung in eine Zweiklassen-Gesellschaft.	Man sollte zwischen gesellschaftlichem und privatem Eigentum unterscheiden. Was spezifisch gesellschaftlicher Natur ist wie Grund und Boden, sollte gesellschaftliches Eigentum sein. Durch Pacht- oder Erbpacht können Grund und Boden landwirtschaftlich oder zum Bau privat genutzt werden. Was spezifisch persönlichen Einsatz erfordert, wie Unternehmen, gehört in private Hand.

Grundsätze der Denkschrift 2	Abweichungen heute und deren Folgen	Notwendige Maßnahmen
<p>C) Grundsätze der Wirtschaftsordnung</p> <p>1. Leistungsbezogene Wettbewerbsordnung mit strengen Regeln</p>	<p>Finanzmarkt: Deregulierung und mangelnde Kontrolle. <i>Folge:</i> Risiko Finanz-, Banken- und Wirtschaftskrise.</p> <p>Arbeitsmarkt: Unterschiedliche nationale Regulierungen. <i>Folge:</i> Lohndumping, Risiko Massen-Arbeitslosigkeit.</p> <p>Waren- und Immobilienmarkt: Unlauterer internat. Wettbewerb. <i>Folge:</i> Produktionseinstellungen, Insolvenzen, Mietwucher.</p>	<p>Finanzmarkt: Verbot unseriöser Derivate. Eindämmung der Spekulation durch Einführung einer Finanztransaktionssteuer.</p> <p>Arbeitsmarkt: Warenkennzeichnung mit einem öko-sozialen Qualitätssiegel als Entscheidungshilfe für den Verbraucher.</p>
<p>2. Geldwertstabilität und Geldmittelumlauf (Geld ist Tauschmittel für den Waren- und Dienstleistungsverkehr)</p>	<p>Heute ist 10 Mal so viel Geld auf den Finanzmärkten in Umlauf, als für Waren- und Dienstleistungsverkehr erforderlich ist.</p> <p>Die EZB kauft zur Stützung des Euro marode Staatsanleihen auf. <i>Folge:</i> Überhöhte Geldschöpfung, fallendes Zinsniveau und Inflationsgefahr. Unabhängigkeit der EZB gefährdet.</p>	<p>In der Gemeinschaftswährung Euro muss die Unabhängigkeit der EZB gewährleistet sein. Ihre obersten Ziele sind: Sicherung der Geldwertstabilität und Bankenkontrolle. Das spekulative Immobiliengeschäft muss in Spezialbanken ausgegliedert werden – nicht in unkontrollierbare Schatzenbanken –, die denselben Kontrollen unterliegen wie die Geschäftsbanken.</p>
<p>3. Ausgeglichener Staatshaushalt</p>	<p>Überhöhte Staatsverschuldung weltweit. <i>Folge:</i> Schuldenkrise mit überforderten Zinszahlungen und Risiko: Schuldenschnitt, Staatsbankrott, Eurokrise.</p>	<p>Die bei der Einführung des Euro versäumte Harmonisierung der Sozial- und Steuergesetzgebung muss dringend nachgeholt werden. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Strukturen und Entwicklungschancen der Euro-Länder erfordern aus Gründen der Solidarität einen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Mitgliedsstaaten. Andernfalls sind Schuldenschnitte mit all ihren Folgen unvermeidlich.</p>
<p>4. Sparsamer Umgang mit den knappen Ressourcen</p>	<p>Steigender Bedarf durch Anstieg der Weltbevölkerung, Wachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern. <i>Folge:</i> Preissteigerungen, Umweltschäden, Risiko: ökologischer Kollaps.</p>	<p>Effizienzsteigerung durch umweltfreundliche Technologien. Änderung des gegenwärtigen, auf Konsum ausgerichteten Lebensstils in einen bescheidenen und umweltbewussten Lebensstil.</p>
<p>5. Welthandel: Internationale Arbeitsteilung soll helfen, die Armut zu überwinden</p>	<p>Weltweit – auch im Euroraum mit seiner jungen Gemeinschaftswährung – fehlt eine abgestimmte Sozial- und Wirtschaftsordnung. <i>Folge:</i> „Schmutziger“ Wettbewerb verdirbt den Arbeitsmarkt und überschattet die Vorteile der Globalisierung.</p>	<p>Die europäischen Länder müssen die Institutionen der EU stärken, damit ihre Stimme bei dringend notwendigen internationalen Abmachungen insbesondere im Arbeits- und Wettbewerbsrecht mehr Gewicht bekommt.</p>

JISK STEETSKAMP

„Wie viel Herrlichkeit und Üppigkeit, so viel Qual und Leid“ (Offb 18,7)

Predigt über Offb 18,4-13

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

„Es ist nicht gut, dass der Mensch allein ist“ (Genesis 1,18)

Wir sind dazu geschaffen, uns zueinander zu gesellen. Darum sprechen wir von „Gesellschaft“. In meiner niederländischen Muttersprache gibt es dafür das Wort „Samenleving“, also die Gesellschaft als Großprojekt unseres Zusammenlebens, als ein Leben, das zusammen gestaltet wird, als ein Gemeinwesen, das alle Menschen miteinander verbindet. Aber es geht ein Riss durch die Gesellschaft, so dass es „die Gesellschaft“ eigentlich gar nicht gibt. Menschen werden ausgegrenzt, sprachlos gemacht, verdrängt und vergessen. Das ist Gott nicht gleichgültig, denn es sind seine eigenen Leute, die ins Elend gestürzt werden: Geknechtete Hebräer, die stöhnen unter den Fronvögten des ägyptischen Pharaos, jüdische Exilanten, die an Babylons Flussufern sitzen und weinen vor Heimweh nach Jerusalem. Es sind die Gelähmten, Verkrüppelten, Blinden, Stummen, die Jesus vor die Füße gelegt werden, damit er sie im Namen des Gottes Israels heile. Gottes eigene Leute. Sklaven, denen das Menschsein abgesprochen wird, Frauen, deren Ehemänner rechtens über Leben oder Sterben ihrer Neugeborenen bestimmen können, jüdische Tagelöhner und griechische Matrosen in den Hafentädten des römischen Imperiums, die sich im Namen des Messias Jesus heimlich treffen, Träumer einer anderen Welt, in der Gott die Tränen von ihren Augen wischt. Gottes eigene Leute. Fern ihrer Heimat die Männer und Frauen, die in der Nacht unsere Bürogebäude reinigen, unsere Bankgebäude, unsere Regierungsgebäude; wenn ihre Kinder aus Albträumen aufschrecken, ist niemand da, um sie zu trösten. Flüchtlinge, auf dem Seeweg zur Festung Europa, eingepfercht in seeuntüchtigen Schiffen, verlieren ihr letztes Hemd und allzu oft die nackte Haut. In Fabrikhallen eingeschlossene Näherinnen, die für einen Hungerlohn in Akkord Billigkleidung für den europäischen Markt herstellen. Der Preis der Billigware ist hoch, so hoch wie das Leben von Gottes eigenen Leuten. Vergessene Kranke in den Anstalten, Frauen und Männer, die weit über ihre Kräfte hinaus Alte und Kranke pflegen, weil es zu wenige von ihnen gibt. Kinder, die ihre Tage auf den Müllhalden der Müllvermehrer fristen. Gottes eigene Leute.

Ihre Stimme begegnet uns in diesem letzten Buch der Bibel, das uns unter dem Namen „Offenbarung des Johannes“ überliefert ist. Nicht alles, was hier gesagt wird, ist salonfähig und der Ton ist rau. Sie ist „die andere Stimme“ (Offb 18,4), die in einer zerrissenen Gesellschaft überhört wird, die uns aber „vom Himmel“ erreicht, denn Gott, dieser Gott, hat sich diese Stimme, die Klagen, das Weinen und das ohnmächtige Fluchen seiner Leute zu eigen gemacht. Als Stimme aus der Tiefe, die Stimme aus der Höhe wird, offenbart sie schonungslos den Riss, der die Menschen entzweit, und der Riss geht aus von Babylon, das ein Schimpfname für das Römische Imperium ist, von den Börsen in Frankfurt, London, Paris und New York, von den politischen Hinterzimmern im Reichstag, in Washington und Moskau und Peking, Orte, wo unvorstellbare, mitunter selbstgöttliche Macht ausgeübt wird, wo riesige Kapitalien und unendlich viele Waren um die Welt geschickt werden, wo mit Nahrungsmitteln gezockt wird, wo „die Leiber und Seelen von Menschen“ (Offb 18,13) Handelsware und Kostenfaktor sind, wo blanker Zynismus den Ton angibt. Die Welt hat zwei Gesichter: das der überheblichen Selbstherrlichkeit und des nimmersatten Luxus einerseits, das der Pein und Trauer andererseits. „Wie viel Herrlichkeit und Üppigkeit, so viel Qual und Leid“ – so steht es geschrieben, so lautet das biblische Motto dieser Herbsttagung des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins, so wird der Riss durch die Gesellschaft in der Begrifflichkeit bitterer Erfahrungen erfasst, so wird die gesellschaftliche Spannung, in der sich unser Leben und Streben abspielt, qualifiziert.

Die Stimme, die Gottes Stimme und zugleich die seiner vergessenen Kinder ist, klingt rau, weil die Wirklichkeit rau ist. Sie *schreit* aus, dass es so nicht bleiben kann und wird: Eine zerrissene Gesellschaft ist ein Götze, der wackelt. So malt es der biblische Visionär aus: Die Spekulanten bekommen schon kalte Füße, sie werden trauern um abstürzende Börsen und hilflose Politiker, „weil ihre Ware niemand mehr kaufen wird“ (Offb 18,11). Das böse Spiel der hemmungslosen Plünderung wird zusammenbrechen, weil Gottes eigene Leute nicht mehr mitmachen: „Geht hinaus aus ihr, mein Volk ...“ (Offb 18,4). Wer seiner Herrlichkeit und Üppigkeit einen Ewigkeitswert beimaß, wird im Absturz die Qual und das Leid doppelt zu spüren bekommen. Wirklich, das klingt gar nicht lebenswürdig, doch es entspricht dem Rechtssatz aus Israels großer Befreiungserzählung, dass der Räuber den Schaden, den er verursacht, doppelt ersetzen muss (Exodus 22,3.6.8): Die Arroganz der Weltplünderer soll sich nicht bezahlt machen.

„Wer ist wie der Ewige, wie der Name:
 ‚Ich bin für euch da‘,
 unser Gott im Himmel und auf Erde.
 Der oben thront in der Höhe,

*der hernieder schaut in die Tiefe,
der den Geringen aufrichtet aus dem Staube
und erhöht den Armen aus dem Schmutz“
(Ps. 113,5-7),*

So fingen wir unseren Gottesdienst an. Die Offenbarung des Johannes könnte ein ausführlicher Kommentar zu diesen Psalmzeilen sein. Wir lasen sie gemeinsam. Gemeinsam: Unsere Stimmen, die Stimmen all dieser ausgegrenzten und vergessenen Gotteskinder aller Jahrhunderte, Gottes Stimme, die andere Stimme vom Himmel – der Chor dieser Stimmen, wozu auch unsere gehört, vereinigt zu *einer* Stimme. Die *eine* Stimme kennt keinen Riss, ruft den Streik gegen die Mitarbeit an der Zerrissenheit der Gesellschaft aus und kündigt ihr Ende an. Diese eine Stimme lädt ein: „Wen dürstet“ nach dem guten Leben, „der komme, und wer da will, der nehme das Wasser des Lebens umsonst“ (Offb 22,17). Also: Kommt, kommt in die Gesellschaft von Gottes eigenen Leute und *lebt* in Gottes Namen! Amen.

KLAUSDIETER WAZLAWIK

Kommunale Ökumene?

Eine Chance für das Wirken von Kirchengemeinden in der Öffentlichkeit

Bei der Bonhoeffer-Tagung am 28. September 2013 wurde in der Arbeitsgruppe Solidarische Ökonomie die Kommunale Ökumene von Treptow-Köpenick vorgestellt. Nachfolgend soll dieses, sich noch im Aufbau befindliche Netzwerk in der Kommune publik gemacht werden.

1. Unterschiede zwischen Kommunalen Ökumene und anderen Ökumenischen Zusammenschlüssen

Was unterscheidet eine Kommunale Ökumene von anderen Ökumenischen Zusammenschlüssen, zum Beispiel der ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland)? Der Bezugsrahmen für diese Ökumene ist die Kommune in ihren jeweiligen Grenzen, nicht die Kirchenstrukturen. Für den Bezirk Treptow-Köpenick (230.000 Einwohner) bedeutet dies:

Alle katholischen, evangelischen und freikirchlichen Gemeinden, die sich innerhalb der Bezirksgrenzen befinden – bei übergreifenden Gemeinden gilt immer der Gemeindestandort –, sind, soweit diese sich einverstanden erklären, Teil der Kommunalen Ökumene.

Im Bezirk Treptow-Köpenick von Berlin gibt es derzeit 23 Gemeinden, davon:

- 6 freikirchliche
- 3 katholische
- 14 evangelische Gemeinden.

Über die Ökumenische Initiativgruppe Eine Welt (weiterhin OEIGEW), die sich mit dem Beginn des Prozesses gebildet hat und ökumenisch zusammengesetzt ist, wird die Kommunikation zur Kommune, zur Verwaltung und in der Öffentlichkeit realisiert. Damit besteht die Möglichkeit, verschiedenste Entwicklungskonzeptionen, Nachhaltigkeitskonzepte und Klimakonzeptionen der Kommunen direkt in die Gemeinden zu vermitteln. Andererseits hat eine Kommunale Ökumene die Chance, gemeinsame Anliegen und ihre ethischen Grundsätze in die Kommunalstrukturen einzubringen. In Treptow-Köpenick erfolgt dies über die Lokale Agenda 21, in der die Kommunale Ökumene als fester Bestandteil verankert ist.

2. Praxisbeispiele

Zwei Praxisbeispiele sollen die Vorteile eines solchen Herangehens belegen:

- Die OEIGEW entwickelte, sich am Beispiel des Internationalen Gartens in Göttingen orientierend, einen Interkulturellen Garten. Im Jahre 2003 fand die Gründung des Wuhlegartens – dem ersten Interkulturellen Garten in Berlin – statt. Heute gibt es im Bezirk drei Interkulturelle Gärten und es entstanden in Berlin mehr als 25 Interkulturelle Gärten verschiedenster Akteure.
- Seit 2011 arbeitet die OEIGEW daran, die Projekte und Partnerschaften aller Gemeinden zu erfassen und diese dann mit den kommunalen und zivilgesellschaftlichen Projekten und Partnerschaften gemeinsam in Form einer Weltkarte darzustellen (Bild). Hierdurch wird die wichtige Rolle der kirchlichen Projekte im gesamten Eine Welt-Bereich sichtbar und deutlich.
- Durch das Zusammenwirken von Kommune, Verwaltung und Gemeinden konnten 2013 drei kirchliche Projekte aus dem Agenda 21-Fonds des Bezirkes für ihre Projektaufgaben dringend benötigte Finanzmittel erhalten.

Die OEIGEW möchte das breitangelegte Potential der Gemeinden, unter anderem auf diesem Gebiet, sichtbar machen. Nach den Erkenntnissen und Erfahrungen der OEIGEW ist es möglich, diese Art der Zusammenarbeit und Kommunikation auch auf andere Kommunen und Gemeinden zu übertragen.

JOHANNES HERRMANN

Auswertung: Feed-back-Runde am Sonntag

- Reflexion auf Metaebene: In welcher Welt wollen wir leben? Nicht nur Symptome benennen, sondern Denkmuster/Strukturen, die dahinter stehen.
- Inspiration von osteuropäischer Theologie für die nächsten Tagungen.
- Klare Handlungsschritte erarbeiten und vorschlagen.
- Allein in der Tat ist Freiheit. Was tue ich nach der Tagung konkret anders? Wandel durch Tun.
- Teilnahme des dbv an ökumenischer Versammlung.
- Vom Positiven lernen.
- Öko/faire Tagungshäuser.
- Befreiungstheologie der Pfarrämter.
- Das Zusammensein der Generationen in dem Thema, das uns alle betrifft.
- Musik und Humor fehlen auf den Tagungen.
- Das evangelische Pfarramt der Zukunft jenseits von Organisationstechnologie und Burn-out, nachhaltig jesuanisch und befreiungstheologisch grundiert.
- Schluss-Gottesdienst der Tagungen von Arbeitsgruppen mitgestalten.
- Sich nicht nur intellektuell verständigen, sondern Gesagtes auch tun.
- In welchem Montagmorgen will ich leben?
- Ihr habt Fortschritte gemacht! Die Deutschen können nicht zuhören.
- Spiritualität und Gebet.
- Kirche und das Verhältnis zu Bonhoeffer.
- Kirche und wir? Ist das unsere Kirche? Ist Kirche so gut, wie wir sie gestalten?

Nach zwanzig Jahren muss ich feststellen, dass – obwohl die sogenannte „Zweite Welt“ verschwunden ist – wir stattdessen erleben, dass rapid Invasionen des „Global Capital“ uns in die Situation der kolonisierten dritten Welt stoßen. (Unser Lebensstandard in Ungarn ist auf den Stand der siebziger Jahre gesunken.)

Es gibt sehr wenig Untersuchungen und Kenntnis, was eigentlich mit Osteuropa geschieht, genauso wenig wie damals, als der „Eiserne Vorhang“ noch existierte – und wenn, dann oft falsche. In Folge der permanenten ökonomischen Krise in Osteuropa begann fast eine neue Völkerwanderung in Richtung Westeuropa (besonders nach Deutschland).²

In dieser radikal geänderten Situation und unter vielfältigen Bedrohungen, begannen unsere ungarischen Wissenschaftler und Politiker, ganz „unorthodoxe“ Fragen zu stellen, was die Ökonomie und ein gutes Leben in Ungarn und in der Welt betrifft.

Auf diesem Hintergrund fand ich die Ähnlichkeiten der Wahl des Tagungsthemas des Bonhoeffer-Vereins besonders spannend.

Die Vorlesung von Prof. Dr. Ulrich Duchrow, „Der interdisziplinäre Blickwinkel der Theologie und Ökonomie“ war für mich augenöffnend. Warum handelt nicht jede Kirche (wenigstens die christliche) nach diesem theologischen Grundprinzip, *„dass die Schöpfung Gottes Gabe, und keine Ware ist.“* Wir hätten mehrere ökonomische und ökologische irreversible Katastrophen verhindern können, die besonders auch heutzutage in Osteuropa und in Afrika geschehen.

Es war auch sehr interessant, über die Spiritualität des Geldes zu hören, und dabei mit der Macht der neuen „Geldschöpfungen“ konfrontiert zu werden.

Der Vortrag von Prof. Dr. Rainer Kessler mit dem Titel „Die Ethik von Thora und Prophetie und die Frage der Nachhaltigkeit“ war genauso spannend. Es wurde mir dabei klar, dass diese postmodernen Phänomene der Verschuldung und die verschiedenen Methoden, die Bevölkerung in Abhängigkeit zu bringen, uralte Bestrebungen der Mächtigen sind. Es war sehr ermutigend zu hören, wie stark im Alten Testament die sozialen und theologischen Fragen zusammengehören, und wie eindeutig Gottes Stellungnahme auf der Seite des Schwächsten ist. Die Gottesfrage hängt mit den aktuellen Menschenverhältnissen und Lebensstilen untrennbar zusammen. Es war auch neu für mich, dass das Zinsverbot eines der wichtigsten Verbote im AT ist, und dass sich die Sengensbedingung so stark nach der sozialen Gerechtigkeit richtet.

ÉVA VÖRÖS

In welcher (ost- und mitteleuropäischen) Welt wollen wir leben?¹

Assoziationen aus einer Arbeitsgruppe

In den achtziger Jahren habe ich durch die Frauen und die ökumenische Bewegung an mehreren verschiedenen Konferenzen teilgenommen. Ich habe gehofft, dass nach der Wende in Europa diese unterschiedlichen „Wir und Ihr“ Blickwinkel in Lebensstilen und Weltanschauung und Spiritualität verschwinden würden.

Während der Tagung ist meine Überzeugung gewachsen: Wir müssten mehr über das Alte Testament predigen, aber nicht so rasch den Kontext „wegspiritualisieren“, sondern mit dem Blickwinkel der Sozialgeschichte des Alten Israel das aktuelle Evangelium „ausgraben“.

In der Gruppenarbeit mit Professor Duchrow und Johannes Hermann war auch hoffnungsvoll, dass man konkrete neue Methoden und Modelle hören konnte, Spiritualität und Nachhaltigkeit im örtlichen Kontext zusammenzubringen.

Während des Gespräches wurde mir auch klar, dass der Dialog zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Theologen sehr wichtig wäre. Viele Missverständnisse stammen aus einer falschen Äquivalenz. Bestimmte Begriffe bedeuten im osteuropäischen Wörterbuch genau das Gegenteil dessen, wie es im Westen verwendet wird; deswegen müssen wir vorsichtig mit der Gleichwertigkeit der Begriffe sein. Zum Beispiel, wer würde denken, dass diese radikale Fragestellung der Konferenz über die Nachhaltigkeit der Ökonomie bei uns nur auf der Agenda der rechtsorientierten Partei in Ungarn zu finden ist, und gerade unsere Sozialisten die wildkapitalistische Marktfreiheits-Ideologie repräsentieren, die grenzenlose Privatisierung und den Ausverkauf des Landes. Ähnliche Phänomene kann man auch in anderen osteuropäischen Ländern finden. Diese Fehlinterpretationen der gesellschaftlichen Phänomene blühen in westlichen Medien.

Europa verarmt auch dadurch, dass Osteuropa fast ausschließlich im Diskurs als Migrationsproblem erscheint. Niemand denkt daran, dass sich während der vergangenen Jahrzehnte in diesem Teil Europas etwas herauskristallisierte, was auch „der Westen“ benötigen könnte.

Zum Schluss möchte ich dem Verein für meine „bedingungslose“ Aufnahme in die Teilnehmerliste danken. Im Anhang schicke ich noch meine Kontribution zu der kreativen Arbeitsgruppe 1, wo es um „Lernen mit Kopf, Herz und Hand“ ging.

Es wäre sehr gut, wenn die Vorlesungen und sogar die Bücher der Tagung in den osteuropäischen theologischen Bibliotheken vorhanden sein könnten. Dieser neue multidisziplinäre Blickwinkel, die Theologie, die sozialen Fragen und die Ökonomie unter einen Hut zu bringen, würde die osteuropäische Theologie dringend benötigen.

Anmerkungen

- 1 Der mittel-ost-europäische Blickwinkel über die Werkstatt-Tagung des dbv „In welcher Welt wollen wir leben?“
- 2 Die neuen Befunde der Bahnhofsmision bzw. in Mannheim beweisen dieses Drama. Ich verweise auch auf mein Essay über die ungarischen Emigranten.

Brief an den dbv

Liebe Tagungsteilnehmer und Mitglieder des dbv,

wir blicken auf eine abwechslungsreiche und interessante Tagungszeit zurück. Aufmerksam auf die Herbsttagung wurden wir über einen Flyer in der Universität Heidelberg. Die Fragestellung wie wir unserer sozialen Verantwortung am besten nachkommen können, um eine lebenswerte Welt von morgen zu gestalten, hatte uns direkt angesprochen. Es ist ein sehr aktuelles Thema und intergenerativ attraktiv und nötig gemeinsam zu diskutieren. Nun war es eine große Herausforderung, dieses umfangreiche Thema an nur einem Wochenende zu behandeln. Aber es wurden unserer Meinung nach viele wichtige Themen und Aspekte tangiert. Nicht zuletzt durch die gute Wahl und interessanten Vorträge der Referenten konnten wir neue Anregungen und Denkanstöße sammeln.

Für die nächste Tagung würden wir ein etwas stärkeres ziel- und praxisorientiertes Arbeiten in den Gruppenarbeitsphasen und auch im Plenum empfehlen, damit das Erarbeitete konkret festgehalten und bestenfalls in den uns zugänglichen Bereichen gesellschaftlichen Lebens umgesetzt werden kann. In diesem Zusammenhang möchten wir auch die bereits in der Schlussrunde geäußerte Anregung bezüglich der Berücksichtigung des Themas Nachhaltigkeit bei Auswahl von Tagungshaus und Verköstigung nachfolgender Tagungen unterstützen.

Wir Studenten haben uns sehr herzlich bei Ihnen aufgenommen und uns jederzeit wohl und versorgt gefühlt. Bezüglich des Altersdurchschnittes der Herbsttagung und weil uns gegenüber Interesse an einer Verjüngung desselben kommuniziert wurde, wollen wir einige Gedanken weitergeben, die eine solche Entwicklung vereinfachen könnten. Die Offenheit und das Interesse, mit welchem uns gegenüber begegnet wurde, wissen wir sehr zu schätzen. Eine straffere Diskussionsleitung, die stärker bei thematischen Sprüngen und ausschweifender Rede interveniert, würde dem Gespräch und dem Verständnis derer, die weniger Fachwissen mitbringen, dabei sehr helfen. Dabei kann beispielsweise den „typischen Verdächtigen“ konkret im Vorhinein die Chance eingeräumt werden, nach der Diskussionsrunde ihre sehr fachspezifischen Fragen in kleinerem Kreis stellen zu können.

Ein herzliches Dankeschön nochmals für die Möglichkeit der Teilnahme und Unterstützung und alles Gute für Ihre Arbeit.

Gottes Segen wünschen Ihnen

*Dominik Steinestel, Jonathan Steinestel,
Rainer Lotz & Mareike Trauernicht*

II. Friedensarbeit in Vergangenheit und Gegenwart

Vorbemerkung: Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit des dbv ist unsere Friedensarbeit. „Frieden wagen“ lautet daher das Motto einer sehr engagierten Arbeitsgruppe, so viel ich weiß, die älteste Arbeitsgruppe des dbv. Deren Anliegen ist wieder und immer wieder neu zu würdigen. Wir kommen dem hier nach, indem wir den Vortrag des engagierten „Friedensforschers“ Theodor Ebert, den er im März vor der Regionalgruppe Berlin gehalten hat, in Auszügen dokumentieren. Wir erhalten dabei noch einmal von profunder Seite Einblicke in die mühsame, aber auch nimmermüde Arbeit der Friedensaktivisten in unserem Lande. – Zuzüglich dokumentieren wir noch einen Aufruf an die Bundeswehr zur Würdigung des Judenretters Feldwebel Anton Schmid. Diesen Aufruf hat auch der stellvertretende Vorsitzende des dbv, Dr. Bald, mit initiiert und unterschrieben.

RED

THEODOR EBERT

Erinnerungen eines Friedensforschers an fünfzig Jahre kirchlicher Friedensarbeit

Vortrag am 18.4.2013 beim dbv
im Schleiermacher-Haus in Berlin

Womit sollen die Erinnerungen einsetzen?

Ich habe hier Erinnerungen eines Friedensforschers an ungefähr fünfzig Jahre kirchliche Friedensarbeit angekündigt. Es sollen meine persönlichen Erinnerungen sein. Als ich bei der Leipziger ESG 2009 über ein ähnliches Thema sprach, habe ich bei der Kindheit angefangen. Jetzt setze ich Anfang der 60er Jahre, also mitten im Studium, ein.

Es ist nicht unwichtig, welche Erfahrungen ein Sozialwissenschaftler, der 1937 in Stuttgart geboren wurde, in seiner Kindheit und Jugend gemacht hat und wie seine kirchliche Sozialisation aussah. Doch ich spare diesen Abschnitt meines Lebens hier aus, weil der Leipziger Vortrag sich auf meiner Homepage nachlesen lässt und die Veranstalter diese Homepage (www.theodor-ebert.de) auch empfohlen haben.

Ich will heute mit einem kirchenpolitischen Positionspapier zur Frage des Friedens- und der Sicherheitspolitik im Atomzeitalter einsetzen. Ich war an der Formulierung dieses Positionspapiers noch nicht beteiligt, aber ich verstehe es als den Ausgangspunkt meiner anschließenden friedenspolitischen Arbeit. Ich meine die Heidelberger Thesen aus dem Jahre 1959. Man kann sie im Internet aufrufen.

Ich will hier die 8. These zitieren, weil deren letzter Satz wie ein Menetekel über dem Wahlkampfprogramm 2013 der SPD schwebt. Den Wahlkampfstrategen ist wahrscheinlich nicht bewusst, dass sie eine politische Aufgabe verdrängen, die sie eigentlich immer im Auge behalten und die sie bearbeiten sollten, solange sie noch Zeit dazu haben.

Das „Noch“ der Heidelberger Thesen

Ich setze in diesem Kreise voraus, dass Sie wissen, wie dieses Papier – unter Beteiligung von Helmut Gollwitzer und Carl Friedrich von Weizsäcker – zustande gekommen ist. Die 8. Heidelberger These lautet:

Die Kirche muss die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.

Verzichtet die eine Seite freiwillig auf Atomwaffen, so wäre die totale militärische Überlegenheit der anderen Seite damit besiegt. Wir können nur glauben, dass derjenige, der sich zum persönlichen Atomwaffenverzicht entschließt, weiß, was er tut, wenn er sich diese Konsequenz eines allgemeinen Verzichts der einen Seite klarmacht. Die Beibehaltung der westlichen Atomrüstung strebt an, dieses Risiko zu vermeiden. Sie läuft dafür das Risiko des Atomkrieges. Dies ist die Haltung, die die westliche Welt tatsächlich einnimmt. Es muss nur unbedingt feststehen, dass sein einziges Ziel ist, den Frieden zu bewahren und den Einsatz dieser Waffen zu vermeiden; und dass nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.

Ich wiederhole den letzten Halbsatz „und dass nie über seine Vorläufigkeit eine Täuschung zugelassen wird.“

Am Anfang der Friedensforschung in Deutschland stand die Frage: Wie überwinden wir den instabilen Zustand der *mutual assured destruction*?

Für Christen war das drängende Problem, dass bei der atomaren Abschreckung dem Gegner etwas angedroht wird, das man nicht realisieren darf, weil es ein Kriegsverbrechen sondergleichen wäre.

Durch die Wasserstoffbomben und die Interkontinentalraketen war in der Geschichte der Menschheit eine neue Situation entstanden. Analysiert hat dies wirklich luzide Hans Herz in seinem Buch „Weltpolitik im Atomzeitalter“. Was war neu?

Nicht neu war der Christenheit, sofern sie lesen konnte, dass das Führen von Kriegen den Aussagen Jesu in der Bergpredigt widerspricht. Diese Lehre Jesu war aber nur dann relevant, wenn man in Jesus eine Autorität sah, deren Empfehlungen man nicht zuwiderhandeln durfte. Eine solche Autorität war aber Jesus von Anfang an nur für wenige Menschen. Sein Gebot der Feindesliebe ist auf der makropolitischen Ebene seit dem Jahre 312 auch von denen, die sich Christen nannten, permanent missachtet worden. Nur die Friedenskirchen und kleine pazifistische Gruppen innerhalb der Großkirchen bildeten eine Ausnahme.

Das Neue war nun aber im Atomzeitalter, dass es jetzt nicht mehr darum ging, ob man in Jesus den Messias sah und sich an seine Gebote hielt, sondern dass man erkennen konnte: Die Besitzer von Atomwaffen können durch deren Einsatz der Geschichte der Menschheit ein Ende setzen. Ich wiederhole: Die Atomwaffen und die Automatisierung und Unumkehrbarkeit ihres Einsatzes ermöglichten ab den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts das Beenden der Geschichte der Menschheit. Die Menschheit bzw. einzelne Menschen in bestimmten Positionen verfügen seitdem über eine doomsday machine. Das wussten die Verfasser der Heidelberger Thesen. Und sie sagten sich: Das darf und kann kein Dauerzustand sein. Das Gleichgewicht des Schreckens hält vielleicht im Moment, aber man weiß nicht wie lange. Und wenn es schief geht, ist es die absolute Katastrophe.

Was kann man tun?

Das erste ist: Man muss auf die Gefährlichkeit und Instabilität der Lage hinweisen. Einer der Mitverfasser der Heidelberger Thesen war der Atomphysiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Er hat große Verdienste als fachkundiger Warner erworben. Mit ihm sagten einige Christen, den Einsatz dieser Maschinerie darf man nicht vorbereiten. Woher sollen wir wissen, ob sich diese Maschinerie im Krisenfall beherrschen lässt?

Am Anfang stand die Warnung vor der Unterschätzung der Gefahren. Ein Meilenstein war die Göttinger Erklärung von 18 Physikern vom 12. April 1957. Sie richtete

sich gegen die Verharmlosung der Atomwaffen als „Fortentwicklung der Artillerie“ – so Adenauer – und diese Physiker – unter ihnen mehrere Nobelpreisträger – verschärfte die Warnung durch die Weigerung, sich an der Entwicklung dieser Waffen zu beteiligen. Das änderte aber noch nichts daran, dass die Großmächte über diese Waffen verfügten und dass die Deutschen in ihren jeweiligen Militärpakten an diesen Atomwaffen partizipierten.

Weizsäcker hat die Warnung vor den Folgen eines Atomkrieges auf eine wissenschaftliche Basis gestellt, indem er die Auswirkung eines Atomkrieges in Deutschland in einer damage assessment Studie untersuchte. Diese Teamarbeit erschien unter dem Titel „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“. Danach war nicht mehr zu leugnen, dass Deutschland einen Atomkrieg als Industriegesellschaft nicht überstehen könnte und an einen Wiederaufbau nach einem wie auch immer gewonnenen oder verlorenen Krieg nicht ernsthaft mehr zu denken war.

Die Herausforderung durch die Lügen des Zivilen Bevölkerungsschutzes

An diesen damage assessment Studien war ich als Wissenschaftler nicht beteiligt. Als Student der Geschichtswissenschaft, der sich auch mit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besatzungs- und Vernichtungspolitik befasst hatte, war ich aber mit Weizäckers Einschätzung der Folgen eines weiteren Krieges auf deutschem Boden einverstanden. Ich ärgerte mich mit vielen anderen Deutschen darüber, dass im Auftrag der Regierung die Funktionäre des Zivilen Bevölkerungsschutzes die Überlebenschancen im Falle eines Atomkrieges in dumm-dreister Weise optimistisch einschätzten. In Tübingen habe ich 1960 eine solche Aufklärungsveranstaltung des Zivilen Bevölkerungsschutzes besucht. Ich war so entsetzt über diesen Versuch, die Deutschen für dumm zu verkaufen, dass ich in meiner Ohnmacht etwas tat, das ich bei Gandhi, vielleicht auch bei Jesus gelernt hatte. Ich fastete ganz allein in meinem Zimmer drei Tage lang, um die innere Fassung wieder zu erlangen.

Ich überlegte, was zu tun sei. Ich will mein Verhalten nicht als beten bezeichnen. Es war eben so eine Art inneres Ringen um einen Ausweg. Ich habe gefastet, um diesem Nachdenken eine äußere Form zu geben. Andere setzen sich vielleicht in vergleichbarer Lage auf ein Kissen und klopfen an eine Bronzeschale. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

Ich will jetzt beileibe nicht behaupten, dass ich während dieser Fastenübung wie ein alttestamentlicher Prophet irgendwelche Weisungen erhalten hätte. Während des Fastens verdichteten sich nur einige Einsichten, die ich im Laufe meines vierjährigen Studiums erlangt hatte.

Die wichtigste Erkenntnis war eine doppelte gewesen. Zum einen erklärte ich mir das Scheitern bzw. die Perversion tendenziell fortschrittlicher Aufstände und Revolutionen – vom deutschen Bauernkrieg über die Französische Revolution bis hin zur Russischen Revolution und dem algerischen Befreiungskrieg – damit, dass die Bewegungen zum Einsatz von Waffengewalt übergegangen waren; die Militärs und die besonders skrupellosen Politiker setzten sich schließlich durch und die Beobachter machten das fatalistische Sprüchlein: Die Revolution frisst ihre Kinder. Dieses Muster der Entwicklung von Revolutionen war die Erkenntnis, die mir in der Fastenzeit durch den Kopf ging.

Zum anderen hatte ich bei Gandhi gelernt, dass man die Waffengewalt aus den Kämpfen um humanitäre Fortschritte ausscheiden kann zugunsten von Methoden des gewaltfreien Widerstands. Gandhi lehrte: Macht kommt nicht nur aus Gewehrläufen, sondern entsteht auch dadurch, dass eine größere Zahl von Menschen sich auf unbewaffnete Eingriffs- und Verweigerungshandlungen einigt. Auf englisch spricht man von *acts of omission*, also Verweigerungshandlungen, und *acts of commission*, also Eingriffshandlungen. Typische Verweigerungshandlungen sind Streik und Boykott, typische Eingriffshandlungen sind Sit-ins und Go-ins.

Solches Wissen um die Macht gewaltfreier Aktionen hatte ich als Historiker in petto, aber erst in der Situation der Herausforderung durch diesen volksverdummenden Zivilen Bevölkerungsschutz wurde mir deutlich, dass ich persönlich jetzt Gandhis Vorstellungen auf die aktuelle deutsche Situation anwenden könnte und müsste – auf die Gefahr hin, dass mich dies in meinem bisherigen Studiengang in Schwierigkeiten bringen würde.

Das Experiment „Gewaltfreie Zivilarmee“

Was sich in diesem Krisenjahr in Tübingen und Stuttgart abspielte, habe ich jetzt in der Edition meines Tagebuchs dargestellt. Es ist das Werkstattbuch eines politischen Experiments. Die Grundidee war, dass wir – und das war ein Dutzend Stuttgarter Kriegsdienstverweigerer – den Versuch machen sollten, Gandhis Idee einer Shanti Sena, d. h. wörtlich übersetzt „Friedensarmee“ (aus gewaltfreien Aktionsgruppen), auf deutsche Verhältnisse zu übertragen. Heute würde man nicht mehr von einer Gewaltfreien Zivilarmee, sondern von einem Netzwerk gewaltfreier Aktionsgruppen sprechen.

1961 versuchte ich zunächst noch zu trennen zwischen meinem regulären, intensiven Studium in Tübingen und meinem Engagement bei den Kriegsdienstverweigerern und Ostermarschierern in Stuttgart. Doch irgendwie hatte sich mein politisches Engagement auch in Tübingen he-

rumgesprochen und ich hielt es dann für das Beste, mein Glück – nunmehr als Politologe – noch einmal an einer anderen Universität zu versuchen. Und ich hatte Glück. Waldemar Besson eröffnete mir die Möglichkeit, an der Universität Erlangen eine Dissertation über das Modell einer Kampagne gewaltfreien Widerstands zu schreiben.

Unsere Stuttgarter Programmschrift „Die Gewaltfreie Zivilarmee. Stimme der jungen Generation“ hat mit der Idee, dass es eine gewaltfreie, wehrhafte Alternative zur NATO geben müsste, in pazifistischen Kreisen ziemliches Aufsehen erregt. Die DDR-nahen Friedensfreunde in der Untergrund-KPD und bei der Deutschen Friedensunion haben sich darüber geärgert, dass wir mit den Bausoldaten in der DDR sympathisierten und den Aufstand des 17. Juni 1953 daraufhin analysierten, wie man es beim nächsten Mal besser machen könnte.

Unser Bemühen war etwas verfrüht und die Ideen zum Aufbau einer alternativen Verteidigungsorganisation unausgegoren. Doch das Tagebuch dieses Experiments liest sich trotzdem spannend. Die Gewaltfreie Zivilarmee war ein Vorläufer der studentischen APO von 1967/68. Durch unsere Orientierung an Gandhi, Martin Luther King und den englischen Atomwaffengegnern um Bertrand Russell und das Committee of 100 hatten wir von der Methode der gewaltfreien Aktion weit bessere Kenntnisse als die Studenten des SDS, die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre mit Che Guevara und Ho Chi Minh sympathisierten. Wir waren mit unseren gewaltfreien Methoden – wie man heute sagt – besser aufgestellt als die Pseudorevolutionäre vom SDS und es zeigte sich dann auch, dass man praktisch von Gandhi, Martin Luther King und Bertrand Russell mehr lernen konnte als von Che Guevara, Mao und Frantz Fanon. Das zeigte sich aber erst Anfang der 70er Jahre, als es darum ging, mit Bürgerinitiativen nachhaltige Erfolge zu erzielen – vor allem auf dem Gebiet des Widerstands gegen Atomkraftwerke. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz erklärte in seinem Aktionskatalog, dass er sich ausschließlich gewaltfreier Methoden bediene. Und der Verfasser dieses Aktionskatalogs war Dr. Wolfgang Sternstein, ein früheres Mitglied der Stuttgarter Gewaltfreien Zivilarmee.

Doch ich möchte jetzt noch einmal zurück zu den Heidelberger Thesen und zeigen, was das Stuttgarter Experiment Gewaltfreie Zivilarmee mit diesen Thesen zu tun hatte – und welche Verbindung es zwischen dem Stuttgarter Experiment und Bonhoeffers Rede in Fanó gibt.

Die Rechtfertigung der atomaren Abschreckung durch eine Gegenutopie

Die Verfasser der Heidelberger Thesen sahen das Risiko eines einseitigen Atomwaffenverzichts darin, dass infor-

ge einer weiteren Expansion des so genannten totalitären Kommunismus „*unsere Begriffe von Recht und Freiheit für unabsehbare Zeit verloren gehen*“ könnten, und die Verfasser der Thesen hielten es auch für fraglich, dass in dem dann entstehenden noch größeren sowjetischen Herrschaftsbereich „christliches Leben noch möglich“ wäre. Dieser Rechtfertigung der vorläufigen Beibehaltung der atomaren Abschreckung lag die Annahme zugrunde, dass es einem totalitären Kommunismus gelingen könnte, im Stil von Orwells „1984“ auch die Sprache effektiv gleichzuschalten und die Worte mit der Methode des „doublethink“ so zu verdrehen, dass selbst die Begriffe von Freiheit und Recht verloren gehen könnten.

Wenn man heute auf das Sowjetsystem zurückblickt, dann kann man sich schon fragen, wie die Heidelberger zu einer solchen Einschätzung der Fähigkeiten eines totalitären Herrschaftssystems kommen konnten. Heute wissen wir, dass man damals ein politologisches Modell, an dem Carl Joachim Friedrich und Hannah Arendt maßgeblich mitgewirkt hatten, für die Wirklichkeit genommen hat. Ein wirklich totalitäres System – wie es George Orwell in seiner Gegenutopie „1984“ gezeichnet hat – gab es in Wirklichkeit nie und wird es wohl auch nie geben können. Orwell und andere Theoretiker des Totalitarismus haben zwar einige neue Züge diktatorischer Kontrolle richtig erkannt und deutlich gemacht, dass mit einem Hitler und einem Stalin oder gar einem Pol Pot nicht so zu verfahren war wie mit einem Bismarck zur Zeit der Sozialistengesetze, aber es war fragwürdig, diese totalitären Elemente zu einem Modell zu stilisieren, das im Extremfall den Einsatz von Atomwaffen rechtfertigen würde, um die Ausbreitung dieses totalitären Systems zu verhindern.

Mich hat interessiert, ob es in seinem Modell totalitärer Herrschaft Konstruktionsfehler gibt, die er nicht bedacht hatte. Er ging davon aus, dass ein totalitäres Regime nicht von innen heraus humanisiert und demokratisiert werden könnte. Die Rechtfertigung der Abschreckungsstrategie der NATO war entsprechend: Ist die Freiheit einmal verloren, ist sie für immer verloren. Dazu gehörte im Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg auch die Behauptung, dass Hitler nur militärisch besiegt werden konnte und wir andernfalls heute nicht in Berlin, sondern in Germania leben und uns aus allen TV-Kanälen Wagner-Klänge entgegen schallen würden.

Die Horrorvorstellung von der Ausbreitung totalitärer Systeme suggerierte, dass ihr militärischer Erfolg einem Ende der Geschichte gleich käme. Der Denkfehler bei der politologischen Konstruktion idealtypischer totalitärer Systeme war, dass man nicht berücksichtigte, dass politische Systeme lernen und auf sich ändernde Umweltbedingungen reagieren müssen. Das Problem

totalitärer Systeme ist, dass sie lernunfähig sind, weil Informationen im kritischen, ergebnisoffenen Diskurs verarbeitet werden müssten. Das ideale Modell des totalitären Systems kennt den kritischen Diskurs nicht, und in dem Moment, in dem es ihn zulässt, ist es nicht mehr totalitär. Dann besteht die Gefahr bzw. die Chance, dass es auf diesem Wege des diskursiven Lernens kein Halten mehr gibt, und diese Systeme sich dann entweder lernend verändern oder zusammenbrechen.

Erste Forschungen zum Widerstand gegen sogenannte totalitäre Regime

Über eine Alternative zur atomaren Abschreckung kann man erst nachdenken, wenn man den Begriff des Totalitarismus in Frage stellt und überlegt, ob es Erfahrungen gibt, welche darauf hindeuten, dass er auch anders als militärisch bekämpft und überwunden werden kann.

Als Alternative kam dafür nur die Vorbereitung gewaltlosen Widerstands in Frage. Doch die Kenntnisse auf diesem Gebiete waren unter denjenigen, die sich mit Sicherheitspolitik befassten, minimal oder gar nicht vorhanden. Und es gab auch kaum Anstrengungen, diese Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstands zu erforschen. Aber die Forschungen wurden auch nicht direkt unterdrückt.

Und es zeigte sich so allmählich, dass es im Zweiten Weltkrieg in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten nicht nur eine bewaffnete Résistance, sondern auch gewaltlosen Widerstand gab und dass dieser nicht so einfach unterdrückt werden konnte, sondern in der Lage war, den Herrschenden Grenzen zu setzen. Heute wissen wir über diesen Widerstand sehr viel mehr als zu Beginn der 60er Jahre.

Auch im Blick auf den Aufstand in Ungarn 1956 und im Blick auf den Verlauf des Volksaufstands am 27. Juni 1953 in der DDR konnte man im Westen zur Zeit der Heidelberger Thesen noch sagen: Mit sowjetischen Panzern lässt sich jeder Widerstand unterdrücken. Doch man musste diese Schlussfolgerung nicht mitvollziehen, sondern man konnte weiter fragen: Lassen sich diese Methoden des gewaltfreien Widerstand nicht so weiterentwickeln, dass sie in Zukunft nicht mehr unterdrückt werden können? Dass der Schneider von Ulm in die Donau gefallen ist, hat ja nicht ein für alle mal bewiesen, dass Fliegen für den Menschen unmöglich ist, sondern nur, dass es so nicht geht.

Zu meinem Leben als Friedens- und Konfliktforscher gehörte dann in den nächsten Jahrzehnten, dass ich herauszufinden suchte, wie gewaltfreier Widerstand in unterschiedlichen Situationen funktioniert und speziell,

wie Widerstand gegen Diktaturen sich vorbereiten und durchhalten lässt.

Das lässt sich erforschen. Doch Voraussetzung für den Erfolg dieser Aktionsform ist immer, dass es Menschen gibt, die sich – trotz aller persönlichen Gefahren für die Vorkämpfer dieser Aktionsform – darauf einlassen und nicht nur forschen, sondern das Erforschte auch einüben. Der springende Punkt ist, dass es Gruppen von Menschen gibt, die sagen: Wir wollen ohne Rüstung leben und im Bedarfsfall gewaltfreien Widerstand leisten.

Dieses Forschen und Einüben hat mich mein Leben lang begleitet. Ich hatte ursprünglich vor, diese Stationen Schritt für Schritt zu verfolgen. Ich habe jedoch bei der Auflistung der relevanten Daten erkennen müssen, dass dies zu lange dauern würde.

Rezeption der gewaltfreien Aktion in kirchlichen Kreisen

Ich hatte in Berlin, wohin ich 1966 als Assistent von Ossip Flechtheim gekommen war, die Erfahrung gemacht, dass meine Vorstellungen zur gewaltfreien Aktion in der Innen- und Außenpolitik vor allem in kirchlichen Kreisen günstig aufgenommen wurden.

Ursprünglich hatte ich darum vor, hier auch über meine Erfahrungen in der Zeit der APO – also zwischen 1967 und 1970 – zu sprechen. Mit dem Asta der Kirchlichen Hochschule installierte ich 1967 einen Arbeitskreis für gewaltfreie Konfliktaustragung an der Kritischen Universität. Unser Ziel war es, gewaltfreie Protestformen durchzusetzen. Das war nur partiell erfolgreich. Nach englischem Beispiel bildeten wir ein „Komitee der 100 für die Freiheit Griechenlands“ und protestierten gegen die Junta mit einem Sit-down vor der griechischen Militärmission in der Uhlandstraße.

Wichtig wurde, dass wir in diesem Bemühen von einzelnen Kirchengemeinden, so vor allem von der Gemeinde Alt-Tempelhof-Ost unterstützt wurden. In dieser Gemeinde waren zwei Pfarrer tätig, die sich von Aktion Sühnezeichen kannten, Richard Nevermann und Gerhard Dümchen. Die gewannen mich für die Mitarbeit im Gemeindegemeinderat und das führte schon in kurzer Zeit zu meiner Mitgliedschaft in Kreis-, Regional- und EKD-Synode und schließlich zur 12-jährigen Mitarbeit in der Kirchenleitung der EkiBB. Insgesamt war ich 24 Jahre lang Mitglied von Synoden und leitenden Gremien der Ev. Kirche.

Ich habe in diesen Gremien immer wieder für die Konzepte der gewaltfreien Konfliktaustragung geworben und ich habe dafür mehr Unterstützung gefunden als

in parteipolitischen Organisationen. Ich erkläre mir dies damit, dass es in der Kirche – trotz aller Irrwege – eben doch die jesuanische Tradition der Bergpredigt und auch die Erinnerung an Bonhoeffer gibt – insbesondere auch an die Friedenspredigt von Fanö am 28. August 1934.

Ich will sie in diesem Kreise als bekannt voraussetzen und nur einen Satz zitieren:

„Wer von uns darf denn sagen, dass er wüsste, was es für die Welt bedeuten könnte, wenn ein Volk – statt mit der Waffe in der Hand – betend und wehrlos und darum gerade bewaffnet mit der allein guten Wehr und Waffe den Angreifer empfinde?“

Bonhoeffer konnte auf diese Frage in Fanö keine Antwort geben. Er wollte sie aber suchen. Er plante eine Reise zu Gandhi nach Indien, um vor Ort die Wirksamkeit gewaltfreier Kampftechniken zu studieren.¹

Bonhoeffer kam nicht mehr dazu, diese Frage zu beantworten, weil er die Indienreise aufgegeben hat zugunsten der Ausbildung von Vikaren der Bekennenden Kirche im Predigerseminar in Finkenwalde. Es ist sehr bedauerlich, dass er sich so entscheiden musste. Meines Erachtens hätte er aber die gewaltlosen Widerstandsmethoden auch in Deutschland studieren können.

Es ist nicht so gekommen. Es gab meines Wissens in seiner Umgebung in Finkenwalde niemand, mit dem er solche Fragen hätte erörtern können. Seine pazifistischen Bekannten waren Engländer, Amerikaner und Franzosen. In Deutschland fehlte die friedenskirchliche Tradition weitgehend. Das ist auch ein Erbe Martin Luthers, der im Bauernkrieg und in Münster die bewaffnete Seite des so genannten Schwärmertums kennen gelernt und abgelehnt hatte. Von den Erfahrungen der Quäker und der anderen Friedenskirchen war in Deutschland wenig bekannt.

Doch für die kirchlichen Kreise in der deutschen Friedensbewegung war es nach dem Zweiten Weltkrieg wichtig, dass Bonhoeffer in Fanö immerhin mal gefragt hatte, welche Wirkung es haben könnte, wenn ein Land oder mehrere Länder einseitig abrüsten und sich darauf vorbereiten würden, potentiellen Aggressoren wohlwollend und nicht hasserfüllt zu begegnen.

Man hat über die Predigt Bonhoeffers in Fanö neu nachgedacht, als Anfang der 80er Jahre die Friedensbewegung sich gegen die so genannte Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen wandte. Auch in der Gemeinde Alt-Tempelhof-Ost hat sich eine etwa 12-köpfige Gruppe mit einem Fasten auf die Teilnahme an der Promi-Blockade in Mutlangen vom 1.-3. September 1983 vorbereitet. Und das war nicht die einzige Gruppe, die sich zum Zivilen Ungehorsam gegen die Nachrüstung entschloss. In

beiden Teilen Deutschlands gab es die Friedenswochen bzw. Friedensdekaden und in diesen Wochen wurde intensiv nachgedacht über Alternativen zur militärischen Abschreckung.

Es waren immer wieder kirchliche Gruppen, die mich zu Vorträgen über gewaltfreien Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik einluden. Wir hatten mittlerweile Civilian Defence mit Soziale Verteidigung ins Deutsche übertragen. „Sozial“, weil es nicht in erster Linie um die Verteidigung von Territorien, sondern von sozialen Errungenschaften gehen sollte.

Das Konzept des Zivilen Friedensdienstes als Alternative

Trotz unserer Sympathie für die Bürgerrechtsbewegung in der DDR überraschte der Fall der Mauer auch uns. Einerseits war dieser gewaltfreie Aufstand ein Riesenerfolg für die gewaltfreie Strategie, aber andererseits war – noch bevor wir die Alternative zur militärischen Verteidigung aufgebaut hatten – über Nacht die totalitäre Bedrohung verschwunden.

In der Friedensbewegung hörte man die Parole „BoA! BoA!“ Bundesrepublik ohne Armee. Doch da hatten sich einige zu früh gefreut. Die NVA wurde zwar liquidiert, aber die NATO bestand fort und dehnte sich aus – sogar in Länder, in denen die Demokratien mittels zivilem Widerstand gegen Staatsstrieche verteidigt worden waren. In Litauen, Lettland und Estland hatten unbewaffnete Bürger die Parlamente geschützt. In Moskau scheiterte ein Staatsstreich am unbewaffneten Widerstand gegen Panzer. Traumhaft. Doch es änderte nichts an dem Festhalten der Regierungen an der Armee. Und es kam ja noch schlimmer. Nachdem die Atomkriegsgefahr entfallen war, kam es erneut zu Interventionskriegen mit sehr fragwürdigen Rechtfertigungen.

Auch in kirchlichen Gremien wurde früh darüber nachgedacht, was zu geschehen hätte, nachdem es für die Armee eigentlich keinen Verteidigungsauftrag mehr gab.

Ich war Mitglied der wiedervereinigten Kirchenleitung der EKIBB. An uns wurde von der Synode die Frage gerichtet, was wir von out of area-Einsätzen der Bundeswehr hielten. Bischof Forck reagierte schroff: „Wir sind dagegen.“ Mir ging es ähnlich, aber mir war klar: Wenn wir nur Nein sagen, ändert dies wenig. Wir brauchen eine konstruktive Antwort auf die neuen Herausforderungen.

Das führte binnen Jahresfrist zu dem Konzept des Zivilen Friedensdienstes. Die Grundidee war, dass den Wehrpflichtigen eine dritte Option eröffnet werden sollte. Bisher konnten sie entweder den Militärdienst leisten

oder aber den Kriegsdienst verweigern und dann einen Zivilen Ersatzdienst leisten; nunmehr sollten sie sich auch für eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung entscheiden können. Dieser Zivile Friedensdienst sollte sich um die gewaltfreie Verteidigung, um den inneren Frieden in der Auseinandersetzung mit gewalttätigen Extremisten rechter und linker Couleur und auch um Auslandseinsätze kümmern.

Ich habe 2007 eine Studienreise ins ehemalige Jugoslawien unternommen und konnte feststellen, dass diese Friedensfachleute gute Arbeit machen, aber aufgrund ihrer geringen Zahl nicht viel bewirken können und praktisch kein Instrument deutscher Politik darstellen.

Wir hatten ursprünglich die Hoffnung, dass mit dem Zivilen Friedensdienst Erwachsene jeden Alters und Geschlechts eine Grundausbildung in gewaltfreier Konfliktaustragung erhalten und dann je nach ihren speziellen Begabungen sich auch in verschiedenen Konfliktsituationen einsetzen könnten. Ähnlich wie bei den Soldaten sollten innerhalb weniger Jahre Zehntausende von einsatzfähigen Mitgliedern des Zivilen Friedensdienstes vorhanden sein. Das hätte auch auf dem Gebiete der Ausbildung und des Einübens im In- und Ausland erheblicher personeller und finanzieller Anstrengungen bedurft – ähnlich denen für Militär und Rüstung.

Ich fand es fatal, dass die Kirche klein bei gegeben hat und das kirchliche Establishment – zum Beispiel auch in der Person Wolfgang Hubers, der in Heidelberg als Friedensforscher gewirkt hatte – im Blick auf den Zivilen Friedensdienst nicht mehr von einer Alternative zum Militär, sondern von einer Ergänzung sprach. Vielleicht dachte Huber: Besser als nichts, und damit haben wir wenigstens den Fuß in der Tür. Es gibt heute die schöne Rede vom „Vorrang für zivil“ und im Deutschen Bundestag sogar den neuen Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“.² Doch wenn es hart auf hart kommt, wird zurzeit mehr und mehr Militär und Polizei abkommandiert – ob nun bei innenpolitischen Auseinandersetzungen mit Rechts- und Linksextremisten oder bei Auslandseinsätzen im Kosovo, in Afghanistan oder in Mali.

Ich will nicht sagen, dass die Suche nach einer Alternative zum Militär tot ist, aber gegenwärtig fehlt der Suche jeglicher Nachdruck. Darum habe ich eingangs auf die Lücke im Wahlkampfprogramm der SPD hingewiesen. Die Lage ist nicht hoffnungslos. Es gibt wahrscheinlich in allen Parteien Menschen, die sich einen effektiven Zivilen Friedensdienst wünschen – auch bei der CDU/CSU und der FDP. Ute Finckh, die Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung, ist Direktkandidatin der SPD in Berlin und es gibt auch bei der Linken und bei den Grünen

ganz dezidierte Befürworter eines umfassenden Zivilen Friedensdienstes. Vielleicht verbinden sie sich auch noch fraktionsübergreifend, wie es die Frauen jetzt getan haben, um ihre Zahl in den Aufsichtsräten der großen Unternehmen zu steigern. Ich erinnere mich noch gut daran, dass Heiner Geißler einer der ersten war, der sich in der CDU für den Zivilen Friedensdienst einsetzte und ich habe bei der Friedrich-Naumann-Stiftung früher des Öfteren über Soziale Verteidigung gesprochen. Man weiß nie so genau, wann die Samen, die man ausstreute, aufgehen.

Wir sollten in der Diskussion über Widerstände und Chancen reden, den Zivilen Friedensdienst auszubauen und ihn an die neue Situation nach der Abschaffung bzw. Aussetzung der Allgemeinen Wehrpflicht anzupassen. Wir müssen darüber reden, woran es liegt, dass im Moment der Nachdruck fehlt. Ich will mit dieser Frage aufhören. Ich sage nicht mit Brecht: Der Vorhang zu und alle Fragen offen. Es ist ganz anders: Wir haben jetzt den freien Blick auf die neuen Möglichkeiten gewaltfreier Politik, und doch haben wir Angst, dieses vor uns liegende, weite Land zu betreten. Wir wollen nicht weg von den Fleischtopfen Ägyptens. Das ist furchtbar traurig – und ich wünschte, das ließe sich noch ändern, bevor wir feststellen müssen, dass wir das Heidelberger „noch“ unzulässig verlängert und versäumt haben, das Rettende zu tun.

Anmerkungen

- 1 Karl Martin (Hg.): Bonhoeffer in Finkenwalde, Wiesbaden-Berlin Fenestra Verlag, 2012, S. 742-747.
- 2 Ute Finckh-Krämer und Jan-Thilo Klimisch: „Vorrang für zivil“ im Parlament. Zur Arbeit des neuen Unterausschusses Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit im Deutschen Bundestag, Berlin, Aphorisma-Verlag 2012, 47 S.

JAKOB KNAB (ViSDP)

MITTEILUNG AN DIE PRESSE
ZUM 1. SEPTEMBER 2013 (ANTIKRIEGSTAG)

Judenretter Anton Schmid: Ein sinnstiftender Traditionsgeber!

Aufruf, eine Liegenschaft der Bundeswehr nach Feldwebel Anton Schmid (1900-1942) zu benennen

Seit ihrer Gründung vor nunmehr fast 60 Jahren gibt es im Traditionsverständnis der Bundeswehr Widersprüche. Heute noch sind Kriegshelden und Heerführer von

Hitlers Wehrmacht (u. a. Fritsch, Lent, Marseille („Stern von Afrika“) und der „Panzer-Schulz“) traditionswürdig. Entscheidende Anstöße zur Reform der Traditionspflege, die sich in der Umbenennung von Kasernen, die nach Nazi-Militärs wie u. a. Dietl, Kübler, Rodenwaldt benannt waren, äußerten, kamen nicht aus der Bundeswehr, sondern aus der Zivilgesellschaft. Traditionspflege ist Geschichtspolitik.

Am 8. Mai 2000 erhielt eine Kaserne in Rendsburg den Namen *Feldwebel Anton Schmid* (1900-1942). Im Zuge der Truppenreduzierung wurde diese Liegenschaft inzwischen aufgegeben, womit auch der Traditionsname Anton Schmid erlosch.

Im Gegensatz zu den immer noch traditionswürdigen Kriegshelden und Heerführern von Hitlers Wehrmacht steht der Name „Feldwebel Schmid“ für Zivilcourage unter extremen Bedingungen sowie für eine humane Orientierung. Der Umgang der Bundeswehr mit dem Judenretter Anton Schmid zeigt: Bis heute hat die Truppe keine klare Haltung zur NS-Geschichte gefunden.¹ Es zeugt vom mangelnden politischen Willen, Signale für eine demokratisch legitimierte Traditionspflege zu geben. Dabei sprechen die gültigen Richtlinien vom September 1982 ein klare Sprache:

„Ein Unrechtsregime wie das Dritte Reich kann Tradition nicht begründen. Kasernen und andere Einrichtungen der Bundeswehr können mit Zustimmung des Bundesministers der Verteidigung nach Persönlichkeiten benannt werden, die sich durch ihr gesamtes Wirken oder eine herausragende Tat um Freiheit und Recht verdient gemacht haben.“

Eine Neubenennung „Feldwebel-Schmid-Kaserne“ könnte zur Herausbildung einer anknüpfungsfähigen Erinnerungskultur innerhalb der Bundeswehr beitragen. Wir verweisen auf diese neue Biographie: Wolfram Wette, *Feldwebel Anton Schmid. Ein Held der Humanität*, Frankfurt am Main 2013.

Der erste „Retter in Uniform“, der in Deutschland bekannt wurde, war der aus Wien stammende Feldwebel Anton Schmid. Sein Name fiel während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem. Dem staunenden Publikum im Gerichtssaal berichtete der ehemalige Kommandeur jüdischer Partisanen, Abba Kovner, dass es 1941/42 in der litauischen Stadt Wilna „eine der“, wie er sagte, „seltensten und verblüffendsten Episoden dieser Zeit“ gegeben habe. Ein deutscher Feldwebel namens Schmid habe eine größere Anzahl von Juden gerettet und sogar mit dem jüdischen Widerstand zusammengearbeitet. Er sei aufgefliegen und hingerichtet worden. Heute wissen wir Genaueres: Feldwebel Anton Schmid war in Wilna Leiter

einer Versprengten-Sammelstelle, an die auch Werkstätten der Wehrmacht angegliedert waren. Er hatte schon vor dem Kriege verfolgten Juden geholfen und blieb auch unter den Bedingungen des Vernichtungskrieges ein anständiger Mensch. Er empörte sich über die Judenmorde und tat – unter konspirativen Bedingungen – alles, was in seinen Kräften stand und – kein Risiko scheuend – um möglichst viele von ihnen zu retten. Seine kleine, im Windschatten der vorgesetzten Feldkommandantur Wilna arbeitende Dienststelle eröffnete Schmid, nachdem er sich einmal zur Hilfe und Rettung entschlossen hatte, mehrere Handlungsmöglichkeiten: Indem er eine gewisse Anzahl von Juden als Handwerker in der Versprengten-Sammelstelle beschäftigte, schützte er sie vor Deportation und Erschießung in einem Wald beim nahe gelegenen Dorf Ponary. Etwa 300 Juden soll er mit einem Wehrmacht-Lastkraftwagen von Wilna weg in sicherere Städte im benachbarten Weißrussland gebracht haben. Schließlich unterstützte er auch den jüdischen Widerstand, der sich Ende 1941 in Wilna zu organisieren begann. Nach mehrmonatiger Rettungstätigkeit wurde Feldwebel Schmid denunziert, verhaftet, vor ein Feldkriegsgericht gestellt, zum Tode verurteilt und erschossen. Gerettete sagten über ihn: „Für uns war er so etwas wie ein Heiliger.“²

Die Unterzeichner bitten den Bundesminister der Verteidigung, eine Liegenschaft der Bundeswehr nach Feldwebel Anton Schmid neu zu benennen.

Erstunterzeichner:

Dr. Detlef Bald, München
Ludwig Baumann, Bremen
Dr. h. c. Ralph Giordano, Köln
Prof. Dr. W. Gessenharter, Buxtehude
Prof. Dr. M. Messerschmidt, Freiburg i. Breisgau
Prof. Dr. Peter Steinbach, Mannheim
Prof. Dr. Johannes Tuchel, Berlin
Brigadegeneral a. D. Winfried Vogel, Bad Breisig
Prof. Dr. Wolfram Wette, Waldkirch

Unterstützerliste:

Prof. Dr. Andreas Maislinger, Innsbruck / Günter Knebel, Bremen / Hermann Theißen, Köln / Prof. Dr. Roman Anton Siebenrock, Innsbruck / Prof. Dr. Frank McDonough, Liverpool / Reinhard Jung (Stiftung Die Schwelle), Bremen / Prof. Dr. Anton Pelinka, Wien und Budapest / Pastor Helmut Homfeld, Rendsburg / Dr. Doron Rabinovici, Wien / Dr. Hanno Loewy, Jüdisches Museum Hohenems / Sir Richard Evans, President Wolfson College, Cambridge / Paul Schäfer MdB, Köln / PD Dr. Heidemarie Uhl, Wien / Prof. Dr. Peter Gstettner, Klagenfurt / Dr. Igor Chramow (Eurasia-Stiftung), Orenburg (Ural) / Pfarrer Hubert Ratzinger, Großaitingen / Kurt Langbein, Wien / Vizekanzler a. D. Dr. Erhard Busek, Wien

Anmerkungen

- 1 <http://www.zeit.de/2012/16/Anton-Schmid>
- 2 <http://www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Veranstaltungen/WetteRettungswiderstand20130719.pdf>

DR. SYLVIE THONAK

Offener Brief

- **An den Vorsitzenden des Rates der EKD
Dr. h. c. Nikolaus Schneider**
Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover
- **An alle Mitglieder des Rates der EKD
über das Büro des Ratsvorsitzenden**
Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover
- **An alle Mitglieder der Synode der EKD
über die Geschäftsstelle der Synode der EKD**
Herrenhäuser Str. 12, 30419 Hannover
- **An den epd, Evangelischer Pressedienst Zentralredaktion**
Postfach 500550, 60394 Frankfurt am Main

Erstmals ein hauptamtlicher
evangelischer Militärbischof
für die evangelische Seelsorge
in der Bundeswehr?

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 01.07.2013 wurde öffentlich: Der ev. Militärbischof Martin Dutzmann, damals hauptamtlicher Landessuperintendent der drittkleinsten deutschen ev. Landeskirche in Lippe, legt sein Nebenamt als evangelischer Militärbischof nieder. Um eine Vakanz zu vermeiden, vertritt er sich selbst, bis ein neuer Militärbischof eingesetzt wird. Aus Kirchenkreisen heißt es, dass die EKD Ausschau nach einem *hauptamtlichen* evangelischen Militärbischof hält. Angeblich sei bisher kein leitender Geistlicher einer kleinen Landeskirche bereit, diese Aufgabe nebenamtlich zu erfüllen. Ein hauptamtlicher Militärbischof wäre ein Novum sowohl in der Geschichte der Bundeswehr als auch der ev. Kirche. Die Vorteile liegen auf der Hand, ein Hauptamtlicher hat mehr Zeit. Sorgen bereiten die Nachteile. Sie werfen ernste Bedenken auf:

1) Die Frage der Finanzierung und der innerkirchlichen Signalwirkung angesichts von Sparmaßnahmen

Ist die Schaffung eines hauptamtlichen ev. Militärbischofsamt für ca. 97 evangelische Militärpfarrämter in Zeiten

finanziell bedingter Kirchenfusionen ein geeignetes symbolpolitisches Signal? Wer soll diesen hauptamtlichen Militärbischof auf Augenhöhe mit dem Verteidigungsminister bezahlen? Traditionsreiche ev. Landeskirchen mussten in jüngster Zeit aus wirtschaftlichen Zwängen ihre Eigenständigkeit aufgeben und fusionieren – wie man an der Nordkirche oder an der Ev. Kirche Mitteldeutschlands sehen kann.

Auch in der Lippischen Landeskirche gibt es Überlegungen zu einer Fusion aus wirtschaftlichen Gründen. Martin Dutzmann hat das Amt als leitender Geistlicher dieser Landeskirche niedergelegt und begnügt sich nun außerhalb seiner Landeskirche mit einem Prälatenamtsamt. Die Schaffung eines neuen *hauptamtlichen* Militärbischofsamtes durch die EKD könnte das Gefühl zunehmender *Entsolidarisierung* einzelner finanziell besser gestellter Arbeitsbereiche gegenüber weniger privilegierten kirchlichen Arbeitsgebieten verstärken. Innerkirchlich wird die überbordende Hierarchie- und Verwaltungsstruktur der Militärseelsorge als Problem empfunden. Für ca. 90 bis 97 ev. Militärpfarrämter stehen in Berlin ca. 53 Mitarbeiter/innen zur Verfügung; ca. 37 im Ev. Kirchenamt für die Bundeswehr, welches als staatliche Behörde dem Verteidigungsministerium untersteht, und weitere ca. 16 Mitarbeiter/innen, die den zusätzlichen kirchlichen Haushalt für die ev. Seelsorge für die Bundeswehr (HESB) verwalten. Zusätzlich werden die ca. 90 bis 97 ev. Standortpfarrämter noch von vier regionalen Militärdekanaten in den Wehrbereichen mit jeweils einem leitenden Wehrbereichsdekan, sowie weiteren Verwaltungsbeamten und Schreibkräften verwaltet.

2) Die Glaubwürdigkeitskrise der Kirche und die Frage nach der symbolpolitischen Außenwirkung

In Zeiten der medialen Inszenierung von Finanzskandalen haben es die Kirchen nicht leicht. Wäre es klug, jetzt erstmals einen hauptamtlichen ev. Militärbischof für die Seelsorge in der Bundeswehr zu berufen? Es wäre ja nicht zwingend notwendig, dass ein nebenamtlicher Militärbischof gleichzeitig leitender Geistlicher einer nach Möglichkeit kleinen Landeskirche sein muss, es könnte ja auch ein Regionalbischof oder eine Regionalbischöfin oder sonst eine friedensethisch versierte Person sein. Die letzten ev. Militärbischöfe waren leitende Geistliche von eher kleinen Landeskirchen. Aus dem Umfeld der Bundeswehr hört man immer wieder den Wunsch nach einem standesgemäßen Militärbischof aus einer möglichst großen Landeskirche. Wichtiger als die Größe einer Landeskirche wäre doch wohl die friedensethische Kompetenz der zukünftigen ev. Militärbischöfin oder des zukünftigen ev. Militärbischofs?

3) Die Anfrage an das ev. Kirchenverständnis: Die Militärseelsorge ist keine Kirche

Die Militärseelsorge ist *keine eigenständige evangelische „Kirche“*, es gibt weder eine gewählte Synode noch gewählte Kirchengemeinderatsgremien. Vielmehr wird die ev. Militärseelsorge als *Gemeinschaftsaufgabe* aller Gliedkirchen der EKD wahrgenommen. Andere Gemeinschaftsaufgaben der EKD werden nach außen nicht zwingend durch einen Bischof, sondern durch einen Beauftragten des Rats der EKD vertreten. So nimmt z.B. der leitende Geistliche der Bremischen Ev. Kirche das Amt des Friedensbeauftragten des Rats der EKD wahr. Als Beauftragter des Rats der EKD für den Johanniterorden ist ein Hochschullehrer tätig. Als Medienbeauftragter arbeitet ein Oberkirchenrat. Für die ev. Seelsorge in der Bundespolizei gibt es keinen „Polizeibischof“, sondern einen Beauftragten des Rates – derzeit der leitende Geistliche der kleinsten Gliedkirche der EKD in Schaumburg-Lippe.

4) Die theologische Frage nach der Freiheit des prophetischen Wächteramts

Laut Militärseelsorgevertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der EKD aus dem Jahr 1957 hat die Bundesregierung bei „schwerwiegenden Einwendungen“ eine Art Widerspruchsrecht gegen eine vom Rat der EKD für das Amt des Militärbischofs vorgeschlagene Person: „Vor der Ernennung tritt der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Bundesregierung in Verbindung, um sich zu versichern, dass vom staatlichen Standpunkt aus gegen den für das Amt des Militärbischofs vorgesehenen Geistlichen keine schwerwiegenden Einwendungen erhoben werden.“ (Artikel 11, Abs. 1). Ein nebenamtlicher Militärbischof ist in erster Linie leitender Geistlicher seiner Landeskirche, die den größten Teil seines Gehalts bezahlt. Nur die Gehaltsaufstockung für das Nebenamt des Militärbischofs speist sich aus anderen Quellen. Die hauptamtliche Anbindung an eine Landeskirche kostet zwar Zeit, ermöglicht aber auch zivilkirchliche Bodenhaftung. Diese Konstruktion scheint etwas besser geeignet zu sein, die Freiheit zum prophetischen Wächteramt zu wahren: Der geistliche Leiter der ev. Militärseelsorge muss die Freiheit haben können, ggf. unbequem in seinen ethischen Stellungnahmen zu sein. Ein hauptamtlicher Militärbischof begäbe sich in ambivalente Abhängigkeiten: Gesetzt den Fall, die Bundesregierung möchte z.B. aufgrund seiner als unbequem empfundenen friedensethischen Äußerungen nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten, so könnte sie den Rat der EKD indirekt zur Abberufung eines hauptamtlichen Militärbischofs nötigen, indem sie z.B. alle von diesem Militärbischof vorgeschlagenen Militärgeistlichen ablehnt.

Früher oder später müsste ihn der Rat der EKD abberufen. Ein hauptamtlicher Militärbischof stünde ohne Amt da und müsste ggf. vom Rat der EKD irgendwo „untergebracht“ und versorgt werden. Im Gegensatz dazu wäre ein nebenamtlicher Militärbischof wesentlich freier, denn auch im Falle seiner Abberufung als Militärbischof wäre er weiterhin leitender Geistlicher seiner Landeskirche und würde nur ein Nebenamt verlieren. Die Freiheit zum prophetischen Wächteramt kann man in Zeiten nicht unumstrittener Militäreinsätze nicht hoch genug schätzen.

Vielleicht könnte ein Ausweg aus den o. g. Dilemmata eine sachlich begründbare Personalunion des nebenamtlichen Friedensbeauftragten und des neu zu berufenden nebenamtlichen Militärbischofs sein, denn die ev. Militärseelsorge ist neben der zivilen Friedensarbeit ein zentraler Bereich der Friedensarbeit der EKD. Für die ev. Militärseelsorge sollte *keine eigengesetzliche Sonderethik* gelten, sondern die gleichen ethischen Grundsätze wie in der zivilen Friedensarbeit der EKD. Bereits in der Vergangenheit waren der Friedensbeauftragte der EKD und der ev. Militärbischof oft gemeinsam auf Podien vertreten, auch die Pastoralreise nach Afghanistan im Jahr 2011 haben sie gemeinsam unternommen.

Es geht um das protestantische Kirchenverständnis und um die Ernsthaftigkeit, heute eine klare Beziehung zwischen Kirche und Staat bzw. zwischen Kirche und Militär herbeizuführen.

Diese Überlegungen habe ich aus Sorge um die Zukunft der ev. Militärseelsorge als Teil der Friedensarbeit der EKD formuliert und möchte sie Ihnen ans Herz legen. In der Hoffnung, dass sie bei Ihren Entscheidungen über die Zukunft der Militärseelsorge Berücksichtigung finden, verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Sylvie Thonak



Antje Vollmer
und Lars-Broder Keil

Stauffenbergs Gefährten

Das Schicksal der
unbekannten Verschwörer

Erschienen am 25. Februar 2013 – 256 Seiten
mit zahlreichen Abbildungen, gebunden, ca. 19,90 €.
ISBN 978-3-446-24156-5

Verfemt, ignoriert, vergessen – dieses Schicksal traf nicht wenige Menschen, die in Deutschland gegen Hitler Widerstand geleistet haben. Antje Vollmer und Lars-Broder Keil porträtieren einfühlsam und kenntnisreich einige Verschwörer des 20. Juli.

Das Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wird vor allem mit dem Namen Stauffenberg verbunden. Viele andere der damals beteiligten Widerständler haben im Vergleich dazu bis heute nicht die ihnen gebührende Aufmerksamkeit und Würdigung erfahren. Dabei wären ohne ihren Einsatz die Planung und der Versuch eines Staatsstreichs nicht möglich gewesen. In zehn Porträts stellen die beiden Autoren einige dieser Widerstandskämpfer gegen Hitler vor. Sie beschreiben deren Handeln und Beweggründe sowie das Schicksal ihrer Familien. So erweitern sie den Blick auf die durchaus verschiedenen Ursprünge des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Antje Vollmer ist promovierte Theologin und war viele Jahre Bundestagsabgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen. Von 1994 bis 2005 amtierte sie als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Sie hat außerdem mehrere Bücher verfasst, zuletzt 2010 *Doppelleben. Heinrich und Gottliebe von Lehndorff im Widerstand gegen Hitler* und *von Ribbentrop*.

Lars-Broder Keil ist Redakteur im Ressort Innenpolitik der WELT-Gruppe und beschäftigt sich intensiv mit zeitgeschichtlichen und literaturhistorischen Themen. Zuletzt erschien von ihm *Mord an der Mauer. Der Fall Peter Fechter* (mit Sven Felix Kellerhoff, 2012).

Hanser Berlin im Carl Hanser Verlag
Friedrichstraße 210 · 10969 Berlin · Tel. +49 30 2529480-0

III. Vereinsnachrichten und Vermischtes

Vorbemerkung zur Auswahl der Artikel/Dokumentationen: Es hat sich im Laufe der Zeit als sinnvoll erwiesen, den vorangestellten thematischen Schwerpunkten unserer Zeitschrift „Vereinsinformationen“ und „Vermischtes“ dergestalt beizugesellen, dass neben den klassischen „Buchrezensionen“ die „werte Leserschaft“ zusätzlich sowohl über den inneren Dialog in unserem Verein unterrichtet wird als auch weiterhin kürzere Vorträge/ Artikel von Vereinsmitgliedern und Sympathisanten unseres Vereins dokumentiert werden. Das kann (so hoffe ich zum mindesten!) die vereinsinterne Diskussion fördern.

In diesem Sinne präsentieren wir Ihnen (1.) eine „Nachlese zur Frühjahrstagung in Erfurt und zur ‚Verantwortung‘ Nr. 51“, sowie (2.) die Verabschiedung unserer verdienten Schriftführerin Irmela Milch, dann (3.) und (4.) zwei Vorträge (Artikel von Vereinsmitgliedern und Sympathisanten), dann (5.) drei Briefe eines Vereinsmitgliedes, aus denen mögliche unterschiedliche Zielsetzungen der ibg und des dbv (aus Sicht des Vereinsmitgliedes) hervorgehen, (6.) wie gewohnt eine Buchbesprechung unseres Mitgliedes H.-U. Oberländer, (7.) eine freundliche Rückmeldung zum Thema Kirchensteuer und schließlich (8.) meine Kurzbesprechung eines neuen Buches (Bildband) von Eric Metaxas. So unterschiedlich die einzelnen Artikel/Dokumentationen auch sind, ich empfehle sie Ihnen allen zur freundlichen Kenntnisnahme.

RED

Eine kleine Nachlese zur Frühjahrstagung über Bonhoeffers Kirchen- und Gemeindeverständnis

AXEL DENECKE

1. Ein fataler Tippfehler, den keiner bemerkt hat – KORREKTUR! KORREKTUR!

Ich könnte mich selbst nur ohrfeigen. Ist mir doch bei Drucklegung meines Vortrages in Erfurt (dort aus Krankheitsgründen nicht gehalten) ein wirklich unverzeihlicher Fehler unterlaufen, den niemand bemerkt hat, der aber den Sinn meines Vortrages auf den Kopf stellt.

Mein Vortragsthema (vgl. Verantwortung Nr. 51, S. 7) lautete „Das Kirchenverständnis Bonhoeffers“. Das ist zunächst ganz richtig. Der Untertitel, der dann folgt, ist aber völlig sinnentstellend. Er lautet bisher:

„Christus als Gemeinde existierend“ heißt: Kirche als Gemeinde existierend – „Kirche für andere“ heißt: Christus für andere!

Das stimmt im weiteren Sinne natürlich auch, im Duktus meiner Ausführungen muss der Untertitel jedoch – durchaus provokativer als der eben genannte – lauten:

„Christus als Gemeinde existierend“ heißt: Christus als Kirche existierend – „Kirche für andere“ heißt: Gemeinde für andere!

Was damit genau gemeint ist, kann man auf S. 8-9 nachlesen. Keiner hat's bisher gemerkt, ich selbst bin nur zufällig darauf gestoßen und hab' mir an den Kopf gefasst.

Aber vielleicht ist es ja ganz gut, dass ich jetzt so deutlich diese Korrektur anmelden muss. Dadurch wird noch einmal besonders auf meine Spitzthese aufmerksam gemacht. Sie hat ja (das weiß ich aus persönlichen Gesprächen) nicht nur eitel Zustimmung gefunden, (gerade auch im Vorstand des dbv nicht), denn meine Behauptung, „Kirche“ und „Gemeinde“ werden bei Bonhoeffer weithin synonym gebraucht, und die weitere Behauptung, „Kirche“ ist nicht überwiegend negativ und „Gemeinde“ nicht überwiegend positiv konnotiert, gefällt nicht jedem.

JOSEF GÖBEL

2. Bonhoeffers Kirchen-Vermächtnis Eine Rückmeldung zu Axel Deneckes Darlegungen in „Verantwortung“ Nr. 51, S. 11

Im Alter wird man – fühlt man sich – aufgefordert, ein Vermächtnis zu hinterlegen. Sofern man etwas zu vermachen hat, wird darauf gewartet. Amtsträger und Besitzer haben etwas zu vermachen – und diese Vermächtnisse finden Beachtung. Bloße, besitz- und machtlose Einsichten, die man vermachen könnte, erscheinen bedeutungslos, Alterseinsichten können dann auch als depressive Senilität abgetan werden.

Diese kann man Bonhoeffer nicht unterstellen. Aber sein Lebenslauf muss ihm wohl selbst wie im Zeitraffer vor-

gekommen sein, in dem er sich schneller vor das Ende seines Lebens und seiner Einsichten gestellt sah.

Die Schlussbemerkungen von Axel Deneckes Vortrag scheinen mir von Bedeutung – auch für uns selbst, wenn wir von Besitz und Position entkleidet sind. – Gilt das mehr oder weniger, was dann zu sagen ist?

Man kann eines ganzen Lebens Weile meinen, ein Instrument gefunden zu haben, mit dem man etwas ausrichten kann angesichts der Nöte und Hoffnungen. Auch Bonhoeffer sah dafür das Instrument Kirche geeignet. Die Rede von 1934 ist ein beredtes Zeugnis: Wenn wir alle Christen dazu bringen, den Frieden als status confessionis anzuerkennen. Er musste hinnehmen, dass jeder das Instrument anders benutzt. – Die Zeit der Tatsachenreligion war lange vorbei, wo die Kirche zugleich eine handfeste politische Institution war mit allen negativen Folgen.

Aber auch die Zeit der Bekenntnisreligion scheint dahin, in der man glaubte, das aufgelöste Tatsachengebäude im gemeinsamen Bekenntnis festmachen zu können – aber es ließ sich nur durch Autoritäten festmachen (am deutlichsten in der Formel: cuius regio eius religio). Dass das nicht lange andauern konnte, war deutlich und kulminierte in der Kirchenfixierung der 20er Jahre.

„Die Kirche erwacht in den Seelen“ (Guardini) – war die Hoffnung – eben auch Bonhoeffers, vergessend, dass ein sich immer zeitbedingt gebendes Instrument nicht Ziel, schon gar kein Lebens-, Glaubensziel sein kann.

Friedensstiftend, lebensfördernd kann Religion heute wohl nur sein, wenn sie konsequent und bescheiden zur Bildhaftigkeit aller religiösen Aussagen steht, woraus sich kein einmütiges Bekenntnis, schon gar kein gesellschaftspolitisches ableiten lässt – aber hoffend darauf, dass viele in den Bildern die Aufforderung zur Nachfolge herauslesen.

Gesellschaftliche Regelungen müssen wir im Rahmen der Gesamtgesellschaft erringen, zu denen die Kirchen am ehesten einen Beitrag leisten, wenn sie sich auf diese Rolle der Bildbewahrer beschränken. Die uralte Diskussion von der sichtbaren und/oder unsichtbaren Kirche wies ja offenbar schon immer die Richtung: Dass sich die Gestalt der Kirche verflüssigen muss – damit sie nicht mit zu festen Rahmen das Bild verstellt. Diese „Unsichtbarkeit“, nicht die fehlende gesellschaftliche und religiöse Einmütigkeit, macht uns dann wirklich kaputt.

Das hieße wohl heute auch den Verzicht auf eigene Kirchengesetze und auf eigene gesellschaftspolitische und ethische Festlegungen. – Das hieße vor allem den Verzicht auf jegliche Dogmatisierung konkreter kirchlicher

Erscheinungsweisen von Amtskirche bis zur Gemeindegemeinde (wenn auch darüber gestritten werden muss). Entscheidend wäre, dass das Geheimnis gehütet wird, das „Bild vom Vater“, das uns wie Bonhoeffer und andere vor uns anstiftet zur unausweichlichen Nachfolge als Einzelner, ja als Einsamer mit vielen Wirkungen auf die Gesellschaft.

KARL MARTIN

Laudatio auf Irmela Milch¹

Liebe Irmela,

wir wollen Dir heute Danke sagen für eine langjährige Mitarbeit im Vorstand des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins. Du bist von 2003 bis 2013 Mitglied im Vorstand des Vereins gewesen und hast das Amt der Schriftführerin ausgefüllt.

Aber unsere Zusammenarbeit begann viel früher. 1984 kam ein junger Pfarrer nach Wiesbaden-Sonnenberg. Du warst im Gemeindebüro als Gemeinsekretärin angestellt. Bei der Amtseinführung des Pfarrers sagte dessen Vater, „mein Sohn produziert viel Papier“. Du hast dies dann bald erfahren müssen, denn der Sohn fing an, Dir Briefe in Sachen „Militärseelsorge“ zu diktieren. Es waren viele Briefe, mit denen die Reform der Militärseelsorge vorangebracht werden sollte. Jeden Tag



kam es zu einem merklichen „Postausstoß“ – so nannten wir das Tageswerk, das wir täglich zum Briefkasten brachten.

Hinter dem Thema „Militärseelsorge“ stand der Bonhoeffer-Verein – ganz schüchtern und bescheiden hielt sich der Verein anfangs aber zurück. Doch allmählich wuchs das Interesse in der Gemeinde, und wir fingen an, in Sonnenberg Tagungen des Bonhoeffer-Vereins durchzuführen. Als Referenten hatten wir zu Gast Christian Gremmels, den Vorsitzenden der Internationalen Bonhoeffer-Gesellschaft, Renate Bethge, die Frau des Bonhoeffer-Freundes Eberhard Bethge, Martin Stöhr von der Martin-Niemöller-Stiftung und viele andere. Einmal führten wir eine Bonhoeffer-Veranstaltung zusammen mit dem damaligen Propst Friedrich Weber durch – das Gemeindehaus war gerammelt voll.

Was hat das alles mit Irmela Milch zu tun? Man muss wissen, dass Irmela nicht nur vor der Schreibmaschine saß – anfangs war es wirklich noch die alte Schreibmaschine, erst später traten an ihre Stelle erst die Brother und schließlich der Computer. Irmela hat auch viele andere Aufgaben wahrgenommen. Sie beherrschte viele praktische Handgriffe wie das Vervielfältigen mit Matrizen, das Verkleinern und Vergrößern von Texten und Bildern, das Adressenschreiben und Eintüten. Auch ein Tässchen Kaffee und etwas Gebäck gehörten zum Service. Sie konnte sehr gut telefonieren – immer freundlich, immer zu einem hilfreichen Wort oder einer hilfreichen Geste bereit.

Sie war Ansprechpartnerin für alle, die in das Gemeindebüro kamen. Bei der Vorbereitung von Veranstaltungen war sie in der Küche tätig oder bei der Garderobe

oder beim Schriftentisch oder beim Kaffeeauschenken oder beim Vorlesen eines Textes oder bei der Begrüßung eines Gastes – und diese Fähigkeiten kamen auch dem Bonhoeffer-Verein zugute. Weil Irmela sich als bewusste Christin versteht, entwickelte sie zusehends ein Interesse an der Person und der Theologie Dietrich Bonhoeffers. Anfangs dachte ich, Bonhoeffer ist vielleicht zu schwierig für eine normale Gemeinde. Aber bald merkte ich, dass er eine wichtige Brücke zwischen uns Christen sein kann.

Und dann kam der Punkt, wo Irmela aus ihrer positiven Einstellung zu Dietrich Bonhoeffer auch nach außen keinen Hehl mehr machte. Es war das Jahr 1997. Kirchenvorstandswahl. In Sonnenberg war es zu einem Konflikt gekommen. Irmela Milch bereitete eine Extra-Ausgabe des Gemeindebriefes vor – bei der Herstellung von Gemeindebriefen hatte sie besonderes Geschick. Der Umgang mit Schere und Klebstoff ermöglichte es ihr, ein perfektes Layout anzufertigen. In dem Gemeindebrief war noch eine Stelle frei. Irmela wollte diese Lücke füllen und suchte ein schönes Zitat, um es dort zu platzieren – und fand es bei Dietrich Bonhoeffer. Das Zitat lautete: „Nicht durch Zertrümmerung, sondern durch Versöhnung wird die Welt überwunden.“

Das Zitat schlug ein wie eine Bombe. Einige fühlten sich durch das Zitat aufs größte angegriffen und verletzt. Sie vermuteten, dass das Zitat aus böser, hinterhältiger Absicht ausgesucht worden sei. Irmela erklärte, sie habe das Zitat-Aussuchen selbst und alleine vorgenommen. Die unterstellten Absichten seien ihr fern. Aber solche Versicherungen konnten die aufgebrachte Stimmung kaum beruhigen. Einige versuchten, die Verteilung des Gemeindebriefes zu verhindern. Andere wollten dem zuvorkommen und begannen mit der Verteilung heim-



Abschiedessen mit Irmela Milch in der Osteria in Frankfurt/Main

lich und nachts flächendeckend in die Briefkästen. Das Zitat „Nicht durch Zertrümmerung, sondern durch Versöhnung wird die Welt überwunden“ werden wir nie mehr vergessen.

Es wundert nicht, dass die faktische Mitarbeit Irmelas im Gemeindebüro irgendwann dazu führte, dass sie auch offiziell im Vorstand des Bonhoeffer-Vereins ihren Platz erhielt. Im Jahr 2003 beendete Hermann Ritter sein Amt als Schriftführer. Irmela wurde seine Nachfolgerin – und damit begannen 10 Jahre einer schönen, erlebnisreichen, verlässlichen Kooperation, geprägt von Irmelas jederzeit ansprechbarer Hilfsbereitschaft. Selbst mein und unser Wechsel nach Berlin hat an dieser Zusammenarbeit nichts ändern können. Wir kennen uns so gut, dass wir auch schwierige Absprachen schnell und problemlos am Telefon erledigen können. So ist es bis zum heutigen Tag geblieben.

Für all dies möchten wir Dir, liebe Irmela, heute sehr herzlich danken. Ich denke, dass ich dies nicht nur im eigenen Namen, sondern auch im Namen Rosmaries und im Namen des gesamten dbv-Vorstandes sagen darf. Wir alle haben Deine Mitarbeit sehr geschätzt. Wir freuen uns, dass dies heute kein Abschied ist, denn wir bleiben verbunden und werden uns – so Gott will – noch oft sehen können. Aber es ist eine kleine Zäsur. Eine Veränderung. Deine Mitarbeit werden wir auch in Zukunft erbitten, aber jetzt nur noch von Mal zu Mal. Die Alltagsarbeit der Schriftführung ist auf Deine Nachfolgerin Mariarosa Frigerio-Pfeiffer übergegangen, die wir an diesem Tag sehr herzlich in ihrem Amt begrüßen. Auch

ihr gilt heute unser Dank. Wir sind sehr erfreut, dass sie dieses Amt für die nächste Zeit übernommen hat.

Was wünschen wir Dir für die Zukunft? Es liegt nahe, bei dieser Frage noch einmal an das Bonhoeffer-Zitat zu erinnern: „Nicht durch Zertrümmerung, sondern durch Versöhnung wird die Welt überwunden.“ Versöhnung ist eines der zentralen biblischen Stichworte. Paulus fordert uns im 2. Korintherbrief auf: „Lasst euch versöhnen mit Gott!“ Versöhnung tut unserem Herzen gut. Die Vergangenheit geben wir als versöhnte an Gott zurück, den vor uns liegenden Weg nehmen wir als Geschenk aus seinen Händen. Als Versöhnte haben wir eine frohe, befreiende Ausstrahlung. Wir wünschen Dir, dass Du diese versöhnte Ausstrahlung, die wir alle an Dir und Deinem Wesen schätzen, behältst und weiter zum Leuchten kommen lässt – sowohl in Deiner Wiesbadener Gemeinde als auch in der Blindenarbeit, in der Du mit hilfst, wie im Bonhoeffer-Verein, in dem Du uns auch in Zukunft jederzeit willkommen bist.

Anmerkung

- 1 Rede am 16.11.2013 in Frankfurt zur Verabschiedung von Irmela Milch nach über zehnjähriger Tätigkeit als Schriftführerin des dbv.

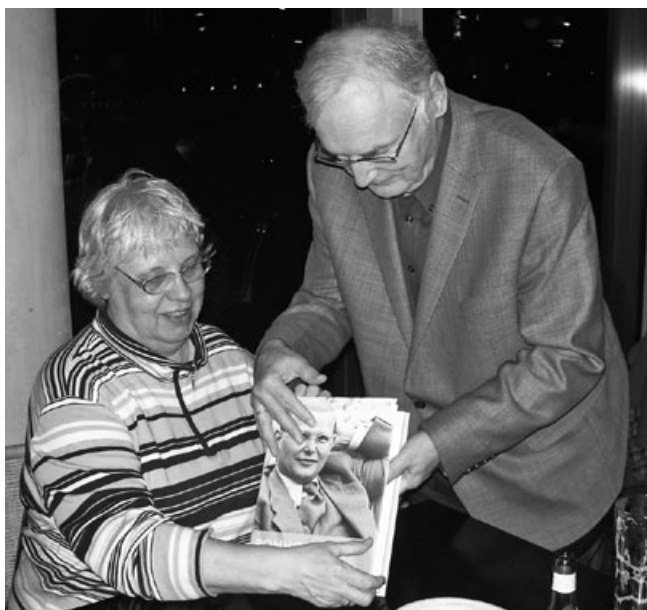
REINHARD MÜLLER

Die leeren Kirchen, die Bilder und das Reich Gottes

1. Wir Christen haben viel zu Klagen über unsere geliebte Kirche:

Immer weniger Menschen können mit dem christlichen Glauben etwas anfangen; zu viele treten aus der Kirche aus; zu wenige möchten Taufe und Konfirmation als Glaubensfeiern, möchten Kindersegnung, Jugendsegnung, Trauung und die Beerdigung als Segensfeiern; viel zu wenige feiern am Sonntag Gottesdienst; zu viele Kirchen stehen zu oft leer; Mitarbeiter/innen und Pfarrer/innen und Bischöfe und Bischöfinnen machen Fehler oder missbrauchen ihr Amt; die Christenheit ist zersplittert in katholisch, orthodox, evangelisch, freikirchlich, frei, charismatisch ... u. v. a.

2. Für diese Probleme und Katastrophen werden vielschichtige äußere Gründe genannt: Die Kirchensteuer ist zu hoch; die Menschen haben zu viel Stress und haben vielerlei andere, auch religiöse Angebote; die Kirchen sind zu kalt und oft eher ein Museum aus vergangenen Tagen; die Lieder und die Musik sind zu altmodisch;



Karl Martin überreicht Irmela Milch die Bonhoeffer-Biographie in Bildern von Eric Metaxas

die Predigt ist nicht ansprechend; viele haben nichts von einem Gottesdienst; die Mitarbeiter/innen sind schwache Menschen; die Wahrheit kann nur eine (also meine) sein; u. v. a.

3. Dabei muss festgehalten werden, dass es in Stadt und Dorf manche wunderbaren Gottesdienste gibt. Und zwar in gut oder auch in schlecht gefüllten Kirchen oder Gemeinderäumen mit Liedern und Musik und Predigt, die dem Lebensgefühl der Anwesenden wenigstens in Teilen entsprechen und ein wahrhaft göttliches Gemeinschaftserlebnis sind. Viele Gottesdienstbesucher kommen wegen der Gemeinschaft und/oder sie können die alten Bilder schnell in ihr Leben übersetzen. Sie sind ihnen auch lieb geworden und das ist gut so. Aber die intensive, im Kindesalter beginnende Einübung in die Bilderwelt des christlichen Glaubens wird immer schwächer. So ist leider bei vielen Kirchenmitgliedern und erst recht bei den anderen Bürgern eingerastet, dass Kirche und Gottesdienst nicht die Sprache des Lebens spricht und ein Neuling sich da nicht hintraut. Manche Prediger/innen benutzen schon neue Bilder, aber das wird in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

4. Seit langem werden diese Probleme diskutiert und Reformen angemahnt. Es sind Strukturen geändert worden, also dass Pfarrer jetzt mehrere Gemeinden „verwalten“ und Kirchenkreise und ganze Landeskirchen zusammengelegt wurden. In vielen Kirchen ist nur noch 14täglich, vierwöchentlich oder noch seltener Gottesdienst. In der Wochenzeitung „Die Kirche“ wird jetzt im Winter 2013 der Vorschlag diskutiert, dass die Dörfler doch besser in die qualitätsvolleren Stadtgottesdienste fahren sollten. Seit 1999 gibt es schon das „Evangelische Gottesdienstbuch“, in dem den Pfarrern vielfältige Möglichkeiten gegeben werden, den Gottesdienstverlauf neu zu gestalten. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat 2006 sogar einen „Reformprozess“ begonnen: „Kirche der Freiheit. Perspektiven für die evangelische Kirche im 21. Jahrhundert“. Darin werden „12 Leuchttürme“ beschrieben, welche die verschiedenen Probleme der evangelischen Kirche beleuchten und zu einer löblichen Qualitätssteigerung verhelfen sollen und können.

5. Doch bei diesen Reformbemühungen wird der innere Hauptgrund für die Probleme meist übersehen: Wir benutzen in der Öffentlichkeit und im Gottesdienst meistens Worte und Bilder und Denksysteme, die dem Lebensgefühl und dem Denken der gegenwärtigen Menschen nicht entsprechen. Die Mehrheit der Menschen merkt deshalb nicht, dass wir vom Leben und von Gott reden! (Und ich behaupte mal hier ganz salopp: würden sie es merken, wären die Kirchen voll und einige der oben genannten Probleme lösten sich von allei-

ne!) Wir brauchen also eine Reform der Theologie und der Sprache!

6. Und dabei sind die Worte, die wir benutzen, in der Regel gut biblisch. Beim Hören oder Lesen der Bibel haben schon viele Menschen Gott direkt gespürt und seitdem versucht, in Verantwortung vor Gott ihr Leben und das ihrer Umwelt sinnvoll und gerecht zu gestalten.

Aber wir können daraus nicht ableiten, dass alle an die Bilder und Denksysteme der Bibel zu glauben hätten. Der Bibelwissenschaftler Pinchas Lapide hat einmal geschrieben: „Man kann die Bibel wörtlich nehmen oder man nimmt sie ernst“. Nimmt man sie wörtlich, entstehen nur allzu große Strenge und einseitige ethische Vorschriften und starre Glaubenssätze. Wir glauben nicht an die Bilder der Bibel, sondern wir glauben an Gott! Und wenn wir über Gott reden wollen, schauen wir freilich selbstverständlich zuerst in die Bibel, weil dort Jesus zu Wort kommt. Das ist unser christliches Merkmal, dass wir von Jesus authentisch und spürbar und erlebbar von Gott gehört haben. Jesu befreiende und begeisternde Botschaft fasste der Evangelist Markus so zusammen: „Die Zeit ist erfüllt, und das Reich Gottes ist herbeigekommen! Kehrt um und glaubt an diese gute Nachricht!“ (Markus-Evangelium 1,15; vgl. Matthäus 4,17). Jesus erklärte das Reich Gottes in seinen unzähligen Gleichnissen für die damaligen Hörer, er redete u. a. von Nächstenliebe und Feindesliebe in der vollmächtigen Bergpredigt (Matthäus 5-7). Jesus vollzog auch Zeichenhandlungen, indem er u. a. mit Fremden Gemeinschaft pflegte oder sich bewusst mit Ausgestoßenen und Sündern an einen Tisch setzte. Der Wahrheitsbeweis seiner Reden und Taten, also des Reiches Gottes, wurde durch seine bewusst ertragene Hinrichtung am Kreuz erbracht. Die Sorge um den eigenen Körper wurde damit zweitrangig und das Leben in all seiner Fülle feierte Auferstehung.

Diese Ansage der Gegenwart des Reiches Gottes hatte eine großartige befreiende Wirkung. Glaubensäußerungen und religiöse Rituale der damaligen Zeit, mit denen unmündige Menschen vergeblich Gott gnädig stimmen wollten, waren damit erledigt. Und das gilt sowohl für Jesu eigene jüdische Religion wie für alle anderen Religionen, insofern dabei ein schöpfungsgemäßes und würdevolles und sinnvolles und verantwortliches Leben verkehrt wurde in Sklaverei und Krieg und erstarrte angebliche Moralsysteme.

7. Dass Jesus für seine Botschaft neue Worte und Gleichnisse benutzt hat, erlaubt, ja nötigt uns immer wieder neue Bilder und Vergleiche zu finden, wenn Menschen da sind, die die alten nicht verstehen. Jedenfalls kann der christliche Glaube nicht mit bestimmten Bildern gleich-

gesetzt werden und also ist das Verstehen alter Bilder nicht die Voraussetzung für heutigen Glauben.

Ähnliches wird schon in der Bibel im 15. Kapitel der Apostelgeschichte beschrieben: Unmittelbar in der Zeit nach Jesus meinten einige, man müsse die jüdischen Gebote einhalten und auch die Beschneidung haben, um ein Christ sein zu können. Auf einem Konzil wurde aber das Gegenteil durchgesetzt und so konnte Paulus mit seinen Worten und Denksystemen die bekannten Briefe im Neuen Testament schreiben und in vielen sogenannten heidnischen Ländern Gemeinden gründen.

8. Paulus, die anderen Briefschreiber und die Evangelisten benutzten Bilder und Denksysteme, damit ihre damaligen Leser sie verstehen konnten. Das zentrale Thema des Paulus hat dann später Martin Luther neu formuliert: Der Mensch ist schlecht und sündig. Damit hat er die Todesstrafe verdient. Jesus aber stirbt stellvertretend für ihn. So darf der Mensch aus reiner Gnade leben. Allein durch den Glauben daran und nicht durch gute Werke und religiöse Riten wird er gerecht und selig.

Das war und ist für viele Christen ein tragfähiger Grund zum Leben und zur Verantwortung in der Gesellschaft. Andere verstehen aber dies Denksystem nicht. Denn sie gehen nicht von der Voraussetzung aus, dass die Menschen sich alle ganz klein und schlecht vorkommen und dass Gott ein gestrenger Richter ist, der einen strafenden Ausgleich braucht.

9. Ohne diese Voraussetzung haben sich verschiedene Christen auf Jesu zentrale Botschaft vom Reich Gottes besonnen. So der Theologe und Arzt Albert Schweitzer u. a. mit seiner Mahnung zur „Ehrfurcht vor dem Leben“. Und der Theologe, Widerstandskämpfer und Märtyrer Dietrich Bonhoeffer, der in seinen Briefen aus dem Gefängnis seine Vision von einer „weltlichen“ bzw. „nicht-religiösen Interpretation“ der biblischen Botschaft beschrieb. Bonhoeffer schreibt im Brief vom 5.5.1944 (Widerstand und Ergebung, Berlin 1957, S. 148): „Ist nicht die Gerechtigkeit und das Reich Gottes der Mittelpunkt von allem?“ Und in den „Gedanken zum Taufstag ...“ auf S. 167: „Es wird eine neue Sprache sein, vielleicht ganz unreligiös, aber befreiend und erlösend, wie die Sprache Jesu ... die Sprache einer neuen Gerechtigkeit und Wahrheit ...“

In der wahrhaft „Ökumenischen Versammlung“ haben alle christlichen Konfessionen ihre historischen Lehrstreitigkeiten leider nur kurzzeitig überwunden, aber doch in einem „konziliaren Prozess“ die neue Sprache der Kirche begonnen: Den drei großen Menschheitsproblemen gab sie Optionen bei: Dem Frieden die Gewaltlosigkeit, der Gerechtigkeit den Einsatz für die Armen und der Bewahrung der Schöpfung den Schutz des Lebens

(vgl. Ergebnisse der Ökumenischen Versammlung Dresden 1989).

Ziemlich radikal und umfassend hat Claus Petersen in seinem Buch „Die Botschaft Jesu vom Reich Gottes“ (Stuttgart 2005) eine Theologie, eine Ethik und eine Kirche des Reiches Gottes beschrieben und betont, dass wir nicht an Jesus, sondern mit Jesus an die Gegenwart des Reiches Gottes glauben. Im Nachwort schreibt er (S. 145): „Das Reich Gottes ist da, die Welt der Gerechtigkeit und des Friedens steht uns offen. Das so wunderbare Welt-haus, in dem wir alle wohnen dürfen und dem all unsere Liebe und Zuwendung gelten soll, ist ja und will nichts anderes sein als: Himmel, Reich Gottes – jetzt!“

10. Die Rückbesinnung auf Jesu Verkündigung des gegenwärtigen Reiches Gottes eröffnet also auch schon den Ansatz für die neue Sprache der Kirche. Doch der Begriff „Reich Gottes“ ist eine Übersetzung der griechischen „*basilieia tou theou*“, also der „Königsherrschaft Gottes“, also auch schon ein Bild für das Wirken und das Wesen Gottes.

Aber geht es ohne Bilder? Bildlos von Gott wird im Neuen Testament selten geschrieben: Paulus schreibt im 2. Korintherbrief 3,17: „Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit“. Während „Herr“ auch ein menschliches Bild ist, zeigt „Geist“ schon mehr vom Wesen Gottes: nämlich dass er kräftig und unsichtbar ist. „Gott ist Geist“ schreibt auch der Evangelist Johannes 4,24. Im 1. Johannesbrief 4,8 (vgl. 16) steht: „Gott ist die Liebe; und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm“. Und im selben Brief 1,5 steht: „Gott ist Licht“. Zusammenfassen kann man dies in dem Definitionsversuch: Gott ist eine unsichtbare Kraft, die als Liebe, Frieden, Trost, Hoffnung, Verantwortung ... in und zwischen den Menschen wirkt.

Diese Kraft ist nahe, also die Liebe oder dergleichen ist jederzeit möglich. Wer das als gegenwärtige Möglichkeit ernst nimmt, wird glücklich und selig und kann auch nach Fehlern und mit Leiden eine gute Zukunft haben.

Solche oder ähnliche Definitionen Gottes können helfen zu verstehen, was hinter den Bildern steht, auch hinter folgenden biblischen Bildern, mit denen Gott verglichen wird: Vater, Herr, König, Arzt, Richter, Retter, Hirte oder Sonne, Schild, Fels, Burg, Quelle ...

11. Aber solch eine bildlose Definition Gottes bleibt abstrakt und theoretisch, weil Gott das Leben ist und Leben nicht nur verstanden werden kann, sondern vor allem weil das Leben erspürt und in Gemeinschaft gelebt wird und einen persönlichen Bezug braucht. So geht es nicht ohne Bilder, die freilich immer nur ausschnittshaft das Reich Gottes erleben lassen. Die Kirche braucht auch Theorie

für den Verstand, aber vor allem immer wieder neue Bilder zum Erleben für die Menschen, die gerade da sind. Konfirmanden haben einmal folgende Bilder gefunden: Gott ist mein Busfahrer, dem ich blind vertraue und der mich durchs Leben fährt; Gott ist meine Sparkasse, der ich meinen Besitz zeitweise anvertraue; Gott ist mein Freund, der mich begleitet. In China hätte Jesus vielleicht gesagt: Ich bin der Reis des Lebens. Oder für Leute, die Brot als Grundnahrungsmittel ablehnen, hätte er womöglich gesagt: Ich bin das Gemüse des Lebens. Da merken wir, dass Bilder und Vergleiche hinken, aber ohne geht es nicht.

Steht am Ende die Hoffnung auf Christen und Christinnen, die vollmächtig neue Bilder und Denksysteme finden und also eine neue Sprache des Reiches Gottes für unsere Zeit benutzen und vorleben.

ULRICH KUSCHE

Finanzkapitalismus global – und wir?

Welche Wege das Mitgefühl weist¹

Die Klagen der Immobilien-Geschädigten in Deutschland und in den Vereinigten Staaten gleichen sich: unverschämte hohe Abzahlungen für minderwertigen Wohnraum, hohe Gewinne für Banken und Vermittler. In beiden Ländern gehörte die DEUTSCHE BANK zu den maßgeblich Beteiligten. Die Umwandlung der Darlehen in undurchsichtige Wertpapiere stellte in den USA einen der Treibsätze der Finanzkrise dar. In Deutschland zahlen die Steuerzahler weiterhin Hunderte von Millionen für die Sanierung der HRE (Hypo Real Estate), wohin die Not leidenden Papiere zu einem Großteil abgeschoben worden waren.

Dass mehr als 300.000 Mitbürger in den ruinösen Strudel von Schrott-Immobilien-Verkäufen gerissen werden konnten, ist durch die Unrechtsprechung des „Banken-Senats“ am Bundesgerichtshof gewiss gefördert worden, die erst seit dem Rücktritt des langjährigen Vorsitzenden korrigiert wird. Doch die Machenschaften auf dem Immobilienmarkt und ihre schrecklichen Folgen bis hin zum Suizid, wie bei der jungen Krankenschwester Anja Schüller, gehören zu den Auswirkungen einer Politik, welche die Bundesrepublik seit etwa 30 Jahren tief greifend verändert hat.

I. Was sich in 4 Jahrzehnten entwickelt hat

Die neoliberale Umverteilung der Vermögen und Einkommens-Möglichkeiten von der Gemeinschaft in pri-

vate Hände und von den weniger Besitzenden zu den Mehrhabenden ist keineswegs als unabwendbares Verhängnis über uns gekommen. Die für die Gesetzgebung Verantwortlichen haben die Er-Mächtigung des Finanzkapitalismus im Gefolge eines transatlantischen Trends vielmehr Schritt für Schritt möglich gemacht.

Seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems fester Wechselkurse zwischen unterschiedlichen Währungen im Jahre 1973 entstand unter dem Druck einer weltweit agierenden Finanz-Lobby neben dem herkömmlichen Kreditgeschäft der Banken als eigenständige Branche das immer mehr sich ausweitende Investment-Geschäft. Mit Hilfe der modernen Computertechnik werden in diesem Bereich mit Währungsunterschieden, Nahrungsmitteln sowie eigens geschaffenen Finanzprodukten Geschäfte gemacht, die sich längst von der Realwirtschaft abgekoppelt haben. Das mag nur eine Zahl verdeutlichen: Heute wird auf den Derivatmärkten das 60-fache der Wirtschaftsleistung aller Industrie-Länder umgeschlagen.

Den ungeheuren Schub des letzten Jahrzehnts ermöglichte die Aufhebung der strikten Trennung von Geschäfts- und Investment-Banken, die in den USA aufgrund der Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise 1933 mit dem Glass-Steagall-Act festgeschrieben worden war. Nach intensivem Lobbying der interessierten Kreise wurde diese Beschränkung 1999 aufgehoben.

Wie massiv der Druck der Finanzlobby auch in Europa war, zeigt eine öffentliche Erklärung von 22 Mitgliedern des Europa-Parlaments, die im Juni 2010 die Versuche von Einflussnahme seitens der Finanzindustrie beklagten und als Gefahr für die Demokratie bezeichneten. Unter den 22 Abgeordneten von Fraktionen der Grünen, der Sozialdemokraten, der Liberalen und Linken befand sich auch der Hannoveraner CDU-Parlamentarier Burkhard Balz.

Der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwege hat den Neoliberalismus als Quelle sozialer Ungleichheit bezeichnet. Diesem Ungeist dienten in den 80er und 90er Jahren zahlreiche Änderungen in der Steuergesetzgebung, die von den jeweiligen Regierungen initiiert und von den sie tragenden unterschiedlichen Koalitionen im Parlament verabschiedet wurden.

Die ersten drei Finanzmarktförderungsgesetze, deren Name für sich spricht, wurden in der Ära Kohl verabschiedet: 1990, 1994 und 1998. Das 4. Gesetz mit dem bezeichnenden Titel „Gesetz zur weiteren Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland“ trat 2002 unter der Regierung Schröder/Fischer in Kraft. Eine rot-grüne Regierung war es dann auch, die im Jahre 2004 das Investmentmodernisierungsgesetz initiierte, das erstmals auch

in Deutschland es Kapitalanlagegesellschaften erlaubte, so genannte Hedge-Fonds aufzulegen und zu vertreiben. Wie soll man es bewerten, wenn einer der Befürworter dieses Gesetzes, der damalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering, ein Jahr später die Öffentlichkeit mit seiner Schelte der Heuschrecken auf dem Kapitalmarkt zu agitieren suchte? Die Regierungen Merkel setzten den Kurs der Vorgänger-Regierungen zielstrebig fort.

II. Haltung der Parteien und Kirchen

Vor diesem Hintergrund wird man sich über das Wegducken und Schweigen der meisten Vertreter unserer politischen Parteien nicht wundern dürfen. Alexander Hagelüken hat im Oktober 2011 in einem Kommentar für die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG geschrieben:

„Wer gegen diese nackte Umverteilung des Finanzkapitalismus protestieren will, ist bei deutschen Parteien schlecht aufgehoben. Die Volksparteien wirken wie Getriebene der Märkte. Was sich bei ihnen an Kritik regt, beispielsweise bei Gauweiler und Schäffler, läuft auf den falschen Abschied vom Euro hinaus. Die Linke wiederum hat in Oskar Lafontaine einen Vordenker gegen ausufernde Märkte, doch ihre Gesten erschöpfen sich im Nein sagen.“

Bei den Vertretern der so genannten Volksparteien ist Mitverantwortung für das gegenwärtige Desaster sicher ein Motiv. Noch schwerwiegender aber dürfte der blinde Glaube sein, mit dem die etablierten Politiker weiterhin an der Idee von wirtschaftlicher Macht für Deutschland hängen und am wirtschaftlichen Wachstum als dem dafür passenden Rezept.

Dabei ist seit dem ersten Bericht an den Club of Rom aus dem Jahre 1972 jedem Vernünftigen klar, dass es eine stetige Steigerung des Wirtschaftswachstums angesichts der natürlichen Grenzen der Ressourcen unserer Erde nicht geben kann. Neben anderen hat der Osnabrücker Wirtschaftswissenschaftler Nico Paech als einzig vertretbare Alternative das Modell einer Post-Wachstums-Gesellschaft skizziert. Eine Politik nach diesem Konzept könnte den gefährdeten Arten und den bedrohten Regenwäldern eine Hoffnung auf Überleben bieten und der weiteren Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung in den Ländern der 3. und 4. Welt ein Ende setzen, und auch der zunehmenden Prekarisierung bei uns.

Für die Meisten von uns könnte eine konsequente Abkoppelung vom monetären Wachstum eine Chance zum Atemholen bieten. Seit langem führt die systematische Trennung zwischen der wertorientierten persönlichen Lebensführung und der gewinnorientierten Berufstätigkeit zur Vergewaltigung unserer Gefühle, zu Krankheit

und Stress. Die moderne Glücksforschung kommt zum eindeutigen Ergebnis: je höher die Steigerungsraten des Brutto-Sozial-Produkts, umso weniger glücklich fühlen sich die Menschen. Der Münchner Psychotherapeut Wolfgang Schmidbauer ist dieser Entwicklung in seinem jüngsten Buch DAS KALTE HERZ nachgegangen. Es trägt den nachdenkenswerten Titel: „Von der Macht des Geldes und dem Verlust der Gefühle“. Der transatlantische Psychologe Arno Gruen hat in all seinen Büchern die verheerenden Folgen für das Gefühlsleben der Einzelnen in dem System beschrieben, das er den WAHNSINN DER NORMALITÄT nennt.

Da möchte man meinen, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften unserem Thema hellwach begegnen. Leider auch hier vielerorts peinliches Schweigen. Gelegentliche Äußerungen muten häufig wie Pflichtbekenntnisse an, denen aber kein ernsthaftes Engagement folgt. Manchmal wird sogar ganz offen Partei für das herrschende System genommen. Die schamloseste Parteinahme, die mir bekannt ist, stammt von der Anglikanischen Kirche Englands. Ein Jahr nach der jüngsten Finanzkrise, als in der EU eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte jedenfalls überlegt wurde, widersprach die Anglikanische Kirche allen derartigen Plänen. Eine Beschränkung der Profitmöglichkeiten bei Geld-Anlagen könne die Anglikanische Kirche um 900 Millionen Pfund bringen, die sie jährlich für wohltätige Zwecke einsetze. Demgegenüber hat der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden im Oktober 2011 eine umfassende Regulierung der Weltwirtschaft gefordert und die Schaffung einer internationalen Verwaltung unter der Ägide der Vereinten Nationen vorgeschlagen.

Klare Worte kommen von den Vertretern der weltweiten Ökumene, in der auch die Stimmen der Menschen beachtet werden, die unter ungerechten Handelsbedingungen, wirtschaftlichem Druck und politischer Marginalisierung bitter zu leiden haben. Auf der Friedenskonvokation des Ökumenischen Rates im Mai 2011 auf Jamaika wurde eine Erklärung verabschiedet, in der es heißt:

„Die Schreie der Armen und Schwachen hallen im Seufzen der Erde wieder ... Etwas läuft grundlegend falsch, wenn das Vermögen der drei reichsten Menschen der Welt größer ist als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder der Welt. Ethisch unverantwortliche Finanzinstrumente, verzerrte Vergütungsstrukturen und andere systemische Faktoren ... treiben Millionen und Abermillionen von Menschen in die Armut.“

III. Notwendige Regeln

Wer die Logik der Bewegungen des global agierenden Finanzkapitals einmal verstanden hat, kann nur für die

strikteste ethisch-politische Regulierung eintreten. Dafür wird es nötig sein, unseren jeweiligen Abgeordneten gehörig auf die Finger ihres Abstimmungsverhaltens zu sehen.

Mir legen sich drei politische Kernforderungen nahe:

1. Rückkehr zum über Jahrzehnte mäßigenden Prinzip der Trennung von Kredit- und Investmentgeschäft im Bankenwesen. Allein die Rückbindung der Bankgeschäfte an eine möglichst regional strukturierte Realwirtschaft kann verhindern, dass Banken so groß und einflussreich werden, dass sie im Fall großer Verluste den Einsatz öffentlicher Gelder erpressen können.

Im Übrigen gilt es, die Abhängigkeit vom Bankensektor dadurch zu verringern, dass die Politik sich an den begrenzten öffentlichen Mitteln orientiert und damit beginnt, die gigantisch gewachsenen staatlichen Schuldenberge abzutragen. Zurzeit belasten allein die Zinszahlungen die öffentlichen Haushalte mit rund 60 Milliarden Euro jährlich.

2. Verbot aller frei zugänglichen Spekulationsgeschäfte auf dem internationalen Kapitalmarkt. Anders als beim LOTTO bezahlen für die Gewinne und Verluste im globalen Geschäft mit Währungen, Vermögensanteilen und Rohstoffen nicht die Mitspieler, sondern Außenstehende, Menschen, Gruppen und manchmal die Bevölkerungen ganzer Länder, wie zuletzt in Irland. Deren Lebensrechte, die Menschenrechte also, gebieten eine radikale Einschränkung etwa des Derivatehandels auf die direkt am jeweiligen Risiko Beteiligten.

Dass die verantwortbaren Finanztransaktionen wie alle anderen Umsätze im Marktgeschehen besteuert werden, sollte sich eigentlich von selbst verstehen.

3. Wer der unbegrenzten Freiheit des Waren- und Kapitalverkehrs das Wort redet und politisch Raum gibt, lädt die kapitalbesitzenden global player dazu ein, ihr Profitstreben zu Lasten von Mensch und Umwelt noch bis in den letzten Winkel unserer Erde auszuweiten.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die entsprechenden Bestimmungen aller internationalen Verträge noch einmal auf den Prüfstand zu stellen. Das gilt auch für Artikel 50 des Lissabon-Vertrages und vor allem für die Handelsabkommen mit Ländern der 3. Welt.

Jedem Land sollte das Recht eingeräumt werden, sich vor dem hemmungslosen Wirken von Handels- und Kapitalgesellschaften zu schützen, so wie die USA und Europa in bestimmten Bereichen wie dem Agrarmarkt dies für sich selbstverständlich in Anspruch nehmen. Auch

im internationalen Waren- und Kapitalverkehr hat der Grundsatz der Gegenseitigkeit zu gelten: Was wir für uns selbst in Anspruch nehmen, das steht auch jedem anderen zu.

IV. Was jede/r Einzelne tun kann

Wenn Kirchen und Parteien weithin untätig bleiben, sind wir alle gefordert, das uns Mögliche zu tun. Ähnlich wie im Kampf gegen die Atom-Industrie und deren weltweite Lobby gilt es, den Widerstand gegen die Finanzindustrie in dem bewährten Dreiklang aufzubauen mit

- Aufklärung und Protest
- Politischen Forderungen und Veränderungen
- sowie Konsequenz im eigenen Handeln.

Im Blick auf das persönliche Verhalten gilt die Mahnung der 3.-Welt-Gruppen und der Frauenverbände der Kirchen unverändert, den eigenen Konsum, den eigenen Einkauf, den ganzen eigenen Lebensstil daraufhin anzuschauen, wieweit die unmenschlichen Praktiken der großen und kleinen Konzerne befördert werden. Lassen Sie mich zur Erinnerung nur ein Beispiel nennen. Wieso soll elende Sklavinnen-Arbeit erlaubt sein und gefördert werden, nur weil sie nicht bei uns, sondern in den Freihandelszonen Asiens und Lateinamerikas stattfindet und ihre von Schweiß und Blut getränkten Produkte stone-washed und spottgünstig in den Filialen einer skandinavischen Modekette angeboten werden?

Auf die Macht der Banken dürfte es einschneidende Wirkungen haben, wenn möglichst viele Bürger unseres Landes sich in den folgenden drei Bereichen konsequent an den Maßstäben von Menschlichkeit und Gerechtigkeit orientieren. Wir brauchen uns nur konsequent drei wesentliche Fragen vorzulegen:

1. Wo habe ich mein Konto, wo sind meine Ersparnisse und eventuelle Vermögen angelegt?

Die DEUTSCHE BANK ist gerade dabei, über die mehrheitlich übernommene Postbank im Privatkundenbereich ihre Verluste aus dem Investmentgeschäft zu kompensieren. Wenn es anderen an Zeit fehlt, müssten Hausfrauen und Rentner täglich vor den Filialen der Postbank und anderer Geldinstitute auf die Notwendigkeit des Wechsels zu verantwortlichen Banken aufmerksam machen. Es gibt in unserem Land inzwischen vier sozial und ökologisch ausgerichtete Banken, von denen bisher zwei auch ein Girokonto möglich machen. Darüber hinaus lässt sich leicht feststellen, ob

Ihre Volksbank oder Sparkasse sich an das Gebot regionalen Wirtschaftens hält und auf internationale Finanzgeschäfte verzichtet. Das globalisierungskritische Netzwerk attac hat einen entsprechenden Handzettel erarbeitet.

2. Wo bin ich versichert?

Noch gibt es auf dem Feld der Krankenversicherung, im Rechtsschutz und der Fahrzeugversicherung Unternehmen, die in der sozial förderlichen Struktur eines Vereins auf Gegenseitigkeit organisiert sind.

Eventuelle Überschüsse werden an die Mitglieder weitergegeben und nicht im internationalen Spekulationskarussell vermehrt und an die Bosse und Aktionäre verteilt

3. Wem zahle ich meine Miete?

Wegen der großen Zahl der Flüchtlinge entwickelte sich in der Bundesrepublik der soziale Wohnungsbau in den Nachkriegsjahren besonders stark. Siedlungsgemeinschaften und Wohnungsgenossenschaften sorgten in vorbildlicher Weise für die Befriedigung der akuten Bedürfnisse und verwendeten die Überschüsse für Renovierung und weiteren Ausbau. Managementfehler eines großen Unternehmens dienten in der neoliberalen Wendezeit als Vorwand, die staatliche Unterstützung für den sozialen Wohnungsbau wesentlich zu reduzieren. In den letzten Jahren haben auch immer mehr Kommunen ihre allgemeinen Wohnungsbauunternehmen privatisiert. Das staatliche Wohngeld kommt inzwischen einer Subventionierung der privaten Wohnungswirtschaft gleich, ohne die stetige Erhöhung der Mieten wirksam zu begrenzen. Das alles hat zur Folge, dass Wohnraum zu sozial verträglichen Mieten in den meisten Städten inzwischen zum knappen Gut geworden ist. Das Netzwerk SYNDIKAT mit Hauptsitz in Freiburg unterstützt die Umwandlung von Mietshäusern in gemeinschaftliches Wohneigentum.

V. Das verbindliche Ziel: Dem Leben dienen!

Vor dem skizzierten Hintergrund trete ich entschieden dafür ein, der Wertbestimmung in Artikel 14 unseres Grundgesetzes durch eine systematische Ausweitung verantwortungsbewusster Gemeinwirtschaft Geltung zu verschaffen. Ebenso anspruchsvoll wie unverbindlich heißt es dort: „EIGENTUM VERPFLICHTET. Sein Gebrauch hat zugleich dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen.“ Sozial und ökologisch orientiert und regional verankert können gemeinwirtschaftliche Unternehmen und Einrichtungen ein Gegengewicht bilden gegen die profitorientierte Privatwirtschaft. Gesetzliche Vorga-

ben und das Engagement der Beteiligten können dafür sorgen, dass gemeinwirtschaftliches Wirtschaften den Zweck erfüllt, der allem Wirtschaften vorgegeben sein sollte: dem Wohlergehen der Menschen zu dienen. Zukunftsbezogen schließt das einen behutsamen Umgang mit der Umwelt ein.

Die Maxime, Geld zu machen, damit noch mehr Geld gemacht werden kann, aus dem noch mehr Geld zu machen ist, das Gebot des modernen Finanzkapitalismus, ist unvereinbar mit den Grundwerten aller Religionen und spirituellen Traditionen der Menschheitsgeschichte. Sie alle beziehen das Verhalten des Einzelnen auf einen umfassenderen, höheren Zweck, auf den Mitmenschen, auf die Gemeinschaft, auf Gott, auf das Ganze der Schöpfung.

Wo der Zweck der Geldvermehrung zum Selbstzweck wird, artet er aus, wird er zum Wahn, zum Feind des Lebens, religiös gesprochen wird er zu Götzendienst. Jesus von Nazareth nennt die sich verselbstständigende Geldvermehrung Mammon. Heute wie damals trifft Jesu klare Ansage zu: IHR KÖNNT NICHT GOTT DIENEN UND DEM MAMMON (Matthäus-Evangelium 6,24).

Das einzige Gut, das durch Vermehrung immer mehr Freude bringt und den persönlichen Nutzen ebenso steigert wie den allgemeinen, ist, Sie ahnen es: die LIEBE. Deshalb möchte ich in Abwandlung eines berühmten Zitats schließen mit dem Aufruf: MAKE LOVE, NOT MONEY!

Auswahl benutzter und weiterführende Literatur:

- Christoph Butterwege: Armut und Reichtum in der Bundesrepublik. Neoliberalismus als Quelle sozialer Ungleichheit, in: www.dr-wo.de/themen/butterwege/armutundreichtum.htm
- Wolfgang Schmidbauer, Das kalte Herz: Von der Macht des Geldes und dem Verlust der Gefühle, Murmann-Verlag Hamburg, 2011
- Ökumenischer Rat der Kirchen (Hg.): Die Wahrheit sagen über uns und die Welt, Genf 2010
- Harald Bender, Norbert Bernholt, Bernd Winkelmann: Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation, München 2012
- Ulrich Duchrow: Gieriges Geld. Auswege aus der Kapitalismusfalle. Befreiungstheologische Perspektiven, München 2013

Anmerkung

- 1 Vortrag, im Nov. 2011 in Göttingen gehalten und geringfügig aktualisiert.

DR. IUR. WOLFRAM ROHDE-LIEBENAU

Drei Briefe

Lieber Herr Martin,

meine Frau und ich bedauern sehr, dass wir infolge unserer Unfälle an den interessanten Tagungen des dbv in jüngster Zeit nicht hatten teilnehmen können.

Nach Erhalt des neuesten Rundbriefs der IBG hatte ich den Anlass gesehen, Frau Prof. Tietz zu schreiben – der Gegensatz zwischen der abgehobenen unpolitischen Arbeit der IBG und der konkret auf Bonhoeffers tatsächliches Wirken bezogenen Arbeit des dbv hatten mich zu sehr beeindruckt.

Wie Sie anhand der beiden beigefügten Briefe sehen können, bin ich dankbar für die konkrete auf Bonhoeffers Engagement bezogene Arbeit im dbv und unter Ihrer Führung. Ich wünsche Ihnen weiter viel Erfolg – bitte grüßen Sie auch Herrn Denecke von mir – und ich hoffe, dass meine Frau und ich bald wieder bei Ihren Tagungen dabei sein können.

Mit herzlichen Grüßen bin ich Ihr
gez. Wolfram Rohde-Liebenau

Frau Prof. Christiane Tietz, IBG – Bonhoeffer-Rundbrief Nr. 101 und die Jahrestagung 2013

Sehr geehrte, liebe Frau Tietz,

Heute schreibe ich Ihnen, um einerseits für den neuesten Rundbrief zu danken – ganz besonders für den dort abgedruckten Vortrag von Konrad Raiser – und andererseits, um Ihnen zu erläutern, dass meine Frau und ich in diesem Jahr bei der Jahrestagung nicht dabei sein werden. Wenn ich käme, müsste ich in der Mitgliederversammlung kritische Gedanken einbringen, die sich auf die scheinbare Neutralität der Arbeit der IBG beziehen (Parallelen zur Gemeinde von Laodizäa liegen nahe).

Das Programm dieser Tagung mit dem Titel: „Dietrich Bonhoeffer im Spiegel der Kunst“ zeigt, dass Sie und der Vorstand der IBG sich ganz bewusst auf Themen konzentrieren, die keinen Bezug zur politischen und theologischen Wirklichkeit haben. Sie haben damit aber auch keinen Bezug zu der Arbeit von Dietrich Bonhoeffer und ich stelle mit Freuden und gleichzeitig mit Bedauern fest, dass ich die gleichzeitig mit dem neuen Rundbrief bei mir eintreffende Zeitschrift „Verantwortung“ des dbv als wohltuenden Gegensatz zum Rundbrief empfinde, weil hier auf die Wirklichkeit des Denkens und Wirkens von Bonhoeffer – nämlich auf politische Themen – eingegangen wird.

In diesem Sinne sende ich Ihnen auch in der Anlage meinen Brief an Konrad Raiser. – Sie sehen, dass ich zu seinen klugen Worten eine nicht unwesentliche Ergänzung zur politischen Betroffenheit Dietrich Bonhoeffers einbringe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinen heutigen Brief auch den weiteren Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis bringen würden.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener
gez. Wolfram Rohde-Liebenau

Herrn Prof. Konrad Raiser,

Sehr verehrter, lieber Herr Raiser,

In Aufnahme Ihrer wichtigen Gedanken anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Dietrich Bonhoeffer Hauses schreibe ich Ihnen. – Sie erinnern sich sicher an unsere Begegnung im Bonhoeffer Haus gemeinsam mit Harvey Cox.

Ihre Worte sind sehr eindrucksvoll – angefangen mit Ihrer Bemerkung zu den Gefängnisbriefen von Bonhoeffer. Die Ökumenische Bewegung ist sicher ohne Bonhoeffer nicht denkbar und Sie haben durch Ihre langjährige Arbeit als Generalsekretär des ÖRK die Autorität zu Äußerungen auf diesem Gebiet. Es gibt jedoch einen Punkt in Ihrem Vortrag, zu dem ich Ergänzendes einbringen möchte.

Mit Blick auf Fanö und die dortigen Worte von Bonhoeffer sagen Sie: „Das Protokoll der Tagung in Fanö geht auf diesen Ruf Bonhoeffers nicht ein und auch sein Beitrag zur theologischen Begründung der Weltbundarbeit wurde eher zurückhaltend aufgenommen.“ Sehr richtig erwähnen Sie danach die Entschließung des Ökumenischen Rates zur kirchlichen Lage in Deutschland.

Was Sie aber unerwähnt lassen ist die wichtige, Bonhoeffer persönlich tief treffende, seine akademisch-theologische Laufbahn abrupt beendende und im Ergebnis bis zu seinem Todesurteil führende Anwesenheit von „Auslandsbischof“ Heckel in Fanö, dessen Rede zum Lobpreis des NS-Regimes und seine ganz persönliche Arbeit gegen Bonhoeffer.

Während Heckel im offiziellen Programm von Fanö als Repräsentant der deutschen Kirche anwesend war, musste Bonhoeffer (der nicht von der deutschen Kirche entsandt war, sondern sein Mandat als Repräsentant der Jugend wahrnahm) seine ursprünglich für das Plenum vorgesehene Rede quasi im Verborgenen – als Morgengandacht – halten. Heckel hielt seine schlimme, das NS-Regime lobende Rede im Plenum (den im Evangelischen Zentralarchiv vorhandenen Text habe ich aus der französischen Sprache ins Deutsche zurückübersetzt). Heckel wusste sehr gut, dass Bonhoeffer hinter der von Ihnen

sehr richtig erwähnten „EntschlieÙung zur kirchlichen Lage in Deutschland“ stand.

Heckels Abblitzen mit seinem Vortrag zur Rechtfertigung des Nazi-Regimes und die Verurteilung der kirchlichen Lage in Deutschland waren Anlass für Heckels bekannten späteren Brief, mit dem Bonhoeffer als „Pazifist und Staatsfeind“ verurteilt, seine Arbeit als Privatdozent an der Berliner Universität beendet und sein Todesurteil quasi vorweggenommen wurde.

Ich meine, dass diese Zusammenhänge, Bonhoeffers tiefe persönliche Verletzung und das von Heckel ausgehende „Berufsverbot“ (seine akademische Laufbahn beendende Aufforderung, ihm nicht mehr die Erziehung junger Theologen zu erlauben) für Bonhoeffer als Auslöser für die Ausrichtung seiner Arbeit in den folgenden Jahren („nun erst recht“) verstanden und in der Öffentlichkeit erwähnt werden müssen. Der damalige falsche Weg unserer Kirche kann heute durch den richtigen Weg ersetzt und aufgenommen werden als ernst zu nehmender heutiger Aufruf zum Frieden in der Welt.

Ich wäre Ihnen persönlich sehr dankbar, wenn Sie diese Gedanken in Ihre weitere Arbeit aufnehmen könnten. Der von Bonhoeffer prophetisch vorausgesagte Krieg hat Europa – und damit auch Deutschland – in unendliches Unglück gestürzt und sollte heute noch Mahnung für uns auf dem Weg zum Frieden sein.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Ergänzungen zu Ihren im Übrigen sehr überzeugenden Gedanken aufnehmen könnten und vielleicht auch zu einem verstärkten Engagement für den Frieden in der Konferenz von Busan nehmen könnten (Bonhoeffers Worte gelten noch heute: „die Welt starrt in Waffen und furchtbar schaut das Misstrauen aus allen Augen ...“).

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener
gez. Wolfram Rohde-Liebenau

HANS-ULRICH OBERLÄNDER

„Corporation 2020“ weiterdenken

Zum Buch von Pavan Sukhdev „Corporation 2020. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen“, erschienen Ende September 2013 im oekom Verlag München, 289 S., 19,95 € und erhaltene Anregungen

Das Buch ergänzt in der jüngeren Zeit veröffentlichte Literatur, die sich gegen die Lebensfeindlichkeit der gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen, eingeschlossen schrankenloses Wachstum in einer endlichen Welt, wendet. Hierzu gezählt werden können: „Wohlstand ohne Wachstum“ von Tim Jackson, „Befreiung vom Überfluss“ von Niko Paech, „Wege aus der Wachstumsgesellschaft“ von Harald Welzer und Klaus Wiegandt (Hg.), „Freiheit

statt Kapitalismus“ von Sarah Wagenknecht, „Wirtschaftsdiktatur oder Demokratie“ von Hans-Joachim Schemel, insbesondere „Ökonomie der Verbundenheit“ von Charles Eisenstein. Letzterer entwickelt nach kluger Kritik am nicht mehr Duldbaren das Kulturmodell einer Schenkungs- und Dankbarkeitsgesellschaft, die das Überleben und die nachhaltige Weiterentwicklung der Menschheit ermöglichen könnte ...

Zum zweiten Regionalkirchentag der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland gab es am 22. Sept. 2013 in Jena eine spannende Podiumsdiskussion unter Mitwirkung von Landesbischöfin Ilse Junkermann, dem Kapitalismus-kritischen Soziologen Klaus Dörre, Christine Müller von der Initiative „Anders wachsen“, dem Jenaer Oberbürgermeister (Theologe) Albrecht Schröter und mir zum Thema: Schöpfungsbewahrend anders leben – Gebot der Stunde nicht nur für Christen? „Auf den Punkt“ gebracht wurde der Ruf laut nach dem „anderen“ Menschen, der im Verständnis von Albert Schweitzer elementare Frömmigkeit schöpferisch verantwortet vorlebt. Eine Woche danach in Berlin stieß das Thema „Schöpfungsbewahrende Lebensstile“ zur Tagung des Dietrich Bonhoeffer Vereins „In welcher Welt wollen wir leben?“ auf erstaunlich geringes Interesse. Schließlich organisierte am 11.11.13 das an der Friedrich-Schiller-Universität Jena gegründete „Postwachstums-Kolleg“ einen Vortrag mit Harald Welzer „Von der expansiven zur reduktiven Moderne“. Unter anderem wurde von ihm die Frage gestellt, in welchem Kulturmodell wir eigentlich leben? In der Diskussion – auch mit mir – waren wir uns weitgehend einig, dass das Gegenwärtige zum Auslaufmodell erklärt werden und durch ein dem Nachhaltigkeitsanspruch genügendes alternatives Kulturmodell ersetzt werden müsse. Eine Kulturstufe mit anders gearteten Wirtschaftsstrukturen als etwas, das uns zum vorzustellenden Buch führt.

Sukhdev befasst sich zunächst mit der Rechtsgeschichte des Unternehmens. Unternehmen waren ursprünglich allein infolge unbeschränkter Haftung dem Dienst am Gemeinwohl verpflichtet. Das „Unheil“ begann im 19. Jahrhundert mit Einführung der Haftungsbeschränkung. Ab der Zeit nach dem ersten Weltkrieg lernten die Unternehmen immer skrupelloser, Kosten als Schädigung von Ökosphäre, Gesundheit, Zukunftsfähigkeit ... zu externalisieren. Diese eingesparten, nicht in die Bilanzen eingehenden Kosten verschafften entscheidende Wettbewerbsvorteile. „Corporation 1920“ führt laut Buch zu vier zentralen Problemen der modernen Kapitalgesellschaft:

Erstens: Im „... Wettlauf um kurzfristige Gewinne“ zeigt sich kurzfristiges Denken und nimmt auf langfristige soziale – und ökologische (Einfügung Oberländer) – Kosten keine Rücksicht. Zweitens: Entwurzelung der Unternehmen. „Die Suche nach den billigsten

Produktionsstandorten und das Tempo, in dem Übernahmen und Fusionen erfolgen, haben dazu geführt, dass Unternehmen nicht mehr in lokalen Gemeinschaften verankert sind und sie sich nicht mehr zur Loyalität gegenüber einem Heimatland verpflichtet fühlen“. Drittens: Einkommensunterschiede zwischen Vorstands- und Mitarbeiterbezügen nehmen groteske Formen an. Viertens: Aufgrund der diversifizierten Eigentümerstrukturen gibt es keine Rechenschaftspflicht. Auch haben Anteilseigner nur wenige Möglichkeiten, Managemententscheidungen zu beeinflussen.

Sukhdev stellt die Forderung nach einer nachhaltigen Unternehmensstruktur auf, der er den Namen Corporation 2020 gibt. „Anstatt Kosten zu externalisieren und einen möglichst großen finanziellen Gewinn zu erwirtschaften, maximiert das Unternehmen Finanz-, Human-, Sozial-, Naturkapital und dient so Anspruchsgruppen ...“

Bei seinen Aussagen, wie man dorthin kommt, bleibt der Autor recht vage. Er vermutet, dass die entsprechend C. 1920 agierenden Unternehmen ihren gegenwärtigen Kurs nicht freiwillig aufgeben. So überzeugen seine Überlegungen im letzten Kapitel „Die Welt der Corporation 2020“ kaum. Seine Forderung „Es müssen politische Konzepte entwickelt werden, die dafür sorgen, dass die Ziele von Unternehmen und Gesellschaft zunehmend deckungsgleich werden“, ließe sich als Binsenweisheit einstufen. In diesem Kontext kam er auf die in Deutschland eingeführte Ökologische Steuerform mit ihren zweifelhaften Ergebnissen und ihrem zu hinterfragendem Ansatz zu sprechen. Ein anderes/besseres Ökosteuerkonzept, welches zu einer ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft mit langlebigen reparaturfreundlichen Produkten führt, ist bekanntlich momentan nicht in Sicht.

Wie kommt man zu regionalisierten Märkten als Antwort auf die gegenwärtig „global vermachteten“ und deshalb keineswegs freien Märkte, zu denen der eingangs genannte H.-J. Schemel keine Alternative – ich auch nicht – sieht? Mit regionalen Märkten – der fiskalisch gesteuerte Vorrang regional bereitstellbarer Güter und Halbzeuge spart enorm Stoffströme allein durch drastischen Rückgang des Verkehrsaufkommens – ließe sich eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft aufbauen.

Sicher ist das von Sukhdev kritisierte Brutto-Inlandsprodukt BIP keine geeignete Bewertungsgröße für das Wohlergehen einer Gesellschaft. Was spräche gegen die Kreierung eines Kultur-Inlandproduktes, in das Güter- und Dienstbereitstellung mit aufsummierter Wertigkeit für das Gemeinwohl eingeht – sowie auch Humankapital mit Bildung, eingeschlossen ethische Bildung? So würde bei Fahrzeugen das damit verbundene Unfallrisiko zu einem Wertigkeitsabzug führen. Bewertet

würden auch Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit, Recyclierbarkeit ...

Wie könnte die „Große Transformation“ in eine zukunftsfähige Gesellschaft als neues Kulturmodell gelingen? Hierzu braucht es den „Schöpfungsbürger“ in gelebter Schöpfungsverantwortung. Diese Art Mensch könnte man auch Zukunftsbürger, Kulturbürger oder wie bisher, Humanist nennen. Sie/er „fühlt sich gut“ mit sparsamen Konsummustern, nutzt ihre/seine politischen Einflussmöglichkeiten bis hin zum zivilen Ungehorsam und finanziert kapitalintensive nachhaltige Techniken durch Beteiligungen an Unternehmen. Mit „Bürger-Unternehmen“, die als Genossenschaft oder GmbH & Co KG strukturiert sind, lassen sich zu den etablierten „Corporation 1920ern“ starke Konkurrenzen aufbauen. Als Beispiele ließen sich das jetzt für Deutschland vor dem Hintergrund der Energiewende debattierte „Smarte Bürger-Kraftwerk“ nennen, welches Elektrizität hoch verstetigt und klimaneutral produziert. Sowie die VELECAB-GmbH & Co KG, die ein Elektrokabinen-fahrrad (2-Sitzer, 45 km/h, 20/40 km Reichweite, Zuladung Großeinkauf) zu einem akzeptablen Preis herstellt und so die Lücke zwischen E-Bike und E-Auto schließt.

Dem „großen Wandel“ könnte ein „Label Corporation 2020“ dienen, welches Unternehmen mit Erfüllung bestimmter Kriterien zugesprochen wird. Hiermit ließe sich durch Lenkung der „geballten Konsummacht“ von Schöpfungsbürgern Wettbewerb beeinflussen. Allein schon diese aus dem Buchinhalt ableitbare Anregung macht es lesenswert.

Eine freundliche Rückmeldung zum Thema „Kirchensteuer“

Von der Partei „Die Grünen“

Lieber Herr Dr. Martin,

lange haben wir nichts voneinander gehört und ich hoffe, Sie sind mir nicht böse wegen der gering besuchten Sitzung im Sommer in Hannover.

Die damalige schlechte Beteiligung hat der grundsätzlichen Sympathie für das Drei-Säulen-Modell des dbv jedoch keinen Abbruch getan. Grüne in Niedersachsen und auch im Bund diskutieren die Kirchenfinanzen an diesem alternativen Modell. Die SPD zieht in keiner Weise mit. Dies haben wir gerade auch in Niedersachsen deutlich hinterfragt und eine ebenso deutliche Abfuhr erhalten. Dann ist das eben ein Grünes Projekt, natürlich z. Zt. ohne weitere politische Unterstützung nicht

durchsetzbar, aber es ist wichtig, dass es überhaupt weiter im Gespräch und in der Öffentlichkeit ist. So werde ich es auch deutlich in der Öffentlichkeit vertreten.

Wir haben auch eine Stellungnahme zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen in der BAG ChristInnen erarbeitet.

In der ersten Hälfte 2014 wollen wir in Hannover eine Veranstaltung von Partei und Landtagsfraktion zum Thema Kirchenfinanzen durchführen. Ich komme dann wieder auf Sie zu.

Herzliche Grüße

Sybille Mattfeldt-Kloth

Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft

„Christinnen und Christen bei Bündnis 90/Die Grünen“

AXEL DENECKE

Ein wunderbarer Bildband zum Leben Bonhoeffers

Eric Metaxas: Bonhoeffer. Eine Biographie in Bildern, SCM Hänssler-Verlag, Holzgerlingen 2013, 352 S. ISBN 978-3-7751-5446-8, 39,95 €

Der US-amerikanische Autor Eric Metaxas ist in Deutschland bekannt, seit er im Jahre 2011 seine höchst populäre, z. T. aber auch höchst umstrittene Bonhoeffer-Biographie (E. Metaxas, Bonhoeffer: Pastor, Agent, Märtyrer und Prophet, Hänssler-Verlag, 768 S.) herausgab. „Höchst populär“, weil ein nicht-theologischer amerikanischer Autor in der ihm eigenen erfrischenden und unkomplizierten (manchmal auch vereinfachenden) Weise ein farbiges Bild des Theologen und Menschen Dietrich Bonhoeffer vor uns ausbreitet. Das Buch ist vor allem bei nicht-theologisch vorgebildeten (oder auch nicht-theologisch „verbildeten“) Laien sehr beliebt, weil höchst anschaulich und einfach geschrieben. „Höchst umstritten“ aber auch, weil das Buch mit einer gehörigen Portion evangelikaler Schlagseite interessegeleitet geschrieben ist, Bonhoeffer konsequent als nicht-liberalen Theologen mit einem „Bekehrungserlebnis“ während seines USA-Aufenthaltes zu verstehen versucht (vgl. dazu die Rezension vom E. Schwertfeger in „Verantwortung“ Nr. 47, S. 40f. und vor allem auch den sehr kritischen Kommentar des Bonhoeffer-Experten H. Pfeifer im Rundbrief der ibg (internationale Bonhoeffer-Gesellschaft) Nr. 92, 64ff.). Man mag dazu stehen, wie man will, an Metaxas kommt man heute, gerade weil er in vieler Munde ist, in der Bonhoeffer-Interpretation nicht mehr vorbei.

Nun hat Metaxas ein neues Buch über Bonhoeffer vorgelegt, einen Bildband, in dem das gesamte Leben

Bonhoeffers in eindrucklichen, zum größten Teil auch für den Kenner noch unbekanntem Bildern dokumentiert wird. Großartige Bilder, professionell vom Verlag aufbereitet, mit meist sehr zurückhaltenden Kommentaren bzw. Erläuterungen, mehrere Hundert Bilder in dem 323 Seiten umfassenden Textteil (ohne erläuternden Anhang). Geschätzt nehmen die Bilddokumente etwa 60 % oder sogar mehr dieses Bildbandes an Raum ein. Die biographischen Notizen (man kann auch sagen „Ergänzungen“) des Autors halten sich dankenswerterweise stark im Hintergrund, geben nützliche und wissenswerte Zusatzinformationen zu den Bildern, enthalten sich dabei weitgehend (wenn auch nicht ganz, s. u.) theologischer Wertungen, wollen darum insgesamt im Hintergrund bleiben und die Bilder für sich sprechen lassen. Das ist gut so, sogar sehr gut. Dadurch wird die „höchst umstrittene“ (siehe oben) interessegeleitete Darstellung des ersten Buches, in dem das Wort/der Text ganz im Mittelpunkt steht, im guten Sinne relativiert. Der Leser, besser gesagt: der Betrachter dieses Bildbandes kann sich ganz auf die eindrucksvolle Darstellung des „Lebens Bonhoeffers in Bildern“ konzentrieren. Ich persönlich glaube Bonhoeffer inzwischen ganz gut zu kennen, nicht nur seine Theologie, sondern auch seine Biographie, die ja nicht von einander getrennt betrachtet werden dürfen. Durch diesen Bildband habe ich jedoch noch einen neuen, ja auch tieferen Einblick in das Leben Bonhoeffers gewonnen.

Die Eigenwerbung des Verlags ist nicht übertrieben, wenn es da heißt. *„Jetzt wird Bonhoeffers Welt lebendig. Kenner werden neben bekannten und seltenen vor allem auch neue Bilder schätzen, die großformatig präsentiert werden. Sie zeigen Bonhoeffer nicht nur als Widerstandskämpfer und Theologen, sondern auch als „ganz normalen“ Menschen: als Baby in der Badewanne, sportbegeisterten Twen, Pastor auf einer Party und reiselustigen Autofahrer. Dieses Gesamtbild setzt sich aus weit verstreuten Quellen zusammen ... aus Familienalben von Zeitzeugen wie von Wedemeyer, von Kleist-Retzow, von Hase ... aus Archiven von Bonhoeffer-Stätten weltweit ... Seltene Handschriften ... Bonhoeffers Verlobungsbrief an Maria von Wedemeyer ... Ein Notizzettel mit schnell hingeworfenen Stichworten ...“* All dem kann vorbehaltlos zugestimmt werden, denn in der Tat: Hier *„wird Bonhoeffers Welt lebendig“*. Und Bonhoeffers späte tiefe Erkenntnis aus *„Widerstand und Ergebung“* bekommt hier sichtbaren Ausdruck: *„Schließlich sind die menschlichen Beziehungen doch einfach das Wichtigste im Leben“* (DBW VIII, 567, Brief an E. Bethge).

Diese vielfältigen menschlichen Beziehungen werden hier eindrucksvoll in reicher Bildersprache präsentiert und verifiziert. Großartig, lehrreich und erfahrungsreich, sowohl für den Bonhoeffer-Kenner wie für den „Neueinsteiger“.

Der Text-Kommentar bemüht sich – wie bereits angedeutet – weitgehend bescheiden im Hintergrund zu bleiben. Ganz ist das zwar nicht gelungen, z. B. wenn das sog. „nicht-religiöse bzw. religionslose Christentum“ (eine wesentliche neue Erkenntnis Bonhoeffers im Tegeler Gefängnis) gar zu schnell „frömmigkeitsgeschichtlich“ relativiert und anti-liberal interpretiert wird (S. 277ff.), aber ich will nicht beckmesserisch als typisch westdeutscher Kritikaster-Theologe hier herummäkeln und den „liberalen“ gegen den „bekenntnisorientierten“, gar „offenbarungspositivistischen“ Bonhoeffer streitbar ins Feld führen. Dafür sind die Bilddokumente zu prägend und eindrucksvoll, als dass man hier mit seinem (anderen) theologischen Erkenntniswissen ein wissenschaftliches Scheingefecht vor den Zuschauern aufführt. Die Bilder zählen hier, nicht die Worte.

Aufgebaut ist der Bildband chronologisch in 13 Kapiteln von „1. Familie und Jugendjahre“ über „4. Eine Amerika-

reise mit Folgen“, dann „7. Der Kirchenkampf verschärft sich“ über „10. Vom Bekenner zum Verschwörer“ bis hin zu „11. Neue Liebe“, „12. Zelle 92 in Tegel“ und „13. Auf dem Weg in die Freiheit“, wobei, ohne dass es direkt genannt wird, Bonhoeffers spätes Gedicht „Stationen auf dem Weg zur Freiheit“ der Stichwortgeber ist. Alle Bilder sind mit m. E. korrekten Bildnachweisen (S. 340-346) versehen, die Textteile ebenso mit nachvollziehbaren Literatur-Angaben bzw. Anmerkungen (S. 324-339).

Insgesamt: Sowohl für den Bonhoeffer-Kenner wie für einen neuen Bonhoeffer-Interessierten ein eindrucksvolles Dokument, ein wunderbarer Bildband, der neu zum Nachdenken, an vielen Stellen auch zum Nach-Erleben des Menschen und Theologen Dietrich Bonhoeffer anregt. Unbedingt empfehlenswert, vielleicht auch noch als Weihnachtsgeschenk auf dem Gabentisch. Und der Preis ist mit 39,95 € für die optisch hervorragende Präsentation des Ganzen sicher nicht zu hoch.

Termine des dbv 2014 (Vorschau)		
31. Jan.- 02. Febr.	Fr.-So.	Sondertagung 2014 des dbv in Kooperation mit der Ev. Dietrich-Bonhoeffer-Gemeinde in 70499 Stuttgart-Weilimdorf, Gemeindezentrum, Wormser Str. 23: Glaube – Liebe – Widerstand – Zivilcourage Der Kampf gegen den Rechtsextremismus aus christlicher Verantwortung Ansprechpartnerin: Pfarrerin Dorothea Kik, dorothea.kik@elkw.de, Tel. (0711) 8873876. Programm und Anmeldung: Siehe beigelegtes Faltblatt und www.dietrich-bonhoeffer-verein.de .
8. Febr.	Sa.	11:30 Uhr Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands Ort: ESG Würzburg, Friedrich-Ebert-Ring 27b, 97072 Würzburg
04.-06. April	Fr.-So.	Frühjahrstagung des dbv im Ev. Augustinerkloster zu Erfurt, Augustinerstr. 10, 99084 Erfurt Unser Weg zum Reformationsjubiläum Bonhoeffers Kritik am Luthertum und Ansätze zu einer theologischen Neuorientierung Ansprechpartnerin: Barbara Wirsén-Steetskamp, Parkstr. 19, 32105 Bad Salzungen, steetskamp@gmx.de Programm und Anmeldung: Siehe beigelegtes Faltblatt und www.dietrich-bonhoeffer-verein.de .
14. Juni	Sa.	11:30 Uhr Sitzung des Gesamtvorstandes – der Ort der Sitzung wird noch bekannt gegeben.
26.-28. Sept.	Fr.-So.	Herbsttagung des dbv (Werkstatt-Tagung) in der Gertraudenkapelle der Ev. Marktkirchengemeinde, An der Marienkirche 2, 06108 Halle/Saale. Thema (vorläufig): Bonhoeffer-Rezeption 1945 bis heute – Wie geht die Kirche mit Bonhoeffer um? Warum wurde Bonhoeffer von Kirche und den Universitäten bis zu den 70er-Jahren verdrängt? Die Gruppen sollen sich diesmal direkter auf das Tagungsthema beziehen. In diesem Sinne sind im Augenblick folgende Gruppen angedacht: – Bonhoeffer und seine „Schüler“ – Bonhoeffer und die Wirtschaft – Bonhoeffer und die Judenfrage – Bonhoeffer und die USA – Bonhoeffer und die Friedensfrage Ansprechpartnerin / Ansprechpartner (auch für Vorschläge oder Bildung weiterer Arbeitsgruppen): Barbara Wirsén-Steetskamp, Tel. (05222) 7948951, steetskamp@gmx.de Johannes Herrmann, Tel. (069) 237748, joh.herrmann@t-online.de Kurt Kreibohm, Tel. (030) 84591101, kurt.kreibohm@gmx.de Karl Martin, Tel. (030) 20050867, karl.martin@dietrich-bonhoeffer-verein.de

Die Zeitschrift „Verantwortung“ wird herausgegeben im Auftrag des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins zur Förderung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft e.V. (www.dietrich-bonhoeffer-verein.de). Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionsteams bzw. des Herausgebers wieder. Leserbriefe, Artikel und Anzeigen werden an die Redaktionsadresse erbeten. Schicken Sie uns Ihre Beiträge bitte in digitaler Form per E-Mail oder auf Datenträger an die Redaktionsadresse.

Herausgeber:

Dr. Karl Martin

Redaktion:

Prof. Dr. Axel Denecke
Lilienweg 16 | 30916 Isernhagen
Tel. (0511) 612024
axdene@web.de

Redaktionsmitglieder:

Hans-Ulrich Oberländer, Jena
Herbert Pfeiffer, Stuttgart
Dieter Stork, Bünde

Autorinnen und Autoren:

Axel DENECKE
axdene@web.de

Prof. Dr. Ulrich DUCHROW
Alfred-Jost-Str. 7
69194 Heidelberg
ulrich-duchrow@wts.uni-heidelberg.de

Prof. Dr. Theodor EBERT
Im Dohl 1 | 14089 Berlin
theodorebert@web.de

Josef GÖBEL
Knaakstr. 23 | 10405 Berlin
korneliaundjosefgoebel@googelmail.com

Johannes HERRMANN
joh.herrmann@t-online.de

Prof. Dr. Rainer KESSLER
Heinrich-Heine-Str. 21
35091 Cölbe
kessler@staff.uni-marburg.de

Jakob KNAB (ViSDP)
Weinhausener Str. 6
87600 Kaufbeuren
jakobknab@web.de

Dr. Ulrich KUSCHE
Burg Grona 14 | 39079 Göttingen
ulrich-kusche@t-online.de

Rainer LOTZ
Birkenkopfstr. 23 | 34132 Kassel
rainerlotz@gmx.de

Dr. Karl MARTIN
karl.martin@dietrich-bonhoeffer-verein.de

Reinhard MÜLLER
Arnsdorfer Str. 25
02906 Waldhufen
reinhard.mueller44@gmail.com

Hans-Ulrich OBERLÄNDER
Salvador-Allende-Platz 5/191
07747 Jena
h-u.oberlaender@gmx.de

Herbert PFEIFFER
he-pfeiffer@gmx.de

Dr. iur. Wolfram
ROHDE-LIEBENAU
Eberlestr. 9 | 81477 München
w.rohde-liebenau@t-online.de

Jisk STEETSKAMP
Parkstr. 19 | 32105 Bad Salzuflen
steetskamp@gmx.de

Dominik und
Jonathan STEINESTEL
Elisabethenweg 2
69117 Heidelberg
dominik@steinestel.net

Mareike TRAUERNICHT
Krappgarten 43 | 34134 Kassel
m.trauernicht@hotmail.de

Éva VÖRÖS
Plankengasse 1-3
69117 Heidelberg
vavoros@gmail.com

Klausdieter WAZLAWIK
Karlsdorfer Str. 264 | 1255 Berlin
klaus.wazlawik@gmx.de

Redaktionsschluss:

Für Heft 53: 30. April 2014

Verlag:

Fenestra-Verlag
Wiesbaden-Berlin
Tel. (0611) 5440693
Fax: (0611) 9545911
info@fenestra-verlag.de
www.fenestra-verlag.de

Satz:

Klaus H. Pfeiffer | golden section
Böblinger Str. 245
70199 Stuttgart
Tel. (0711) 93317982
kontakt@goldensection.de

Druck:

Gemeindebriefdruckerei
Martin-Luther-Weg 1
29393 Groß Oesingen
Tel. (05838) 990899
info@gemeindebriefdruckerei.de
www.gemeindebriefdruckerei.de

Bestellung:

Die „Verantwortung“ kann bestellt werden über das Büro des dbv oder über die Internet-Seite des Fenestra-Verlags www.fenestra-verlag.de oder über jede Buchhandlung mit Angabe der ISBN 978-3-944631-08-0. Bei E-Book-Bestellung übers Internet mit Angabe der ISBN 978-3-944631-09-7.

Bankverbindung:

Ev. Kreditgenossenschaft Kassel
IBAN:
DE37 5206 0410 0004 0044 69
BIC: GENODEF1 EK1

Der dbv ist als gemeinnützig anerkannt und berechtigt, Zuwendungsbestätigungen für steuerliche Zwecke auszustellen. Die Mitgliedsbeiträge für den dbv sind wie Spenden abziehbar.

Vorstand des dbv**Vorstandsvorsitzender:**

Dr. Karl Martin
Tannhäuser Str. 94 | 10318 Berlin
Tel. (030) 20050867
Mobil: (0175) 4460773
karl.martin@dietrich-bonhoeffer-verein.de

Stellvertretende Vorsitzende:

Barbara Wirsén-Steetskamp
Parkstr. 19 | 32105 Bad Salzuflen
Tel. (05222) 7948951
steetskamp@gmx.de

Dr. Detlef Bald
Auenstr. 12 | 80469 München
Tel. (089) 524965
brunifjb@aol.com

Kassenwart:

Herbert Pfeiffer
Heubergstr. 10 | 70188 Stuttgart
Tel. (0711) 7802874
he-pfeiffer@gmx.de

Schriftführerin und Büro:

Mariarosa Frigerio-Pfeiffer
Heubergstr. 10 | 70188 Stuttgart
Tel. (0711) 7802874
info@dietrich-bonhoeffer-verein.de

Besitzer:

Daniel Baldig, Halle (Saale)
Prof. Dr. Axel Denecke, Isernhagen
Johannes Herrmann, Frankfurt am Main
Tania Plate, Hamburg
Paul Schock, Würzburg

**Kontaktadressen
Arbeitsgruppen (AG)****AG „Frieden wagen“:**

Dr. Detlef Bald
Auenstr. 12 | 80469 München
Tel. (089) 524965
brunifjb@aol.com

AG „Kirche gestalten“:

Herbert Pfeiffer
Heubergstr. 10 | 70188 Stuttgart
Tel. (0711) 7802874
he-pfeiffer@gmx.de

AG „Bonhoeffer bewegte“:

Dieter Stork
Klusstr. 93 | 32257 Bünde
Tel. (05223) 490943
dieterstork@gmx.de

Tim Wolfram
Rhehweg 3 | 57078 Siegen
timwolfram@gmx.net

AG „Solidarisch wirtschaften“

Johannes Herrmann
Günderoder Str. 16
60327 Frankfurt am Main
Tel. (069) 237748
joh.herrmann@t-online.de

**Kontaktadressen
Regionalgruppen (RG)****RG „Berlin“:**

Kurt Kreibohm
Machnower Str. 69 | 14165 Berlin
Tel. (030) 84591101
kurt.kreibohm@gmx.de

RG „Braunschweig“:

Daniel Baldig
Aalweg 16 | 06120 Halle (Saale)
daniel.baldig@web.de

RG „Hannover“:

Wilfried Gaum
St.-Georg-Str. 26
30890 Barsinghausen
wilfried.gaum@gmx.de

RG „Südwest“:

Udo Stoltefuß
Paracelsusstr. 13 | 67122 Altrip
Tel. (06236) 429869
udo.stoltefuss@t-online.de

RG „Rhein-Main“:

Günderoder Str. 16
60327 Frankfurt am Main
Tel. (069) 237748
joh.herrmann@t-online.de

Irmela Milch
Dreispitzstr. 14
65191 Wiesbaden
Tel. (0611) 562710
irmela.milch@freenet.de



Dietrich Bonhoeffer im Juli 1939

„Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen. Aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein.“

Dietrich Bonhoeffer an der Wende zum Jahr 1943

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (dbv), gegründet 1983, fördert die Wahrnehmung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft. Er sieht in dem Leben und Werk Dietrich Bonhoeffers eine unverändert gültige, in die Zukunft weisende Herausforderung zu kritischem Glauben, Denken und Handeln.

In der Konsequenz der Theologie Bonhoeffers beteiligt sich der dbv daran, den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung weiterzuführen.

So wie Bonhoeffer weiß sich der dbv dem Anliegen der Ökumene verpflichtet. Unter Ökumene versteht er die Gemeinschaft aller Christen.

In Kirche und Gesellschaft arbeitet der dbv für eine Befreiung des Denkens und der sozialen Strukturen aus evangeliumswidrigen Sachzwängen, Vorurteilen und gesellschaftlichen Egoismen.

Die Teilnahme an Seminaren des dbv ist für alle offen. In Diskussionen suchen wir nach Wegen, christliche Verantwortung persönlich und mit anderen zu praktizieren.

Am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung beteiligt sich der dbv durch Resolutionen der Mitgliederversammlung, Herausgabe seiner Zeitschrift „Verantwortung“ so wie durch Pressearbeit. Wir laden Sie herzlich ein, sich an den aktuellen Diskussionen des dbv zu beteiligen. Sie können Mitglied bei uns werden oder sich in die Liste der Freunde des dbv eintragen lassen.

Frieden wagen... mit diesem Thema greift der dbv das Friedensverständnis Bonhoeffers auf: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit... Friede muss gewagt werden.“ (Bonhoeffer, Fanö 1934)

Kirche für andere... mit diesem Thema greift der dbv das Kirchenverständnis Bonhoeffers auf. Seine Vision war: „Die Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist Sie muss an den weltlichen Aufgaben des menschlichen Gemeinschaftslebens teilnehmen.“ (Bonhoeffer 1944)

1906 Dietrich Bonhoeffer, geboren am 4. Februar in Breslau, Studium der evangelischen Theologie, Dozent an der Berliner Universität, Studentenpfarrer.

1933 ist Bonhoeffer bereits entschiedener Gegner der Nationalsozialisten. Er tritt für die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechtshandlungen ein.

1935 Eröffnung des Predigerseminars in Finkenwalde. Als Mitarbeiter der Bekennenden Kirche wird Bonhoeffer zu einem der führenden Theologen der kirchlichen Oppositionsbewegung.

1938 Kontakte zum politischen Widerstand (Beck, Canaris, von Dohnanyi), der das Ziel verfolgt, Hitler und das Naziregime zu stürzen.

1940 Bonhoeffer benutzt seine ökumenischen Beziehungen, um im Ausland politische Unterstützung für den Widerstand in Deutschland zu suchen. Gleichzeitig schreibt er an dem Buch „Ethik“, in dem er seine christliche Verantwortungsethik entfaltet.

1943 wird Bonhoeffer verhaftet und bleibt ohne Gerichtsverfahren im Untersuchungsgefängnis in Berlin-Tegel inhaftiert. Hier entstehen die Briefe und Texte für das Buch „Widerstand und Ergebung“.

1945 Am 9. April wird Bonhoeffer im KZ Flossenbürg durch die SS ermordet.